



- Reaktionen auf Gauck-Rede
- Afghanistan – Abzug und was dann? zum Katholikentag 2014
- Jugend heute – Elite von morgen
- Salzburger Hochschulwochen Erste Eindrücke
- Vor 70 Jahren Attentat auf Adolf Hitler
- „Den geraden Weg gegangen“ Erinnerung an Fritz Gerlich

|  |    |
|--|----|
| <b>EDITORIAL</b> . . . . .   | 3  |
| <b>SEITE DES BUNDESVORSITZENDEN</b> . . . . .  | 4  |
| <b>SEITE GEISTLICHER BEIRAT</b> . . . . .  | 5  |
| <b>SICHERHEIT UND FRIEDENSETHIK</b>  |    |
| Bundeswehr in Führung – Aktiv.Attraktiv.Anders<br><i>Pressemitteilung der GKS</i> . . . . .  | 6  |
| „früher, entschiedener und substanzieller,<br>sicherheitspolitische Äußerungen von Bundespräsi-<br>dent Gauck und kirchliche Reaktionen<br>von Gerhard Arnold“ . . . . . | 6  |
| <b>GESELLSCHAFT NAH UND FERN</b>   |    |
| Alter „neuer“ Frankfurter Jakobsweg<br>von Heinrich Dorndorf . . . . .   | 14 |
| „Jugend heute – Elite von Morgen?“<br>von Josef Kraus . . . . .  | 15 |
| Deutsche Bischofskonferenz zur Lage<br>im Nahen Osten . . . . .  | 20 |
| <b>BILD DES SOLDATEN</b>   |    |
| Gemeinde Ainring und Patenkompanie<br>pflegen Kriegerdenkmal<br><i>Pressestelle GebJgBrig 23</i> . . . . .   | 21 |
| Vollversammlung des ZdK in Regensburg<br>von Joachim Lensch . . . . .  | 22 |
| <b>RELIGION UND GESELLSCHAFT</b>   |    |
| <b>99. KATHOLIKENTAG, REGENSBURG</b>   |    |
| Wie viel Religion verträgt die Gesellschaft?<br>Bundespräsident Gauck auf dem Katholikentag<br>von Bertram Bastian . . . . .   | 26 |
| Afghanistan: Abzug und wie weiter?<br>von Bertram Bastian . . . . .  | 26 |
| Dialog zwischen den Religionen<br>von Bertram Bastian . . . . .  | 28 |
| „Christliche Stiftungen als Brückenbauer“<br><i>Pressemitteilungen der Hanns-Seidel-Stiftung</i> . . . . .   | 28 |
| Katholische Kirche in Deutschland<br>Zahlen und Fakten 2013/14<br><i>Arbeitshilfe 269 der Deutschen Bischofskonferenz</i> . . . . .                                      | 30 |
| <b>SALZBURGER HOCHSCHULWOCHEN</b>  |    |
| Europa – Entgrenzungen<br><i>BB nach Pressemitteilung SHW</i> . . . . .  | 32 |
| Äußere und innere Grenzen abbauen<br>(Festvortrag Fürst zu Schwarzenberg)<br><i>BB nach Pressemitteilung SHW</i> . . . . .   | 33 |
| <b>BLICK IN DIE GESCHICHTE</b>   |    |
| <b>WIDERSTAND IM DRITTEN REICH</b>   |    |
| Gedenkfeier zum 70. Jahrestag<br>von Paul Schulz . . . . .   | 34 |

|   |                        |
|---|------------------------|
| Aufstand des Gewissens – Aufstand des<br>Militärischen?<br>Festvortrag von Winfried Heinemann . . . . . | 37                     |
| Mein Gott, warum hast Du mich verlassen?<br>Predigt von Reinhold Bartmann . . . . .                     | 43                     |
| Den geraden Weg gegangen<br>Erinnerung an Fritz Gerlich<br>von Carl-H. Pierk . . . . .                  | 44                     |
| Von Anderen zu lernen bereit sein<br>von Carl-H. Pierk . . . . .  | 47                     |
| <b>ERSTER WELTKRIEG</b>   |                        |
| Das kollektive Trauma<br>von Andreas Rauch . . . . .  | 49                     |
| <b>KIRCHE UNTER SOLDATEN</b>  |                        |
| Ethikkompass – Buchpräsentation in Berlin<br>von Bertram Bastian . . . . .                              | 53                     |
| <b>AUS BEREICHEN, STANDORTEN UND GKS</b>  |                        |
| <b>MILITÄRPFARRAMT BAD REICHENHALL</b>  |                        |
| Via velo 2014 . . . . .   | 55                     |
| <b>BUNDESVORSTAND</b>   |                        |
| Funktionsträgerseminar 2014 . . . . .   | 55                     |
| <b>GKS-KREIS GEILENKIRCHEN</b>  |                        |
| Brot – Sinnbild des Lebens . . . . .  | 56                     |
| <b>BEREICH SÜD</b>  |                        |
| „Ob Frieden wird, liegt auch an mir!“<br>Jugendwerkwoche Süd . . . . .                                  | 57                     |
| <b>GKS-KREIS MAYEN</b>  |                        |
| Als Soldat mit Christus Brücken bauen,<br>die tragen . . . . .  | 58                     |
| <b>GKS-KREIS BAD NEUENAUH-ÄHRWEILER</b>   |                        |
| Im Kirchengarten der Landesgartenschau . . . . .  | 59                     |
| <b>BUCHBESPRECHUNGEN:</b> . . . . .   | 13, 51, 54             |
| <b>KURZ BERICHTET:</b> . . . . .  | 21, 24, 27, 42, 48, 52 |
| <b>IMPRESSUM</b> . . . . .  | 60                     |

Redaktionsschluss für

## AUFTRAG 296

Freitag, 10.10.2014

Nach dem Festakt stellte sich der Schirmherr und der Festredner mit den Vertretern der Soldatenverbände zum Gruppenfoto. Von links: Oberst Bernhard Meurers, Oberstleutnant Franz Grasser, Bertram Bastian, Erzbischof Dr. Franz Lackner (OFM), Oberleutnant Philipp Weber, Karl Fürst zu Schwarzenberg, Oberleutnant d.R. (FRA) Amaury Duquesne, Oberst Raimund Lammer, Oberst Johann Pleninger (Text: Bertram Bastian, Bild: Foto Sulzer, Salzburg)

editorial:



Liebe Leserschaft,

die Ministerin forderte während der Sicherheitstagung in München, dass die Bundesrepublik Deutschland mehr Verantwortung für die Menschenrechte in der Welt übernehmen solle. Der Bundespräsident sprach mehrfach davon, in München u.a.: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen. Daraufhin wurde der Bundespräsident von einigen evangelischen Pfarrern als „Kriegshetzer“ bezeichnet. Der evangelische Theologe Gerhard Arnold nimmt in diesem Heft ausführlich dazu Stellung und vergleicht die Positionen der beiden großen Kirchen zu der Frage, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen.

Eine andere Frage ist jedoch: Für welche Menschenrechte soll Deutschland Verantwortung übernehmen – die der UN-Charta von 1948, die der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1992 oder die Menschenrechte, die Deutschland nach dem Krieg,

dessen Ausbruch sich zum 75. Mal jährt, in sein Grundgesetz geschrieben hat? Soll das „Deutsche Modell“ den anderen „übergestülpt“ werden? Müssten wir nicht vielmehr Rücksicht auf die kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung der Menschen nehmen, die wir „beglücken“ sollen/wollen. Die internationale Gemeinschaft sollte doch nach den Erfahrungen der Amerikaner im Irak und unseren Erfahrungen in Afghanistan gelernt haben, dass sich Gesellschaftsmodelle nicht einfach so in andere Kulturkreise übertragen lassen.

Wenn man die eigenen Streitkräfte zur Wahrung der Grundrechte in alle Welt einsetzen möchte, warum nimmt man dann von Seiten der Politik Einfluss darauf, wenn Soldaten ihre Grundrechte im eigenen Land wahrnehmen möchten? Was zur Konsequenz hatte, dass während des Katholikentages in Regensburg beim Podium der Gemeinschaft Katholischer Soldaten – vorbereitet zusammen mit Pax Christi – keine Soldaten auf dem Podium vertreten waren. Die dann folgende Diskussion konnte nicht mehr im geplanten Umfang stattfinden, da die Stimme der katholischen Soldaten fehlte. Das Ergebnis war dementsprechend.

Die Salzburger Hochschulwochen fanden zum ersten Mal unter der Schirmherrschaft Erzbischofs Dr. Franz Lackner (OFM) statt. In einem Gespräch mit den Vertretern der Soldatenverbände (Gemeinschaft Katholischer Soldaten, Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten) wurden sicherheitspolitische Aspekte des Themas „Europa – Entgrenzungen“ diskutiert, aber auch, wie man junge Studierende besser an diese hochwertige Veranstaltung heranführen könnte. Nach dem Festakt am Sonntag, den 3. August, stellten sich der Festredner, Karl Fürst zu Schwarzenberg, und der Schirmherr, Erzbischof Dr. Franz Lackner, für ein Gruppenfoto mit den Vertretern der Soldatenverbände zur Verfügung. Eine erste Berichterstattung über die Salzburger Hochschulwochen finden Sie in diesem Heft, weitere Beiträge zu dieser Sommeruniversität werden im nächsten Heft folgen.

Wie immer wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre, viel Vergnügen mit den Artikeln, die Sie interessieren und verbleibe mit den besten Wünschen

*Dr. J. J. J. J. J.*



## „GKS – denkt weiter“

Die 54. Woche der Begegnung steht bevor und die Bundeskonferenz der GKS ist traditionsgemäß ein Teil davon: es tagt das höchste Beschlussgremium der Gemeinschaft Katholischer Soldaten.

In diesem Jahr wollen wir inhaltliche Arbeit und eigene Weiterentwicklung wieder zusammen in den Blick nehmen. Thematische Diskussionen und „Markt der Möglichkeiten“ sollen die Teilnehmer nicht nur persönlich bereichern, sondern auch wieder zur entsprechenden Bearbeitung in den GKS-Kreisen anregen. Lassen sie sich überraschen!

Die strukturelle Weiterentwicklung ist in zwei wesentlichen Richtungen erforderlich.

Zum einen ist die Struktur an die mittlere Ebene der Militärseelsorge anzupassen. Diese Anpassung ist erforderlich, um einfach „kompatibel“ zu bleiben und auf der Bereichsebene die entsprechenden Ansprechpartner zu finden. Dies ist im Norden derzeit nicht gegeben und hat sich als hinderlich erwiesen.

In einem zweiten Teil ist eine Straffung der Besetzung im Bundesvorstand auf der Agenda, um hier weiterhin wirkungsvoll arbeiten zu können. Damit sind einige Anpassungen in der Ordnung und Wahlordnung erforderlich, die im inneren Zusammenhang damit stehen. Eine echte Neuerung stellt dabei sicher die direkte Wahl von Bundesvorsitzenden und Vertretern durch die Bundeskonferenz dar. Der ausgewogene Ordnungsentwurf dazu konnte breit diskutiert werden und soll in Cloppenburg-Stappelfeld abschließend bearbeitet werden. Dabei wird es wichtig sein, die Debatte konstruktiv und in gegenseitigen Respekt zu führen, denn nur so lassen sich diese wichtigen Schritte umsetzen und zum Fortschritt für den Verband werden.

Als wichtige Schritte für die Zukunftsfähigkeit bezeichne ich auch die Neubesetzungen in den Sachausschüssen, die sich insbesondere im wiedererstandenen Sachausschuss „Innere Führung“ eingestellt haben. Grundlegend und unverzichtbar für die GKS bleibt es, dass wir uns qualifiziert aus der Sicht

unmittelbar Betroffener zu aktuellen Themen öffentlich positionieren. Ohne fundierte Arbeit in den Sachausschüssen bleibt dies nicht denkbar. Die Themen, die uns alle betreffen liegen auf der Hand, ob Drohnendebatte oder aktuelles Attraktivitätsprogramm: dazu gibt es etwas aus unserer speziellen Sicht zu sagen – und wir haben es getan! Was alle Sachausschüsse dazu allerdings immer wieder brauchen sind zwei Dinge: erstens die Rückkopplung aus den GKS-Kreisen und Bereichen zu den aktuellen Erklärungen und eine offene, besser noch öffentliche Diskussion dazu. Zum Zweiten sind die Sachausschüsse immer wieder auf die willige Mitarbeit von Mitgliedern aus der Mitte der GKS angewiesen. Dies ist eine fort-

laufende Aufgabe, eine zeitlos aktuelle Herausforderung für uns alle!

Stellen wir uns diesen zukunftsichernden Aufgaben für die GKS. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine fruchtbare Bundeskonferenz 2014 – ich freue mich darauf!



*Rüdiger Attermeyer, Oberst  
Bundesvorsitzender der  
Gemeinschaft Katholischer Soldaten*

## „Wir.dienen.katholisch.“

Unter diesem Motto steht die 54. Woche der Begegnung in der Akademie Stapelfeld. Auf den ersten Blick ist der eine oder andere vielleicht etwas irritiert, weil es ihn an die Kampagne der Bundeswehr erinnert, „Wir.Dienen.Deutschland.“ Fragen kommen auf: Gibt es denn wirklich keine anderen Sätze, unter die man die wohl wichtigste Veranstaltung des organisierten Laienapostolats in der Katholischen Militärseelsorge stellen kann? Sind wir nun schon so weit, dass wir nur noch ein bereits bestehendes Thema verändern? Ist es nicht eher peinlich, einen griffigen Werbespruch „katholisch“ machen zu wollen?

Vielleicht hilft auch hier – wie so oft im Leben – genauer hinzuschauen, in die Tiefe zu gehen und Polemik hinten zu stellen.

Nehmen wir das diesjährige Thema genauer unter die Lupe, dann fällt uns sehr schnell auf, dass es sich hierbei durchaus um etwas Eigenständiges und mit Sinn Gefülltes handelt und es sich lohnt, sich damit intensiver zu beschäftigen.

Das **Wir** wird auch in der GKS großgeschrieben. Schließlich ist es der Dreh- und Angelpunkt einer **Gemeinschaft**, sich – bei allen unterschiedlichen Lebensgeschichten und Einstellungen – unter verbindlichen Regeln gemeinsam auf den Weg zu machen, gleiche Ziele zu verfolgen und sich mit vereinten Kräften dafür einzusetzen. Dass dies nicht immer leicht ist, gehört zum Erfahrungsschatz von Gemeinschaften, ist doch Rücksichtnahme auf den anderen unter Verzicht auf das Durchsetzen der eigenen Positionen, gerade in der heutigen Gesellschaft alles andere als selbstverständlich. Aber gerade die „Vielfalt in der Einheit“ kennzeichnet in besonderer Weise eine christlich geprägte Gemeinschaft.



Wenn **dienen** kleingeschrieben ist, deutet es keineswegs daraufhin, dass dies auch bei uns so ist, sondern kennzeichnet das Genuine im Selbstverständnis christlichen Dienens. In dem ganz bewusst das Tätigkeitswort „dienen“ Verwendung findet, wird das aktive Handeln, die konkrete Tat noch deutlicher. Wer wirklich als **Mensch**, als **Soldat** und **Christ** dient, der fragt nicht zuerst, was es ihm bringt, was für ihn

dabei „rausspringt“. Der eigene Vorteil wird zweitrangig, indem man die Möglichkeiten und Fähigkeiten, die man besitzt, in den Dienst der anderen stellt, nach der Aufforderung Jesu: „...wer bei euch groß sein will, der soll euer Diener sein“ (Mt 20, 26). Wenn unser Dienen diese Merkmale erkennen lässt, dann stehen wir ganz in der Nachfolge Christi, der von sich sagt, er sei „nicht gekommen, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen“ (vgl. Mt 20, 28).

In diesem Sinn ist auch **katholisch** zu verstehen. Übersetzt mit „das Ganze betreffend“, „allgemein“, „allumfassend“, kann der Wesenszug eines Katholiken nicht treffender dargestellt werden: Er blickt über den „Kirchturm“ seiner Weltanschauung, seiner Überzeugungen und Erfahrungen hinaus, öffnet sich Neuem, setzt sich den Herausforderungen dieser Welt aus, setzt sich für die Menschen und die Welt ein und übernimmt Verantwortung. Ein Christ in katholischem Sinn bekennt Farbe, ohne den anderen und seine Anschauungen und Lebensmodelle dabei blass aussehen zu lassen.

Bernd F. Schaller,  
Militärdekan Geistlicher Beirat  
der Gemeinschaft Katholischer Soldaten  
auf Bundesebene

## Pressemitteilung der GKS zur Agenda

## „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) begrüßt ausdrücklich die Zielrichtung der Agenda, welche das Selbstverständnis der Soldatinnen und Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ wertschätzt.

Eine Führungskultur, die ausgeprägte ethische Kompetenz fördert, ist der Schlüssel für verantwortungsbewusstes Handeln, auch in Extremsituationen. Kritisch wird deshalb bewertet, dass der geprägte Begriff „Innere Führung“ zu Gunsten „moderner Führung“ in den Hintergrund tritt. Hier besteht die Sorge, dass inhärente Werte in Konkurrenz zum Zeitgeist gesetzt werden. Es ist Aufgabe gestaltender Institutionen, wie dem Beirat für Fragen der Inneren Führung und dem Zentrum Innere Führung, dass an grundlegenden Prinzipien der in Jahrzehnten gewachsenen und im Einsatz bewährten Inneren Führung festgehalten wird und diese gleichzeitig mit Blick auf veränderte Gegebenheiten überprüft und ggfs. angepasst werden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass zeitlose Grundpfeiler, wie Wertorientierung und Auftragstaktik, erhalten bleiben. Bei der Integration von „Gutem Führungsverhalten“ in Ausbildungsgänge der Bundeswehr gewinnen der Stellenwert der „Inneren Führung“ und die zugehörige Rolle des **Lebenskundlichen Unterrichtes an Bedeutung**.

Die Familie ist ein zentrales Anliegen und Thema in der Gesellschaft und ihre Wertschätzung und Unterstützung wird immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor bei der Entscheidung für einen Beruf. Die Maßnahmen zur Unterstützung der Balance von Familie und Dienst werden durch die GKS ausdrücklich begrüßt, sie sind alle Anstrengungen wert.

Es muss jedoch tatsächlich die **Familie** und nicht die bloße Verfügbarkeit von Personal in Betreuungsphasen (Kinder/Angehörige) im Vordergrund stehen. Ob dabei der Bau von eigenen Kindertagesstätten in Kasernen der richtige Weg ist, wird kritisch gesehen. Viele große Konzerne schließen mit den Standortkommunen Verträge, mit denen sie sich an die Bedürfnisse ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angepasste Kindergartenplätze in kommunalen Einrichtungen sichern. Die Entwicklung der Verfügbarkeit von an den spezifischen Bedürfnissen von Soldatinnen und Soldaten und deren Familien ausgerichteten Tagesstätten wird daher weiterhin aufmerksam verfolgt. Unabdingbar wichtig ist auch die Bereitstellung einer frei verfügbaren Kommunikation nach Hause vom Einsatzgebiet, denn dann sind Partner oder Partnerin, Papa oder Mama zwar in der Ferne, aber regelmäßig und verlässlich erreichbar. Eine „Ansprech-

stelle aus einer Hand“ ist für die Betroffenen vor Ort das richtige helfende Unterstützungssignal. Es gilt dabei darauf zu achten, dass auch **seelsorgliche Angebote** eingeschlossen sind. Seelsorgerinnen und Seelsorger helfen unabhängig von der Konfession des Soldaten – unbürokratisch, vertraulich und kompetent.

Alle angesprochenen Maßnahmen, um die Bundeswehr nach dem **Aussetzen der Wehrpflicht** weiterhin fest in der Gesellschaft zu verwurzeln, sind notwendig und auch gegen Vorbehalte und Widerstände umzusetzen. Die GKS als Teil des bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft wird diesen Prozess nachhaltig **unterstützen**.

Unsere Mitglieder sind Soldaten, Staatsbürger und Christen, aber auch **Mütter und Väter**. Deshalb folgen wir gerne der Aufforderung der Ministerin und beteiligen uns an dem gerade beginnenden Prozess, an dessen Ende die Bundeswehr aktiver, attraktiver und eben auch anders sein wird.

Rüdiger Attermeyer  
Oberst und GKS-Bundesvorsitzender

Mehr Informationen über die Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf [www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de).

## Deutschlands Verantwortung in der Welt

## „... früher, entschiedener und substantieller ...“

## Bundespräsident Gaucks Äußerungen zur sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands und die kirchlichen Reaktionen

VON GERHARD ARNOLD

Es gab schon einmal eine Ruckrede eines deutschen Bundespräsidenten. Roman Herzog beklagte am 26. April 1997 „die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression“ in Deutschland. Das müsse sich ändern. Doch der aufgewirbelte Staub hat sich bald wieder gelegt.

Die Rede von Bundespräsident Gauck am 31. Januar 2014 zu

Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz hat wesentlich mehr Staub

aufgewirbelt. Flankiert von Zeitungs- und Hörfunk-Interviews bis zum bis-



her letzten Fernsehauftritt im ZDF am 6. Juli 2014 in Bonn, hat er in enger Abstimmung mit der Bundesregierung grundsätzliche Überlegungen zur außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung vorgetragen.<sup>1</sup> Der Anlass ist vielen Zeitgenossen und vermutlich allen seinen Kritikern verborgen geblieben.

Er hat mit der letzten Bundesregierung und insbesondere ihrem unglücklich agierenden Außenminister Westerwelle zu tun. Der 17. März 2011 wird noch über längere Zeit als der große Sündenfall deutscher Bündnispolitik gegenüber EU und NATO in Erinnerung bleiben, die deutsche Enthaltung im Weltsicherheitsrat bei der Abstimmung über einen Militäreinsatz in Libyen. Der Affront hätte nicht größer sein können. Nicht nachvollziehbar trat Deutschland seinen europäischen Partnern ans Schienbein und löste bei ihnen Entsetzen aus, auch in der Breite des politischen Berlin, natürlich abgesehen von den Linksextremisten, die fröhlich applaudierten.

Der Bundespräsident und die jetzige Bundesregierung sind überzeugt, dass Deutschlands außenpo-

litischer Rückzug seit Jahren bei der Behandlung wichtiger Themen, verbunden mit abnehmender europäischer Bedeutung, nicht weitergehen kann. Deutschlands Partner sehen, dass die Kanzlerin in der Frage der Währungsstabilität und der Politik der Haushaltsrestriktionen in Europa kaum einer Konfrontation ausgewichen ist, wenn es um vitale deutsche Interessen geht. Ansonsten aber funktioniert die lange Zeit praktizierte, oft mühsame aber unerlässliche deutsch-französische Politikkoordination nicht mehr. Der Bundespräsident und die zuständigen Fachminister entschlossen sich in einer gemeinsamen Aktion, dieser Fehlentwicklung entgegenzutreten, wohl wissend, dass sie auf erheblichen öffentlichen Widerstand treffen würden.

Das ist die Vorgeschichte und der politische Hintergrund der Gauckinitiative, wie man sie nennen kann. Diese Initiative, überwiegend gar nicht aufs Militärische konzentriert, wendet sich auch gegen die Haltung des früheren Außenministers, bei Anfragen von Bündnispartnern nach einer wie auch immer im Detail gestalteten deutschen Entsendung von Soldaten reflexhaft nein zu sagen, weil die deutsche Öffentlichkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr nichts mehr wissen will.

Der zentrale Abschnitt in der Rede des Bundespräsidenten am 31. Januar in München lautet:

„Welche Rolle wollen wir in den Krisen ferner Weltregionen spielen? Engagieren wir uns schon ausreichend dort, wo die Bundesrepublik eigene und eigens Kompetenz entwickelt hat – nämlich bei der Prävention von Konflikten? Ich meine: Die Bundesrepublik sollte sich als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen.“

Deutschland zeigt zwar seit langem, dass es international verantwortlich handelt. Aber es könnte – gestützt auf seine Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit – entschlossener weitergehen, um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, Nato und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit,

die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.“

Am 14. Juni 2014 nach seiner Rückkehr vom Staatsbesuch in Norwegen, wiederholte das Staatsoberhaupt sein Anliegen im Gespräch mit dem Deutschlandfunk mit anderen Worten:

„Ich habe das Gefühl, dass unser Land eine Zurückhaltung, die in vergangenen Jahrzehnten geboten war, vielleicht ablegen sollte zugunsten einer größeren Wahrnehmung von Verantwortung, und da können wir von Norwegen zum Beispiel auch lernen. Die haben sich eingebracht in Friedensprozesse etwa in Guatemala, weit weg von Norwegen, und sind bei Menschenrechts- und Friedensfragen weit ab vom eigenen Land aktiv. Das wünsche ich mir von Deutschland auch und ich habe hier nicht nur von der Ministerpräsidentin, sondern auf allen Ebenen ein Ja zu einem aktiven Deutschland gehört, und das ist ja auch, was wir von anderen Debatteenteilnehmern aus dem Kreis unserer europäischen Verbündeten öfter hören. Insofern hat mich das nicht überrascht. Ich finde es aber gut, dass wir nicht nur innerhalb Deutschlands darüber reden, wie und wo sollen wir uns engagieren, sondern dass uns von außen auch Fragen gestellt werden und: ‚Handelt ihr entsprechend eurer Bedeutung?‘ Und diese Frage müssen wir einfach ernsthaft beantworten. ... Wenn die Bundesregierung jetzt sehr aktiv ist im Ukraine-Konflikt, dann ist das in dem Sinne, wie ich es gemeint habe.“

Zur Frage militärischen Engagements sagte Gauck bereits im Interview mit der FAZ am 24.01.2014:

„Nur in ganz besonderen Situationen und unter sehr engen Voraussetzungen ist militärisches Eingreifen legitim oder gar erforderlich. Ob diese Situationen und diese Voraussetzungen vorliegen, bedarf jeweils gründlicher Diskussion. Und die Entscheidung im Einzelfall wird immer sehr schwierig sein. Schuldig werden kann man in beiden Fällen: sowohl im Fall des militärischen Eingreifens wie auch im Fall der militärischen Enthaltung.“

Wer aus diesem Absatz Kriegstreiberei heraushören will, kann nicht mehr ernst genommen werden. Was

<sup>1</sup> Insgesamt sind die folgenden sechs Reden und Interviews zu berücksichtigen: „Wir sollten Vertrauen zu uns selbst haben“, Ein Gespräch mit Bundespräsident Joachim Gauck, FAZ vom 24.01.2014; Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz. „Deutschlands Rolle in der Welt: Anmerkungen zu Verantwortung, Normen und Bündnissen“ [Rede des Bundespräsidenten am 31.01.2014]; abrufbar auf der Homepage des Bundespräsidenten; „Mehr Verantwortung? Deutschlands Rolle in der Welt“, Interview von Dagmar Engel von der Deutschen Welle mit dem Bundespräsidenten, 22.02.2014, Ausschriftung abrufbar auf der Homepage des Bundespräsidenten; „Deutschland steht an der Seite der Unterdrückten“, Bundespräsident sieht Norwegen als Vorbild für internationales Engagement, Joachim Gauck im Gespräch mit Hans-Joachim Wiese, Sendung von Deutschlandradio Kultur und Deutschlandfunk zeitgleich am 24.06.2014, Ausschriftung auf der Homepage der Sender abrufbar; Ansprache des Bundespräsidenten, Gedenkveranstaltung „1914 – 2014. Hundert europäische Jahre“, Schloss Bellevue, 27. Juni 2014, Homepage des Bundespräsidenten; ZDF-Sommerinterview 2014 mit dem Bundespräsidenten am 06. 07.2014; Ausschriftung abrufbar auf der Homepage des Bundespräsidenten.

der Bundespräsident konkret meinte, hat er anderer Stelle erläutert: Es darf keinen zweiten Völkermord wie in Ruanda geben. Und wenn er in einem Land drohen sollte, müsste Deutschland in einer internationalen Allianz notfalls militärisch entgegentreten.

Parteipolitische und mediale Reaktionen überschlugen sich fast. Größte Verzerrungen von Gaucks im Grunde maßvollen Äußerungen vor allem bei der extremen politischen Linken zeigen, wie ungeklärt, weil feindbildfixiert, deren Verhältnis zur deutschen Rolle in der Welt geblieben ist.

### Wie reagierten die Kirchen in Deutschland?

Eine gründliche Durchsicht der evangelischen und katholischen Stellungnahmen zeigt weniger Differenzen, als man zunächst vermuten möchte. Es wäre nicht das erste Mal in den letzten Jahren, dass der grundsätzliche Konsens in der ökumenischen Friedensethik bei der Beurteilung konkreter Konfliktlagen einen Dissens ergibt. Es sei hier an den Libyenkonflikt im Jahr 2011 erinnert, aber auch an das Afghanistan-Papier der EKD vom 27. Januar 2014, das nicht nur innerevangelisch mehr Kritik provozierte, als nach außen zugegeben wurde, sondern auch auf katholischer Seite durchgängig Befremden auslöste.

In der grundsätzlichen Frage der außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands ist der Unterschied zwischen beiden Kirchen in erster Linie an der Basis vorprogrammiert, nicht in der Leitungsebene. Das hängt mit der sehr deutschen Ausprägung des landeskirchlichen Protestantismus und seinem Denkhorizont zusammen, auf den später eigens eingegangen werden muss.

Es konnte also nicht verwundern, dass sich der Friedensbeauftragte der EKD, Renke Brahm, als erster mit einer Stellungnahme zu den öffentlichen Äußerungen des Bundespräsidenten vernehmen ließ. Seine Aufgabe besteht darin, das linkspazifistische Spektrum innerhalb der EKD zu bedienen, ohne die Brücke zum realpolitischen Flügel abzureißen. Im Gespräch mit dem Evangeli-

schen Pressedienst epd sagte Brahm am 2. Februar 2014, er vermisse in der Gauckrede den Blick „auf die Ursachen, Verursacher und Nutznießer von Konflikten“.<sup>2</sup> Ausbeuterische Handelsbeziehungen und skandalöse deutsche Waffenexporte würden nicht erwähnt werden. Statt Milliarden für Waffen auszugeben, so Brahm, sollten „präventive, entwicklungspolitische Maßnahmen und Instrumente der zivilen und gewaltfreien Konfliktbearbeitung“ gefördert werden.

Es ist das immer gleiche Mantra des Friedensbeauftragten, das in seiner Absolutheit zu weit geht und keinen Blick frei lässt z.B. auf Gewaltkonflikte in der islamischen Welt, die vielfach interne Ursachen haben und durch religiösen Fanatismus zusätzlich befeuert werden, wie gegenwärtig in Syrien und im Irak.

Dieses Mantra wird auch in einem Vortrag am 13. Mai 2014 wiederholt. Der Evangelische Pressedienst epd referierte dazu die wichtigsten Aussagen. „Deutschland müsse sich aufgrund seiner Geschichte bei internationalen Konflikten stärker für den Vorrang des Zivilen und der gewaltfreien Konfliktbearbeitung einsetzen, sagte der Theologe am Montagabend in Bad Zwischenahr bei Oldenburg. ... Das Militär müsse nicht sofort in jeden Konflikt geschickt werden. Frieden brauche Gerechtigkeit und Recht.“<sup>3</sup> Wie Brahm auf die Idee gekommen ist, das Militär, gemeint ist wohl die Bundeswehr, werde „sofort in jeden Konflikt geschickt“, bleibt sein Geheimnis.

Aber auch andere Theologen schlugen in die gleiche Kerbe. Uwe Trittman, Studienleiter an der Evangelischen Akademie Haus Villigst, verstand Gaucks Rede- und Interview-Äußerungen hauptsächlich als Absage an die bisherige deutsche Kultur militärischer Zurückhaltung. „Stattdessen sollte sich der Bundespräsident deutlicher wahrnehmbar dafür aussprechen, die präventiven, zivilen Mittel der Konfliktlösung zu

fördern“.<sup>4</sup> Die Politik würde „derzeit recht schnell über militärische Optionen“ nachdenken. „Die zivile Konfliktlösung entspreche schließlich auch den Vorgaben für die deutsche Außenpolitik“, die in der Präambel des Grundgesetzes und in der Charta der Vereinten Nationen verankert sind.“

Der bekannte ostdeutsche Theologe und Publizist Friedrich Schorlemmer, anders als der Bundespräsident dem DDR-Milieu weiterhin verbunden, nutzte die Gelegenheit, der Berliner Zeitung gegenüber diesen Dissens zu benennen:<sup>5</sup>

„Der Bundespräsident sollte sich zu sicherheitspolitischen Fragen dieser Tragweite nicht äußern.“ Und wenn schon, dann wolle er auch „mal eine Äußerung von Herrn Gauck zum Desaster im Irak hören“. Schorlemmer hielt dem Bundespräsidenten vor, er habe schon immer gewusst, dass die „Waffen der Freiheit“, gemeint die der Staaten im freiheitlichen Westen, „die besseren Waffen sind.“

Die Direktorin von Brot für die Welt sagte laut epd am 23.06.2014, das Eingreifen von Soldaten sei „selten nachhaltig, wofür Mali ein gutes Beispiel sei.“<sup>6</sup>

Breites Medienecho fand eine private Brief-Aktion der beiden pensionierten Ostberliner Pfarrer Klaus Galley und Siegfried Menthel. Angeblich haben weitere 65 Pfarrer das Schreiben unterzeichnet. Ihr Protestbrief an Gauck ist im Ton maßvoll, aber in der Sache scharf.<sup>7</sup> Durch Indiskretion wurde er am 23. Juni durch einen Bericht in der BILD-Zeitung publik. Sie halten ihrem früheren Pfarrers-

4 Nina Grunsky, Kirchenvertreter üben Kritik an Bundespräsident Gauck, DerWesten online vom 16.06.2014.

5 Markus Decker, Joachim Gauck: Entfremdung von den Ostdeutschen, Berliner Zeitung online vom 26.06.2014.

6 Natalia Matter (epd), Planlos, einseitig und gefährlich? – Konfliktforscher und Entwicklungsexperten sehen Auslandseinsätze der Bundeswehr skeptisch, epd Basisdienst vom 23.06.2014.

7 Der Brief wurde bis heute nirgendwo im vollen Wortlaut veröffentlicht, nur inhaltlich referiert, z.B. vom epd: Streit um Auslandseinsätze: Ost-Pfarrer kritisieren Gauck, epd Basisdienst vom 23.06.2014. – Pfr. Menthel hat aber dem Verfasser dieses Beitrags die Originalfassung zur Verfügung gestellt.

2 Gauck-Rede: EKD-Friedensbeauftragter vermisst Blick auf Konfliktursachen – epd-Gespräch: Dieter Sell, epd vom 02.02.2014.

3 EKD-Friedensbeauftragter fordert neues friedensethisches Leitbild, epd Basisdienst vom 13.05.2014.



Kollegen die Ergebnisse des Konzi-  
liaren Prozesses des Ökumenischen  
Rats der Kirchen vor:

„Die Kirchen der DDR haben  
sich im Abschlussdokument der Öku-  
menischen Versammlung 1989 für  
eine vorrangige Option für Gewaltlo-  
sigkeit ausgesprochen: „Umkehr zum  
Frieden muss deshalb für uns heute  
die Mitwirkung an der Überwindung  
der Institution des Krieges einschlie-  
ßen. Im Verzicht auf militärische Ge-  
walt als Mittel der Politik sehen wir  
einen notwendigen Schritt zur Schaf-  
fung einer europäischen und weltwei-  
ten Friedensordnung. Deshalb stellen  
sich die Kirchen auch hinter diejeni-  
gen, die aufgrund ihrer Überzeugung  
den Wehrdienst verweigern.““

Von diesem kirchlichen Konsens  
innerhalb der DDR, an dem die Auto-  
ren festhalten, habe sich Gauck nun  
verabschiedet. In Verkennung und  
Verdrehung dessen, was das Staats-  
oberhaupt gesagt und gemeint hat,  
behaupten sie:

„In Ihrer am 31. Januar 2014  
zur Eröffnung der Münchener Sicher-  
heitskonferenz gehaltenen Rede spre-  
chen Sie auch von der Notwendigkeit  
militärischer Konfliktlösungen. Das  
ist verständlicherweise so interpre-  
tiert worden, dass Sie einer Verstär-  
kung von Militäreinsätzen das Wort  
reden.“

Der Verfasser dieses Beitrags sah  
sich veranlasst, wenige Tage später  
eine sehr ausführliche und detail-  
lierte Gegendarstellung zu erarbeiten  
und zu verbreiten. Er warf den beiden  
Initiatoren neben dem Missverständ-  
nis der Gauckäußerungen auch völli-  
ge Unkenntnis der friedensethischen  
Beschlusslage in der EKD vor. Im  
Jahr 1993 hat eine hochkarätige Kom-  
mission aus ost- und westdeutschen  
Theologen und engagierten Kirchen-  
vertretern eine neue, nun gemein-  
same friedensethische Grundlinie  
für die inzwischen wiedervereinigte  
EKD erarbeitet und 1994 veröffent-  
licht.<sup>8</sup> Darin wurde das ostdeutsche  
Anliegen der vorrangigen Option für  
Gewaltfreiheit und der zivilen Kon-  
fliktbearbeitung mit den Herausfor-  
derungen durch die verheerenden

Bürgerkriege in Jugoslawien und in  
Somalia verbunden. Das Institut der  
humanitären Intervention, an strik-  
te Kriterien gebunden und als ulti-  
ma ratio verstanden, wurde einver-  
nehmlich für begründete Einzelfälle  
friedensethisch akzeptiert. Die neue  
Friedensdenkschrift der EKD von  
2007 folgte dieser Linie. Nun zeigte  
sich, dass den Ostberliner Pfarrern  
und ihren vielen Unterstützern die  
bereits vor 20 Jahren errungene ge-  
meinsame ost/westdeutsche friedens-  
ethische Grundlage unbekannt ist.  
Bedenklich stimmt auch der weltver-  
besserische Grundton des Briefes, der  
von der Macht des Bösen in der Welt  
nichts wissen, sondern eine weltwei-  
te Friedensordnung auf den Zivilen  
Friedensdienst als vermeintlich all-  
wirksames Politik-Verfahren gründen  
will, Überlegungen, die dem neutesta-  
mentlichen Zeugnis völlig fremd sind.

Auch der bekannte Zeithistori-  
ker und Spezialist für die DDR-Frie-  
densbewegung, Ilko-Sascha Kowal-  
czuk, warf den beiden Pfarrern vor,  
sie würden die DDR-Geschichte für  
Debatten in der Gegenwart instru-  
mentalisieren.<sup>9</sup> Die Forderungen der  
damaligen Friedensbewegung seien  
unter völlig anderen Voraussetzun-  
gen entstanden als heute.

### Reaktionen auf den „offenen Brief“

In der Zwischenzeit hat der Bun-  
despräsident den Brief der bei-  
den Pfarrer durch seinen Amtschef  
David Gill beantworten lassen und  
dabei seine bisherige Haltung in of-  
fenbar ausführlicher Argumentation  
bekräftigt.<sup>10</sup>

Den sehr kritischen Reaktionen  
von kirchlichen Einzelpersonen auf  
die Gauck-Äußerungen zur außen-  
politischen Verantwortung Deutsch-  
lands, zu denen inhaltlich auch der

EKD-Friedensbeauftragte gehört, ste-  
hen die öffentlichen Aussagen aller  
leitenden Repräsentanten der EKD  
in bemerkenswerter Geschlossenheit  
gegenüber.

Als erstes ist der bayerische Lan-  
desbischof Bedford-Strohm, Ratsmit-  
glied der EKD und früherer Universi-  
tätsprofessor für Sozialethik, zu nen-  
nen. Bereits am 8. Februar 2014 er-  
innerte er an die inzwischen in Stein  
gemeißelte Grundmaxime evangeli-  
scher Friedensethik.<sup>11</sup> Der Einsatz  
militärischer Gewalt sei immer frag-  
würdig, weil Christen dem Vorrang  
der Gewaltfreiheit verpflichtet seien.  
„Gleichzeitig sehen wir aber, dass  
Menschen immer wieder von Gewalt  
bedroht sind. ... Deshalb glaube ich  
nicht, dass es die richtige Position  
ist, Gewalt grundsätzlich auszuschlie-  
ßen.“ Damit hat Bedford-Strohm dem  
Bundespräsidenten Recht gegeben,  
der nichts anderes gemeint hat. Am  
26.06.2014 sagte die EKD-Auslands-  
bischofin Petra Bosse-Huber dem  
epd: „In der Auseinandersetzung  
in den Kirchen haben wir gelernt,  
dass es einen gerechten Krieg nicht  
gibt, der Krieg kann nur die aller-  
letzte Möglichkeit sein, einen Ge-  
nozid zu verhindern.“<sup>12</sup> Am gleichen  
Tag gab EKD-Ratsvorsitzender Niko-  
laus Schneider nach seiner Rückkehr  
von seiner Sudanreise Radio Berlin  
Brandenburg ein sehr ausführliches  
Interview.<sup>13</sup> Die furchtbare humanitä-  
re Tragödie infolge des Bürgerkriegs,  
mit der er im Südsudan konfrontiert  
war, gab seinen Worten eine unmit-  
telbare Brisanz:

11 „Wir brauchen noch viel mehr  
Glaubenslust“, Der bayerische evan-  
gelische Landesbischof sieht noch viel  
Spielraum, um die christliche Botschaft  
in der heutigen Zeit wirken zu lassen  
[Interview mit dem Landesbischof],  
Passauer Neue Presse vom 08.02.2014.  
Das folgende Zitat im Text aus diesem  
Interview.

12 Evangelische Auslandsbischofin:  
Einen gerechten Krieg gibt es nicht,  
epd-Gespräch Barbara Schneider, epd  
Basisdienst vom 26.06.2014.

13 Die bedrohliche Lage der  
Christen im Sudan, Radio Berlin  
Brandenburg, Interview mit dem EKD-  
Ratsvorsitzenden Nikolaus Schneider,  
aufgenommen am 26.06.2014 mit  
Pressemitteilung des Senders von die-  
sem Tag, Ausstrahlung am 30.06.2014.  
Die Transkription nach dem Mitschnitt  
des Senders durch den Verfasser.

8 Schritte auf dem Weg des Friedens,  
Orientierungspunkte für Friedensethik  
und Friedenspolitik, EKD-TEXTE 48,  
3. Aufl. 2001.

9 Darstellung und Zitat in dem Beitrag  
von Sandra Stalinski, Ost-Pfarrer gegen  
Gauck, Deutschlandfunk, Sendung  
vom 04.07.2014 (abrufbar von der  
Homepage des Deutschlandfunks).

10 Erstveröffentlichung in der Presse mit  
inhaltlichen Angaben zum Antwortbrief:  
Markus Decker, Brief von Joachim  
Gauck: Gauck verteidigt seine Worte  
zum Krieg, Berliner Zeitung vom  
31.07.2014. – Gaucks Antwort hat in  
der deutschen Presse zu vielfältigen  
weiteren Berichten und Kommentaren  
geführt.

„Wenn man die Lage in einem solchen Land erlebt, dann begreift man, dass es so etwas wie ein Wüten des Bösen und der Gewalt gibt und dass man dann schon auch militärische Kraft braucht, um für einen Raum zu sorgen, in dem sich dann anderes entwickeln kann. Das Militär kann da keinen Frieden schaffen, aber das Militär kann dafür sorgen, dass die massiven gewalttätigen Auseinandersetzungen gestoppt werden, dass die zum Ende kommen. Und dafür kann ein Einsatz von Militär gerechtfertigt sein. Ich vermute mal, dass der Bundespräsident das so gemeint hat.“

Wenige Tage später, am 29. Juni, unterstrich der frühere Ratsvorsitzende Prof. Wolfgang Huber diese Position in einer Predigt:<sup>14</sup>

„Bei allem Vorrang für Verhandlungen, diplomatischen Druck oder wirtschaftliche Sanktionen lässt sich jedoch nicht vollständig ausschließen, dass im äußersten Notfall auch die rechtlich gebändigte und politisch verantwortete Gewalt in den Dienst des Rechts treten muss – wie gesagt: im äußersten Notfall und in klarer Weise so, dass die Gewalt dem Recht dient und nicht etwa das Recht außer Kraft setzt. Jeder politisch Verantwortliche muss sich mit einer solchen Möglichkeit auseinandersetzen.“ Huber kritisierte mit deutlichen Worten die „Verunglimpfung“, bzw. „Beschimpfung“ des Bundespräsidenten.

Die völlige inhaltliche Übereinstimmung zwischen Schneider und Huber zeigt, dass die EKD nicht gewillt ist, sich auf einen grundsätzlich pazifistischen friedensethischen Kurs hin zu bewegen. In Ergänzung dazu sind die sehr gediegenen Aussagen des früheren Militärbischofs Martin Dutzmann in einem Interview im Frühjahr 2014 zu nennen.<sup>15</sup> Gefragt

nach den Äußerungen von Bundespräsident Gauck wies er völlig korrekt „auf die kaum mehr wahrnehmbaren internationalen diplomatischen Aktivitäten des Außenministeriums von 2009 bis 2013“ hin, also auf die düsteren Jahre unter Außenminister Westerwelle. Der Bundesregierung, so Dutzmann weiter, gehe es „nicht um mehr militärische Kampfeinsätze der Bundeswehr“.

Eine eigene, unverwechselbare Duftmarke setzte wieder einmal Margot Käßmann, kurzzeitig EKD-Ratsvorsitzende. Sie hat die große D-Day-Feier in der Normandie am 6. Juni 2014 genutzt, um noch einmal die moralische Berechtigung der alliierten Kriegführung gegen Hitler-Deutschland in Zweifel zu ziehen, weil Gewalt nur Gewalt erzeuge.<sup>16</sup> Im Vorfeld des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren schrieb sie einen ausführlichen Beitrag in der SZ vom 02.07.2014.<sup>17</sup> Nach selbstkritischen Bemerkungen über die seinerzeitige evangelische Kriegstheologie geht sie in vorsichtiger Formulierung, aber doch erkennbar zustimmend auf den schon genannten Protestbrief der beiden Ostberliner Pfarrer an den Bundespräsidenten ein. Ausdrücklich stimmt sie der theologisch überzogenen Formulierung der Dresdner Ökumenischen Versammlung von 1989 zu: Wir alle müssen uns dafür einsetzen, dass niemand mehr einen anderen Menschen in einem Krieg erschießt.“ Diese Forderung voll von weltverbesserischem Pathos hat, so Käßmann, „auch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution seine Gültigkeit nicht verloren. So ist gut, dass Pfarrerinnen und Pfarrer kritisch fragen, ob sich Bundespräsident Joachim Gauck mit seiner Forderung nach mehr Auslandseinsätzen der Bundeswehr noch in

dieser Tradition sieht.“ Auch Käßmann muss wie den beiden Ostberliner Pfarrern Galley und Menthel der Vorwurf gemacht werden, dass sie den ost/westdeutschen kirchlichen Konsens in der Friedensfrage von 1994 nicht kennt. Käßmann hat auch heute noch nicht wahrgenommen, dass die allermeisten Auslandseinsätze der Bundeswehr ethisch unbedenkliche low-profile-Einsätze sind und vielfach polizeilichen Charakter haben, wie 17 Jahre lang in Bosnien und im Kosovo seit 1999.

Es war nicht zu erwarten, dass von offizieller EKD-Seite eine Richtigstellung der Käßmann-Thesen erfolgt; sie geschah ja in der Sache durch die ausführlichen Bemerkungen des Ratsvorsitzenden Schneider im Interview mit dem RBB und die anderen EKD-Spitzenrepräsentanten.

Prof. Ulrich Körtner, Sozial- und Friedensethiker an der Universität Wien, sah sich noch am gleichen Tag, dem 2. Juli, erneut veranlasst, den misslungenen Aussagen Käßmanns entgegenzutreten.<sup>18</sup> Die in der evangelischen Kirche oft bemühte Formel vom gerechten Frieden drohe zur „ideologischen Parole“ zu verkommen. Moralische Fehlurteile in friedensbewegten Äußerungen würden durch beständige Wiederholung nicht richtiger. Körtner bezog sich dabei auf Käßmanns moralische De-

18 Theologieprofessor Körtner sieht für evangelische Friedensethik Klärungsbedarf – deutliche Kritik an Käßmann-Äußerungen, epd-Gespräch mit Rainer Clos, epd Basisdienst vom 02.07.2014. – Körtner hat bereits am 26.06.2014 in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“ (Kein gerechter Krieg? Mit ihren Aussagen zum ungerechtfertigten Krieg gegen Hitler zeigt sich Margot Käßmann nicht unerschrocken, sondern unbelehrbar) Käßmann wegen ihrer Äußerungen im Zusammenhang der D-Day-Feiern scharf kritisiert. Er schreibt in diesem Beitrag: „Nicht zum ersten Mal polarisiert Frau Käßmann mit ihrer These, der Krieg gegen Hitler sei letztlich genauso wenig zu rechtfertigen wie andere Kriege auch. Das erste Mal vertrat sie diese Ansicht schon zum Jahreswechsel 2009/2010 im Zuge der politischen Auseinandersetzung um den deutschen Militäreinsatz in Afghanistan. Schon damals wurde an ihren Aussagen, die als Delegitimation des Kampfes gegen Hitler verstanden werden konnten, zu Recht Kritik geübt, und zwar von Politikern und Journalisten unterschiedlichster Couleur.“

14 Wolfgang Huber, Hunger nach gerechtem Leben, Predigt beim Landesmissionsfest der Evangelischen Landeskirche in Württemberg am 29. Juni 2014 in Blaufelden, Manuskript vervielfältigt.

15 Dr. Alwine Slenczka, Interview mit Militärbischof Dr. Martin Dutzmann, in: Materialien für Gottesdienste, Andachten und Gedenkfeiern anlässlich des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, hrsg. vom Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Kassel

2014, S. 126-129.

16 Siehe z.B.: Provokante These der Ex-EKD-Vorsitzenden Käßmann: Es gibt keinen „gerechten Krieg“ – nicht mal gegen Hitler-Deutschland, FOCUS online vom Sonntag, 08.06.2014. Siehe dazu die kritische Stellungnahme des Militärfarrers Ulrich Kronenberg (Militärfarrer: Gegen das Böse hilft manchmal nur Waffengewalt – epd-Gespräch: Alexander Lang, epd Basisdienst vom 22.06.2014).

17 Margot Käßmann, Gott will keinen Krieg, Gastbeitrag, SZ vom 02.07.2010.

legitimierung der alliierten Kriegsführung gegen Hitler. Er wies darauf hin, dass die Friedensdenkschrift der EKD von 2007 für eine radikalpazifistische Lesart keine Grundlage biete.

Am 15. Juli 2014 trat Dr. Sigurd Rink sein neues Amt als evangelischer Militärbischof an und löste damit Martin Dutzmann ab. Sein Vorgänger, gedienter Soldat und Leutnant der Reserve, muss der realpolitischen Linie in kirchlichen Friedensfragen zugerechnet werden. Rink wurde bereits vor seinem Amtsantritt von mehreren Medien nach seinem friedensethischen Standpunkt befragt und es zeigte sich von Anfang an, dass er theologisch in die Fußstapfen seines Vorgängers treten werde. Im Interview mit dem epd am 27.06.2014<sup>19</sup> sagte er zu den Forderungen nach einer größeren außenpolitischen Rolle Deutschlands, er sehe „eine deutlich Mehrheitsstimmung in der Gesellschaft, die eine Zurückhaltung Deutschlands beim militärischen Engagement wünscht. Dieser nachvollziehbare Reflex ist gespeist aus den deutschen Erfahrungen im 20. Jahrhundert, die viele Menschen bis heute prägen. ... Dennoch werbe ich dafür, wegzukommen von einem deutschen Sonderweg. Gerade angesichts seiner mitunter verheerenden Sonderrolle im vergangenen Jahrhundert muss Deutschland sich fragen lassen, wie es seine Verantwortung in der Europäischen Union und der Nato in internationalen Zusammenhängen am besten wahrnehmen kann.“ Im Interview mit der Frankfurter Rundschau am 11.07.2014 stellte er fest, die Bemerkung von Bundespräsident Gauck, Militäreinsätze könnten z.B. bei Völkermord ein letztes Mittel sein, liege auf der Linie der Friedensdenkschrift der EKD.<sup>20</sup>

Der Überblick zeigt also, dass der gesamte Führungsbereich der EKD, der alte und der neue Militärbischof eingeschlossen, an den Forderungen des Bundespräsidenten nach einer

stärkeren außenpolitischen Verantwortung Deutschlands, flankiert von den gleichen Aussagen des Außenministers und der Verteidigungsministerin, nichts Kritikwürdiges finden. Sie haben sich nämlich die Mühe gemacht, genau nachzulesen, was Gauck wirklich gesagt hat.

### Nachbetrachtung anderer Art

Es geht um den Denkhorizont nicht nur der beiden Ostberliner Pfarrer Galley und Menthel und ihrer Unterstützer, sondern auch um die breitere mentale Strömung in Teilen des deutschen Protestantismus, der diese Gruppierung angehört. Der bekannte deutsche Historiker August Heinrich Winkler hat sich mit dieser Strömung in seinem SZ-Beitrag am 14.07.2014 kenntnisreich beschäftigt.<sup>21</sup> Zunächst stellte er heraus, dass Gaucks Ausführungen genau dem Responsibility to Protect-Konzept der Vereinten Nationen von 2005 entsprechen. Die Argumentation der Pfarrer laufe in ihrer Konsequenz auf den Abschied Deutschlands von seinen Verpflichtungen gegenüber der Weltgemeinschaft und der NATO hinaus. Winklers Kernvorwurf: „Was die ostdeutschen Pfarrer und ihre westdeutschen Unterstützer, unter ihnen Margot Käßmann, wissentlich oder unwissentlich infrage stellen, ist nichts Geringeres als die Westbindung Deutschlands mitsamt den daraus resultierenden Verpflichtungen.“ Trotz Absage an die alte obrigkeitstaatliche Tradition sei die Distanz zum westlichen Werte-Universalismus geblieben. Die Schlusspointe: „Ihr fundamentalistischer Protest gegen Gaucks Thesen von der internationalen Verantwortung Deutschlands trägt in seinem Innerlichkeitspathos sehr deutsche Züge und macht sie

den national gesinnten Pastoren der wilhelminischen Zeit ähnlicher, als ihnen bewusst ist.“ Winkler geißelt den Hang in Deutschland, nicht nur in Teilen der evangelischen Kirche, zum „neutralistischen Nationalpazifismus“, gegen den sich Bundespräsident Gauck gewendet habe. Diese Spitze ist in der Sache auch gegen die massive Gauck-Kritik von Friedrich Schorlemmer gerichtet, den an Gauck besonders sein westlich-individualistisches, liberales Freiheitsverständnis stört.

### Reaktionen der Katholischen Kirche

Wie hat die katholische Kirche in Deutschland, also die Bischöfe, kirchliche Gruppierungen und Einzelpersonlichkeiten, auf die Gauck-Äußerungen reagiert? Zunächst muss man feststellen, dass im Vergleich zur evangelischen Kirche nur wenige katholische Stellungnahmen vorliegen. Ein Grund liegt auf der Hand: Die Medien waren natürlich daran interessiert, von evangelischen Kirchenleuten zu erfahren, wie sie zu den öffentlich hoch umstrittenen friedenspolitischen Äußerungen ihres früheren Amtsbruders und jetzigen Bundespräsidenten stehen. Das Interesse dürfte zusätzlich durch den Umstand verstärkt worden sein, dass die EKD am 27. Januar 2014 ein ausführliches und viel beachtetes, aber umstrittenes Afghanistan-Papier veröffentlicht hat. Die katholische Position zu den Gauck-Äußerungen wurde demgegenüber vermutlich als weniger interessant eingeschätzt.

Tatsächlich hat sich nur Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck einige Male zum Thema geäußert. Er konnte dabei auf frühere klare Aussagen zur weltweiten Verantwortung Deutschlands beim Schutz bedrohten menschlichen Lebens zurückgreifen. Im Interview mit Deutschlandradio Kultur sagte er am 22.06.2013 auf die Frage, ob das Konzept der Responsibility to Protect die katholische Friedenslehre aufweiche:<sup>22</sup>

22 „Legitim ist alles das, was dem Frieden aller dient“, Bischof Franz-Josef Overbeck verteidigt das Prinzip der Schutzverantwortung, Moderation: Philipp Gessler, Beitrag von Deutschlandradio Kultur vom 22.06.2013.

19 Künftiger Militärbischof Rink rät von deutschem Sonderweg ab, epd-Gespräch mit Rainer Clos, epd Basisdienst vom 27.06.2014.

20 „Ruanda hat mich geprägt“, Der neue evangelische Militärbischof bei der Bundeswehr spricht über Kampfeinsätze und Tyrannenmord, Interview mit Peter Hanack, FR vom 11.07.2014.

21 Ein ziemlich deutscher Pazifismus, Die Kritik ostdeutscher Pfarrer an Bundespräsident Gauck stellt die Westbindung der Bundesrepublik infrage. – Neben Winkler beschäftigten sich auch Fachjournalisten mit den evangelischen Reaktionen auf die Gauck-Äußerungen. Ein Beispiel: Reinhard Bingener, Pastoren im Kampf um den Krieg, Die evangelische Kirche ist gespalten, wenn es um Krieg und Frieden geht. Gauck und Käßmann sind die beiden Protagonisten, FAZ vom 04.07.2014.



„Der Krieg ist immer etwas, was zu verhindern ist. Das ist der erste und wichtigste Satz, der immer zu sagen ist und dem sich alles andere unterzuordnen hat. Es gibt aber immer die ganz konkreten Konflikte, die nicht einfach bearbeitet werden können, sondern die bedeuten, auch klug die Menschenrechte der betroffenen Regionen und der Menschen, die dort leben, zu achten beziehungsweise zu schützen. Und da es solche Konfliktregionen weiterhin gibt, bedeutet es, die Verantwortung, die dann bleibt, wahrzunehmen, und dazu gehört eben Schutzverantwortung. Es gibt so viele Konfliktbereiche heute, in denen Menschen Opfer werden der Interessenlagen ganz anderer mit vollständig anderen Zielen, und dass es wichtig ist, dass wir als Kirche sagen: Die müssen geschützt werden um der Menschenrechte willen, die ja nicht nur ein Individualrecht sind, sondern zugleich auch ein soziales Recht für alle, das geschützt werden muss. Darum braucht es sie.“

Overbeck formuliert damit eine allgemeine, konkret stets auslegungsbedürftige Maxime, die auch der Ratsvorsitzende der EKD mit gleichen Worten hätte aussprechen können.

Am Tag der Gauckrede vor der Münchner Sicherheitskonferenz am 31. Januar 2014 wollte das Domradio in Köln von Bischof Overbeck hören, was er von der Forderung des Bundespräsidenten und zweier Bundesminister halte, Deutschland solle „eine aktivere Rolle in der Welt übernehmen“.<sup>23</sup> Seine Antwort verdient, vollständig zitiert zu werden:

„Wir leben in einer globalisierten Welt. Das bedeutet viel Verantwortung, die weit über den Rahmen unseres konkreten Lebensraumes und Horizontes hinausgeht. Ich sehe auch, dass wir in Deutschland eine solche Aufgabe haben und dass wir sie auch vielfältig wahrnehmen. Das

betrifft viele Bereiche, nicht nur den militärischen, auch den politischen, den gesellschaftlich-kulturellen und auch den religiösen Bereich. Von daher kann ich die Argumente verstehen, und sehe, dass wir auch in unseren Zusammenhängen, in denen wir hier in Deutschland leben, uns nur verstehen können, wenn wir auch globalisiert denken. Wenn wir so handeln und dann auch tun. In diesem Zusammenhang gehören dann auch all die Sicherheitsfragen und Sicherheitsbedürfnisse, auch die Fragen nach Frieden und Gerechtigkeit. Wir selbst tragen eine solche Verantwortung, und müssen uns deswegen auch so einsetzen.“

Der Militärbischof hat das Anliegen des Bundespräsidenten völlig richtig verstanden, dass Deutschland eine gesamtpolitische internationale Verantwortung habe; er beschreibt sie in Anbindung an die für katholische Theologie wichtige Verpflichtung zu internationaler Solidarität aus Ausfluss der Grundüberzeugung von der gleichen Würde aller Menschen. Diese Überlegungen können dann in begründeten Einzelfällen auch zu Militäreinsätzen führen, wie er das im oben zitierten Interview am 22.06.2013 gesagt hat.

Von der Bundesvorsitzenden von Pax Christi Deutschland, Wiltrud Rösch-Metzler, war natürlich nicht zu erwarten, dass sie den Argumenten des Militärbischofs folgt. In ihrer Rede zum Ostermarsch am Karsamstag 2014 in Senne gebrauchte sie starke Worte.<sup>24</sup> Sie pries die Friedfertigkeit der Menschen in der DDR vor 25 Jahren, die mit Gebeten, Gesang und Kerzen den Mauerfall vorbereitet hätten. In deutlichem Anklang an die Ostberliner Pfarrer Galley und Menthel sagte sie, die Bereitschaft von Bundespräsident und Regierung zu mehr deutschen Militäreinsätzen sei „nicht das Ziel der friedlichen Revolution [gewesen], nicht das Ziel der Kirchen in der DDR, vor allem der Evangelischen, die in ihren Ökumenischen Versammlungen für eine Politik, die den Krieg überwindet, warben.“ Die Pax Christi-Vorsitzende

hat den Bundespräsidenten genauso missverstanden oder missverstehen wollen, wie die Ostberliner Pfarrer und ihre Unterstützer, genauso – man muss das leider ergänzen – wie das gesamte linke bis linksradikale Lager in Deutschland.

Der Dissens zwischen der radikalpazifistischen Friedensorganisation pax christi und dem Militärbischof liegt nicht im katholischen Verständnis weltweiter Verantwortung und Solidarität, das sich auf unterschiedlichen Feldern, z.B. in Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Wirken in internationalen Gremien äußert. Der Dissens liegt in der grundsätzlichen Weigerung der Bundesvorsitzenden, sich auf Konfliktszenarien einzulassen, in denen ernsthaft über passgenaue militärische Interventionen zur Nothilfe schwer bedrohter Menschen, wie beim Völkermord in Ruanda 1994, nachgedacht werden kann.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, unterstützte in zwei Statements die Äußerungen des Bundespräsidenten auf der Linie des Militärbischofs.<sup>25</sup>

Beim Rückblick muss man also festhalten, dass sich die leitenden Repräsentanten der EKD und der katholische Militärbischof in der Sache einig sind: Bundespräsident Gauck in seinen ernst genommenen Worten und Anliegen zur außenpolitischen Verantwortung Deutschlands liegt auf der Linie der ökumenischen Friedensethik.

Doch diese Feststellung allein kann nicht beruhigen. Denn wie will Deutschland, von einer Großen Koalition politisch geführt, das Desinteresse der allermeisten Bürger an den meist komplizierten gewalttätigen Handeln in Nah und Fern überwinden? Wie will die Regierung und die sie tragenden Parteien, durchaus unterstützt von einem breiten Strom seriöser Medien, den inzwischen ha-

23 Bischof Overbeck zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr: „Deutschland trägt Verantwortung“, Beitrag vom 31.01.2014, auf der Homepage des Domradio abrufbar. Siehe auch mit gleicher Aussage: Militärbischof Overbeck im Interview: „Bei Völkermord haben wir eine Verantwortung“, von Claudia Keller und Robert Birnbaum, Der Tagesspiegel online vom 20.04.2014.

24 Rede für Schlusskundgebung Ostermarsch OWL/Senne, Karsamstag, 19. April 2014, abrufbar auf der Homepage von pax christi.

25 Alois Glück zum außenpolitischen Vorstoß des Bundespräsidenten: „Wir können nicht auf einer Insel der Seligen bleiben“, 06.07.2014, Nachdruck des KNA-Interviews auf der Homepage von Domradio; ZdK-Präsident zur Militär-Debatte, Gauck bekommt Unterstützung, Kölner Stadt-Anzeiger vom 04.08.2014.

bituellen Pazifismus, den man besser als Gleichgültigkeit einer Wohlstands- und Freizeitgesellschaft bezeichnen sollte, aufbrechen?

Auch die beiden großen Kirchen sind in gleicher Lage. Weder die in friedensethischen Fragen hervorragend aufgestellte katholische Kirche, noch die evangelische Kirche schaffen es in nennenswertem Umfang, in ihre Kirchengemeinden und Verbände hinein ein Bewusstsein für die Konfliktlagen dieser Welt zu schaffen, ein Bewusstsein, in dem die genannten verzweigten politischen, humanitären und militärischen Aspekte bei der außenpolitischen Verantwortung verbunden werden müssen.

Hinzu kommt problemverschärfend die nach allgemeiner Auffassung desolante Situation der Bundeswehr, die seit Jahren am Rande der Leistungsfähigkeit operieren muss und inzwischen an akutem Nachwuchsmangel leidet, was ihre Handlungsfähigkeit noch mehr einschränkt.

Um die Kalamitäten noch einen Schritt weiterzuführen: Die Ukraine-Krise konfrontiert den Westen mit einer neuen gesamtpolitischen Entwicklung in Russland, einer teilweise völkischen Renationalisierung mit unmissverständlicher Absage an eine Öffnung zum Westen, eine immer breiter werdende mentale Strömung der Abgrenzung bis hin zum Kulturkampf. Sie er-

fordert eine Neuorientierung der westlichen Sicherheitspolitik Richtung Osten, womit die NATO eben begonnen hat und blockiert natürlich Ressourcen, die anderweitig etwa im Blick auf die Konfliktlagen in Nordafrika nötig wären. Die Schere zwischen außenpolitischer Verantwortung Deutschlands und tatsächlichen Möglichkeiten ist auf europäischer Ebene genauso spürbar und schränkt die politischen und militärischen Handlungsspielräume ein.

Insofern sollte man sich nicht wundern, wenn die Impulse in den fraglichen Reden und Interviews des Bundespräsidenten die gewünschte ernsthafte außenpolitische Debatte in Deutschland eben nicht auslösen. □

## Buchbesprechung

# Gerechter Friede am Hindukusch?

## Die Evangelische Kirche und der Afghanistan-Konflikt 2008 bis 2011

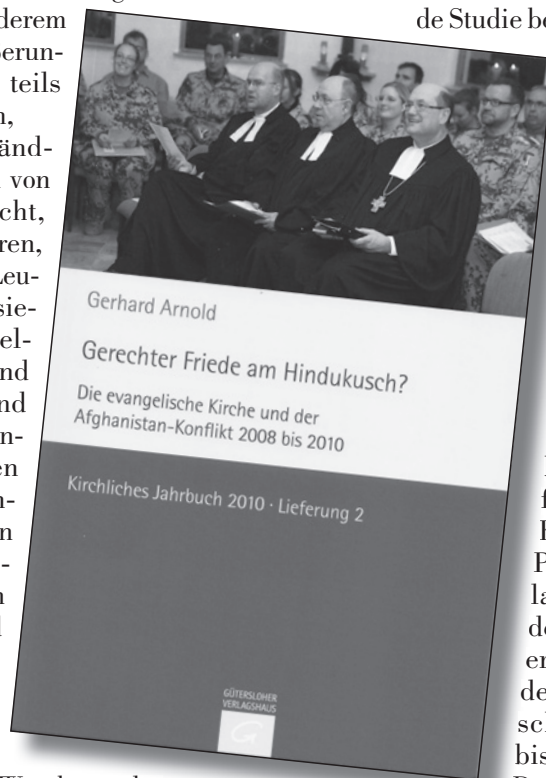
Der Afghanistan-Konflikt beschäftigt die deutsche Gesellschaft – und damit auch die großen Kirchen – in besonderem Maße. Die Äußerungen dazu sind teils widersprüchlich, teils unverständlich. Manchmal von Leuten gemacht, die vor Ort waren, manchmal von Leuten, die polarisieren wollten, selten objektiv und unbefangen und meist von persönlichen Urteilen über Militäreinsätze geprägt. In der Vielzahl dieser Äußerungen hat sich Gerhard Arnold, evangelischer Theologe und pensionierter Gymnasiallehrer in Würzburg, der freiberuflich als friedensethischer und sicherheitspolitischer Publizist tätig ist, die Mühe gemacht und hat sich der

Mühe unterzogen, eine zeitgeschichtliche Studie zum Afghanistan-Konflikt zu schreiben. Diese vorliegende Studie begleitet die öffentlichen

Reden der evangelischen Kirche bis zum Februar 2011. Sie umfasst drei Ratsvorsitzende der EKD ein: Bischof Wolfgang Huber, Bischöfin Margot Käßmann und Präses Nikolaus Schneider. Ebenfalls erfasst wurden der evangelische Militärbischof Martin Dutzmann und Friedensbeauftragte

die friedensethischen Vorgaben analysiert. Um die Texte besser zu verstehen, wurde auf den zeitgeschichtlichen Kontext großen Wert gelegt und die kontroversen Sachdiskussionen wurden festgehalten. So gibt dieses Buch einen sehr guten Überblick über die Stellung der evangelischen Kirche zu diesem Konflikt und hilft dem Leser deutlich weiter als das bekannte Schlagwort von Bischöfin Käßmann. Nicht berücksichtigen konnte der Autor die Arbeit der evangelischen Militärseelsorge bei der kämpfenden Truppe. Dies hätte den Rahmen der Studie gesprengt und bleibt einem nächsten Buch vorbehalten. Es bleibt zu hoffen, dass dies bald geschieht, um den vorbildhaften Überblick dieser Studie aus dieser Sicht abzurunden.

(BB)



der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm. Die Beiträge zu dem Thema wurden dokumentiert und auf

*Gerechter Friede am Hindukusch? Die evangelische Kirche und der Afghanistan-Konflikt 2008 bis 2010, Kirchliches Jahrbuch 2010, Lieferung 2, Gerhard Arnold, Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2013, 338 Seiten, ISBN 978-3-579-01607-8*

## Pilgern in Deutschland

## Alter „neuer“ Frankfurter Jakobsweg

VON HEINRICH DORNDORF

Die neugegründete hessische Jakobusgesellschaft hatte zu einem ersten „Schnupperpilgern“ für den 10. Mai 2014 nach Frankfurt eingeladen. Sinn und Zweck war es, den Frankfurter Jakobsweg zu erwandern. Dies wurde auch von der Katholischen Erwachsenenbildung (KEB) im Haus am Dom mitgetragen. An diesem Tag galt es, die Frankfurter Pilgeretappe von St. Leonhard bis nach Frankfurt-Höchst zur Kirche St. Justinus zurückzulegen. Weitere Etappen bis nach Mainz sind vorgesehen.

„Wir möchten, dass sowohl religiöse als auch nicht religiöse Menschen die mittelalterliche Tradition des Pilgerns kennen lernen. Daher ist das Programm wie ein historischer Stadtrundgang konzipiert worden, wodurch Orte, an denen man sonst vorbeiläuft, neu entdeckt werden können“, sagte Dr. Hans Prömper, der Leiter der KEB.

So begann das „Schnupperpilgern“ um 10.00 Uhr an der Baustelle von St. Leonhard mit Segensgebet und dem Pilgersegen vom Frankfurter Stadtdekan Dr. Johannes zu Eltz. Die derzeit renovierte Kirche St. Leonhard (um 1219 errichtet) ist schon seit dem Mittelalter mit dem Jakobsweg nach Santiago verbunden. Das romanische Pilgerportal im Innern der Kirche zeugt davon. Diese Kirche war aber schon im Mittelalter Zwischenstation und Pilgerkirche zurzeit der Kreuzzüge auf deren weiteren Weg nach Jerusalem.

Nächste Station war der Kaiserdom St. Bartholomäus (erbaut 1250 – 1514). Er ist Krönungskirche der deutschen Könige und Kaiser des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Als wertvollste Reliquie im Frankfurter Dom gilt die Schädeldecke des Apostels Bartholomäus. Diese Reliquie befindet sich in einem Schrein in einem Sakramentshaus an der Ostwand des Südquerhauses im Dom und wird dort an hohen Feiertagen und am Bartholomäusfest (24.08.) gezeigt.

Der weitere Weg führte die Pilger zur Deutschordenskirche. Seit 1190 als Spital und Spitalskirche gedacht, liegt sie direkt am Mainübergang und beherbergt u.a. ein Ikonenmuseum.

Nach einem Impuls ging es entlang des Mains nach Frankfurt-Niederrad zur Kirche Mutter vom Guten Rat (erbaut um 1930). Im Gemeindezentrum wurde zur Stärkung ein Santiagokuchen gereicht.

Im Mittelalter den Bischofsitz in Mainz mit Frankfurt. Der Antoniterorden übernahm die Kirche 1441 und sie erhielt dann gotische An- und Umbauten. Da die Kirche an einem Handelsweg lag, wurde sie von Jakobuspilgern benutzt. Catharina von Holzhausen, Witwe des Emmerich von Kriftel, stiftete der Justinuskirche im Jahr 1442 einen Altar zu Ehren des Heiligen Jakobus. Auf der Predella (italienisch



In Frankfurt-Schwanheim, nächster Halt im Josefshaus von Alt-St. Mauritius, wurde den Pilgern die barocke Kapelle im Rahmen eines Impulses näher gebracht.

Ziel des heutigen Pilgerns war die Justinuskirche in Frankfurt-Höchst. Die 830 bis 850 erbaute karolingische Kirche hoch über dem Main ist das älteste Bauwerk Frankfurts. Die an der heutigen Mainzer Landstraße gelegene Kirche verband im Mit-

für Stufe, Tritt) des 1482 gestifteten Kreuzaltars ist neben anderen Aposteln auch der Heilige Jakobus mit Pilgerhut, Muschel und Pilgerstab abgebildet (Bild).

Nach einer kleinen Dankandacht endete diese Pilgeretappe. So hatten trotz aller Witterungseinflüsse, Sonne, Wind und heftigem Regen fast 100 Pilger nach ca. 15 km das Ziel erreicht. □

(Foto: Heinrich Dorndorf)



## Jugend heute – Elite von morgen?

VON JOSEF KRAUS

**A**uf dem studentischen Festkommers während der 128. Cartellversammlung in Aachen am Samstag, den 21. Juni 2014, hielt Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, die folgende Festrede, welche er der Redaktion zum Abdruck zur Verfügung stellte. Der Vortrag wird in der wörtlichen Rede widergegeben.

Es ist mir eine große Freude, vor Ihrem Festkommers die Festrede halten zu dürfen. Dass Ihre Wahl auf mich gefallen ist, ehrt mich außerordentlich. Womöglich aber bin ich die falsche Wahl. Denn ich fühle mich nicht in der Lage, über real existierende Bildung in Deutschland eine feierliche Rede zu halten. Ich hoffe, Ihre Enttäuschung hält sich in Grenzen.

Umkreisen wir das Thema: Erinnern Sie sich oder aber wissen Sie zumindest vom Hörensagen, welchen Seufzer unsere Eltern, Großeltern, Urgroßeltern ausstießen, wenn die jungen Leute aus dem Ruder liefen? Dann stöhnten unsere Altvordenen: „Jetzt hilft nur noch beten.“

Diese Zeiten sind vorbei. Solche Stoßgebete sind der Säkularisierung und Ent-Christlichung des Abendlandes zum Opfer gefallen. Aber diese Stoßgebete unserer Omas und Opas haben Nachfolger gefunden. Wenn es heute mit den jungen Leuten nicht so recht klappt oder wenn wieder einmal ein Dysangelium in Sachen PISA aufgelegt wurde, dann heißt es heute: „Jetzt hilft nur noch eine Bildungsreform und noch eine Bildungsreform und noch eine Bildungsreform ....“ Bis aus all den Reformen Deformen geworden sind. Auf diese Weise schafft sich der moderne Mensch Marke Bildungs-„Experte“ neue Religionen, Ersatzreligionen.

Und tatsächlich missionieren in Deutschlands Bildungspolitik seit geraumer Zeit zwei Glaubensgemeinschaften: Die eine Konfession ist die Konfession der Einheits- und Gesamtschulbewegung (SPD, Grüne, Linke, sog. Bildungsgewerkschaften, OECD, Bertelsmann, nicht wenige Bildungswissenschaftler). Ihr Hosianna lautet: Mit dem deutschen PISA-Ergebnis und mit der UN-Konvention zur inklusiven Bildung sei zugunsten eines „gerechten“ Schulsystems endlich der Jüngste Tag für das gegliederte,

begabungs- und leistungsorientierte Schulwesen angebrochen. Die andere Konfession ist die BOLOGNA-Konfession. An frohen Botschaften fehlt es auch hier nicht: BOLOGNA samt Bachelor, Master, Workloads und Credit Points schaffe schließlich Effizienz, Mobilität, Modularisierung, „Employability“ und eine gigantische Steigerung der Akademikerquote.

Die Assoziation zu Sigmund Freuds Diktum von Religion als universeller Zwangsneurose liegt wahrlich nicht fern. Denn PISA, UN-Konvention und BOLOGNA sind nicht mehr Erkenntnis, sondern schier pseudoreligiöses Bekenntnis. Im Grunde nämlich steckt dahinter die „Religion“ eines radikalen Egalitarismus, derzufolge alle Menschen, Strukturen, Werte und Inhalte gleich bzw. gleich gültig seien. Robespierre lässt grüßen. Es geht um die „heilige“ Gleichheit – um einen Furor, der die Jakobiner am liebsten die Kirchtürme hätte schleifen lassen, weil diese ungleich seien.

Und heute? Wie bei einer Litanei beten PISA- und Bologna-Vorbeter Beschwörungsformeln vor. Vorausgeschickt werden dabei gerne apokalyptische Bilder von einer verderbten „ungerechten“ Wirklichkeit, die es zu transzendieren gelte. Für Norbert Bolz (»Das Wissen der Religion«, 2008) ist jedes Heilsversprechen ohnehin zugleich Elends-Propaganda.

Helmuth Schelsky (1975) nennt die Sehnsucht nach solcher Einfachheit eine „Reprimitivisierung des Erkenntnisvermögens“ und „ein sicheres Zeichen des Entstehens einer neuen Religiosität“. Im Kern – so ebenfalls Schelsky – läuft jede Ersatzreligion ohnehin auf eine „Heilsvergottung der Gesellschaft als Basis für einen dereinst vollkommenen sozialen und individuellen Zustand“ hinaus.

Jedenfalls sei nicht der Einzelne für sich verantwortlich, sondern die

Gesellschaft sei es – für alles und für jeden Einzelnen. Das Bildungswesen habe dafür gerade zu stehen. Niemand sei verloren, jeder könne gerettet werden ... Das ist die Botschaft. Und im besonderen soll die Bildungspolitik absolute Gerechtigkeit schaffen, die es – wie Christen wissen – aber nur im Jenseits geben kann.

Nein, gerade mit der Debatte um Bildungsgerechtigkeit ist das Prinzip Gerechtigkeit in die Hände radikaler Gleichmacher geraten. Mehr noch: „Bildungsgerechtigkeit“ wurde zur sozialpopulistischen Kampfvokabel. Die Behauptungen sind entsprechend: Das gegliederte Schulwesen habe den Zweck, eine ständische Gesellschaft zu erhalten, deshalb werde der Zugang zu den Gymnasien gedrosselt und deshalb lege man Wert auf einen ausgrenzenden bürgerlichen Bildungskanon.

In solcher Rhetorik schwingt eine Menge anti-bürgerlicher Affekt mit. Dabei geht es in der Bildung nicht um Chancerverteilung, sondern um Chancennutzung. Aber Chancen sind keine Garantien. Zu konkreten Optionen werden sie erst durch eigene Anstrengung. Zugleich gilt: Vermeintliche Gleichheit kann allenfalls durch Absenkung des Anspruchsniveaus erzielt werden (s.u.).

Natürlich gibt es ein moralisches Recht auf möglichst gute Bildung, aber kein Recht auf Abitur. Mit dem Recht auf gute Bildung muss zudem eine moralische Pflicht zur Bildung korrespondieren. Man kann Bildungsabschlüsse nicht planwirtschaftlich-inflationär vergeben, und man kann niemanden zu echter Bildung zwingen. Es kann nur um Hilfe zur Selbsthilfe gehen und um eine Rückbesinnung darauf, dass die erste Bildungsverantwortung in der Familie liegt. Der Staat hat hinsichtlich des Bildungsangebots eine Bringschuld, die Eltern und ihre Kinder eine Holschuld.

Was sich in der Folge in der realen Bildungspolitik vieler deutscher Länder abspielt, überbietet allerdings an Radikalität so manche 68er Kahlschläge: die „Erfindung“ einer Gemeinschaftsschule, die angeblich jetzt alle und noch viel mehr Versprechen einlöst, die die Gesamtschule mit ihrer zigfach attestierten durchschlagenden Erfolglosigkeit eben nicht eingelöst hat; die durchsichtige Instrumentalisierung des Schicksals Behinderter für eine Einebnung der differenzierten Schullandschaft (Inklusion).

Die drei Masterpläne zur Umsetzung solcher totaler Egalität heißen Machbarkeitsglaube, Erleichterungs-, Gefälligkeits- und Spaßpädagogik und Quotenwetttrüsten

### Machbarkeitsglaube

**W**eil die genannte Holschuld oft nicht eingelöst wird, meinen Sozialbewegte, Schöpfer spielen zu müssen und jeden zu allem begaben zu können.

Der ideologische Unterbau dafür ist sehr dünn – nämlich eine „objektive“ Psychologie, die sich vor gut 100 Jahren zu etablieren begann. Um 1900 hatte Iwan Petrowitch Pawlow seine Reflexologie entwickelt. Im Kern besagt seine Theorie, die auf Experimenten mit Hunden aufbaut, dass nicht nur Reflexe, sondern auch das Bewusstsein „konditioniert“ werden können. Eine Pädagogik, die sich daran anschließt, ist also im wahrsten Sinn des Wortes auf den Hund gekommen. Behaviorismus und Marxismus („Der neue Mensch wird gemacht“) haben in der Folge den naiven pädagogischen Optimismus gezeugt, dass der Mensch von außen her grenzenlos determinierbar sei.

Gegen all diese Verirrungen aber steht: Es gibt nun mal Unterschiede in der Begabung von Menschen. Wenn ich solches sage, dann bewege ich mich nach der Vorstellung mancher Leute in einer „no-go-area“, einer pädagogischen Tabuzone. Denn auf den Faktor „Begabung“ einzugehen, gilt als politisch absolut unkorrekt. Schnell zieht man sich mit einer solchen Feststellung den Vorwurf zu, Biologist, Darwinist, ja Faschist zu sein.

Apropos „Schöpfer“ spielen: In der „modernen“ Pädagogik macht eine Ideologie des Konstruktivismus

und des Dekonstruktivismus Karriere. Will sagen: Alles Da- und Sosein ist danach gesellschaftlich konstruiert. Und was einem nicht passt, muss dekonstruiert werden. (Ich spiele damit auch an auf Gender-Ideologie und Gender-Pädagogik!)

Jedenfalls verwundert es, wenn in der Folge die Pädagogik, so manche sog. Hirnforscher und so manche Eltern anfällig sind für die Vision, das Kind sei als perfektes Produkt konstruierbar. Dafür tut man in narzisstischer Projektion alles – möglichst schon vor der Geburt des Kindes (siehe Mozart schon im Mutterleib). Peter Sloterdijk hat hierfür den Begriff „Fötagogik“ erfunden.

Immerhin hat diese pädagogische Hybris schon so manche Auswüchse gezeitigt. Und so prasseln auf über-ehrgeizige Eltern Ratschläge in einer Art und Weise herunter, wie dies bei Arzneimittel-Empfehlungen nie zulässig wäre: Little-giants-Kinder-gärten mit integrierten Science-Labs; Babytuning für VIBs (Very Important Babys); Kitas für FasTracKids; Portfolios und Potenzialanalysen bereits bei Dreijährigen. (Vgl. Kraus: Helikoptereltern – Schluss mit Förderwahn und Überbehütung, 2013)

### Erleichterungs- und Gefälligkeitspädagogik

**D**as Kind soll alles dürfen, aber nichts sollen. In der Folge sind Schulpolitik/Schulpädagogik längst auf den Verwöhnungstrip eingeschwenkt. Und: Die Schulen sollen alles können, aber nichts dürfen – will sagen: Die Schulen sollen alles leisten können, aber nichts einfordern dürfen.

In der Folge verwöhnt die Schulpolitik – in unterschiedlichem Maße ja nach deutschem Land: mit guten Noten, mit niedrigen Quoten an Sitzbleibern, gar mit der Abschaffung des Sitzbleibens und der Noten, mit freien Zugängen zum Gymnasium; mit der Abschaffung der Rechtschreibung zugunsten einer „phonetischen“ Schreibung und mit der Abschaffung der Ausgangsschrift; mit der Abschaffung der Hausaufgaben. Goethe würde dazu sagen: „Es gibt nichts Entsetzlicheres als tätige Unwissenheit.“

Und: Es gibt immer mehr 1.0-Abiturzeugnisse: Aus Nordrhein-Westfalen wird berichtet, dass sich die Zahl

der Abiturienten mit der Note 1.0 von 455 im Jahr 2007 auf exakt 1.000 im Jahr 2011 mehr als verdoppelt hat. Aus Berlin haben wir erfahren, dass sich die Zahl der 1,0-Abiturienten von 2002 bis 2012 vervierzehnfacht hat (von 17 auf 234 angestiegen ist). In Hamburg weiß man zudem immer häufiger bereits ein Jahr vorher, was bei den Prüfungen in Deutsch zum Abitur oder zum Mittleren Schulabschluss als Lektüre drankommt.

Die Hochschulen setzen eine solche Kuschelpolitik mit ihrer Inflation guter und sehr guter Noten fort. Ende 2012 sah sich deshalb der Wissenschaftsrat genötigt, den warnenden Zeigefinger zu erheben. Immerhin war der Anteil der Hochschulabschlüsse (ohne Lehramt) mit den Noten 1 und 2 vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2011 von 67.8 Prozent auf 76.7 Prozent gestiegen. In den Fächern Biologie und Psychologie hatte sich der entsprechende Anteil auf 98 bzw. 97 Prozent gesteigert.

Gefälligkeitspädagogik / -politik nenne ich so etwas! Dabei ist eine solche kuschelige Politik, die die jungen Leute einfach durch die Bildungslaufbahn durchschiebt und Zeugnisse als ungedeckte Blankoschecks aushändigt, das Letzte, was wir brauchen: Wir gaukeln unseren jungen Leuten mit solchen Abiturzeugnissen Studierbefähigung vor, attestieren ihnen aber eigentlich nur Studierberechtigung.

### Abitur-Vollkasko-Politik

**D**amit meine ich den Wahn, Deutschland brauche wegen seiner internationalen Konkurrenzfähigkeit angeblich eine erheblich höhere Abiturienten- und Studierquote.

Richtig ist: Das, was andere Länder als „Abitur“ bzw. „Studium“ deklarieren, entspricht bei uns oft nicht einmal einer Fachschulausbildung. Die Akademiker-Quoten sind international nicht vergleichbar, in Finnland und in den USA sind auch Krankenschwestern und Kindergartenerzieherinnen „Akademikerinnen“. Im übrigen gilt: Eine „Verhochschulung“ unserer Gesellschaft wird der Forderung nach Höherqualifizierung nicht gerecht. Interessant ist zudem: Dort wo man in Europa die niedrigsten Abiturienten-Quoten hat, hat man zugleich die besten Wirtschaftsdaten; nämlich

in Österreich, in der Schweiz sowie in Deutschland.

Ein wichtiges bildungspolitisches Kriterium wird ebenfalls häufig übersehen, nämlich die Jugendarbeitslosigkeit. Hier haben oft sogar vermeintliche Vorzeigeländer mit Gesamtschulsystemen eine Quote von um die 20 Prozent – Finnland etwa. In Ländern mit gegliederten Schulsystemen und dualer Berufsbildung dagegen sind es um oder unter acht Prozent: in Deutschland, in Österreich und in der Schweiz.

Hier muss man klipp und klar sagen: Wenn alle Abitur haben, dann hat keiner mehr Abitur.

### Was sind die Folgen solcher Verwöhnung?

Für Sokrates waren die Folgen klar: „Die jungen Leute lieben heute den Luxus, sie haben schlechte Manieren, verachten die Autorität, haben keinen Respekt vor älteren Leuten und plaudern, wo sie arbeiten sollten. Sie verschlingen bei Tische die Speisen, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Eltern.“

Stimmt das? Haben unsere jungen Leute solche Urteile verdient? Nein! Denn sie sind nicht schlechter aufgestellt als ihre Alten. Klischees – ein paar tausend Jahre alt – helfen uns nicht weiter!

Aber klar ist auch: Eine Bildungspolitik der beschriebenen Art produziert Verlierer noch und noch: Bildungsverlierer sind wir alle – die gesamte Gesellschaft, das gesamte Gemeinwesen, dieses Land. Bildungsverlierer sind gerade auch die jungen Leute aus sog. bildungsfernen Häusern. Sie werden zu Verlierern, weil man sie mit abgesenkten Bildungsansprüchen noch mehr in ihren bildungsarmen Herkunftsmilieus festmauert. Es ist ihnen mitnichten geholfen, wenn man – vermeintlich zu ihren Gunsten – die Ansprüche senkt! Und Bildungsverlierer sind schließlich und endlich die besonders Leistungsfähigen und Leistungswilligen.

Und was sind psychologisch die Folgen? Solche Kinder bilden eine weinerliche Generation, weil sie ständig mit einer gefühlten oder gar von Eltern und Bildungs-„Experten“ (auch der CDU) eingeredeteten Überforderung herumlaufen. Solche Kin-

der können keine Eigeninitiative und Eigenverantwortung entwickeln, weil sie Hilflosigkeit gepaart mit hohen Ansprüchen erlernt haben. Solche Kinder werden nie mündig, weil es immer jemanden gibt, der für sie alles regelt. Solchen Kindern wird es später an Unternehmergeist fehlen. Das sollte uns auch volkswirtschaftlich zu denken geben. Solche jungen Leute bleiben Post-Adoleszenz – Adultoleszenz, weil sich Jugendphase mittlerweile fast schon auf zwei Jahrzehnte ausdehnt.

Ist mit solchen jungen Leuten Staat zu machen? Das frage ich mehr oder weniger rhetorisch. Was brauchen wir? Drei Gedanken!

### 1. Wir müssen uns wieder darauf besinnen, dass – wie in vielen anderen Bereichen – Freiheit auch in Sachen Bildung Vorrang vor Gleichheit haben muss.

Das Spannungsverhältnis von Gleichheit und Freiheit ist nicht aufhebbar. Deshalb gilt nach wie vor, was Goethe meinte: „Gesetzgeber oder Revolutionäre, die Gleichheit und Freiheit zugleich versprechen, sind Phantasten oder Scharlatane“. Und Recht hat auch Alexis de Toqueville (1835) mit seinem warnenden Wort: Freiheit erliege gern der Gleichheit, weil Freiheit mit Opfern erkaufte werden müsse und weil Gleichheit ihre Genüsse von selbst darbreite.

Freiheit oder Gleichheit? Bezogen auf Schulbildung lautet die Frage: Soll ein Schulwesen am Prinzip Freiheit oder am Prinzip Gleichheit orientiert sein? Ich meine: an der Freiheit! Denn: Die „conditio humana“ kennt keine Gleichheit. An der Unterschiedlichkeit und an der Vielfalt von Menschen ändern keine noch so moralisierende egalitäre Zivilreligion, kein Schulsystem und auch kein noch so gestalteter Unterricht etwas.

Merke: Schule ist keine Einrichtung zur Herstellung von Gleichheit, sondern zur Förderung von Verschiedenheit, von Individualität! (Das sage ich gerade auch mit Blick auf die Debatte um Inklusion. Was hier inszeniert wird, ist nicht immer im Interesse des Kindeswohls. Hier wird das behinderte Kind unter verzerrender Berufung auf eine UNO-Konvention vielmehr instrumentalisiert für den schulpolitischen Ladenhüter der Ein-

heitsschule!) Außerdem gilt: Das unüberwindbare Dilemma des pädagogischen Egalitarismus ist nun einmal, dass egalitäre Schulpolitik vermeintliche Gleichheit allenfalls durch Absenkung des Anspruchsniveaus erzielt. Wer aber die Ansprüche senkt, der bindet gerade junge Menschen aus schwierigeren Milieus in ihren „restrikingierten Codes“ fest.

Gleiche Startchancen – ja! Aber Chancen sind Chancen, jedoch keine Vollkasko-Garantien, zu Erfolgsaussichten werden sie erst durch eigene Anstrengung.

### 2. Wir brauchen eine Renaissance des Prinzips Leistung in allen unseren Bildungseinrichtungen. Nur eine Schule der Leistung ist eine gerechte Schule.

Es muss Schluss damit sein, dass im Zusammenhang mit Schule in üblicher Weise immer wieder die Rede ist von „Leistungsstress“, „Leistungsdruck“, „Leistungsterror“.

Wer nämlich das Leistungsprinzip solchermaßen bereits in der Schule untergräbt, setzt zugleich eines der revolutionärsten demokratischen Prinzipien außer Kraft. In unfreien Gesellschaften sind Geldbeutel, Geburtsadel, Gesinnung, Geschlecht oder dergleichen Allokationskriterien – Kriterien zur Positionierung eines Menschen in der Gesellschaft. Freie Gesellschaften haben an deren Stelle das Kriterium Leistung vor den Erfolg und den Aufstieg gesetzt. Ein revolutionärer Fortschritt und zudem die große Chance zur Emanzipation für jeden Einzelnen!

Und ein weiteres: Auch Sozialstaatlichkeit ist nur mit dem Leistungsprinzip machbar. Deshalb kann das Sozialprinzip nicht über das Leistungsprinzip gestellt werden.

Verschiedenheit ist ansonsten keine Ungerechtigkeit! Vielmehr ist nichts so ungerecht wie die gleiche Behandlung Ungleicher! Nur vor dem Gesetz und natürlich vor Gott sind alle gleich!

Mit „Selektion“ in dem von gewissen Leuten intendierten Sinn hat ein Plädoyer für Verschiedenheit rein gar nichts zu tun. „Selektion“ ist leider zum demagogischen Kampfbegriff geworden. Dieser Begriff soll ganz offenbar gezielt dunkle Kapitel deutscher Geschichte assoziieren lassen.



Ich halte dies für schäbig, denn hier wird ein millionenfaches Leid der Opfer des NS-Terrors für billige Zwecke instrumentalisiert.

Außerdem: Das Prinzip Leistung und das Prinzip Auslese sind nun einmal die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Zudem ist Auslese eine notwendige Voraussetzung für individuelle Förderung von Kindern. Die anti-thetische Formel „Fördern statt Auslese“ ist grundfalsch. Es muss heißen: Fördern durch Differenzierung!

Erziehen heißt im übrigen: Kinder in Anspruch nehmen! Das impliziert – in altersgemäßer Ausrichtung – das Risiko des Scheiterns, Enttäuschungen und Niederlagen – all das gehört zum Leben. In altersgemäßer Dosis muss ein Kind solches erfahren dürfen, sonst entwickelt es weder die Fähigkeit, damit umzugehen, noch das Selbstbewusstsein, mit Problemen selbst fertig zu werden, noch die Bereitschaft, erst einmal eigene Kräfte zu mobilisieren.

Viele Eltern – und auch Lehrer – machen es den Kindern zu einfach, sie muten den Kindern zu wenig zu, und sie trauen ihnen zu wenig zu. Sie haben nie internalisiert, dass Erziehung viel mit dem Prinzip Subsidiarität zu tun hat. Alles aber sofort zugesprochen zu bekommen und sich für nichts anstrengen zu müssen, das geht nicht gut. Vor allem rauben wir unseren Kindern damit auch die Chance, auf sich selbst stolz sein zu können.

### 3. Wir brauchen Eliten!

Während Franzosen oder US-Amerikaner mit „Elite“ sowie mit Eliten keinerlei Probleme haben, ist „Elite“ in Deutschland immer noch ein Reizwort – ganz in der Nähe von „Privileg“, „Arroganz“, gerne assoziiert mit reaktionär-repressiver, gar kryptofaschistischer Haltung.

Was nicht alle sind, darf keiner sein. Was nicht alle haben, darf keiner haben.

Was nicht alle können, darf keiner können. Das scheinen die Glaubenssätze der sich selbst elitär verstehenden Anti-Elite zu sein. Also soll es offenbar – außer im Sport und in der Musik – keine Elite geben.

Nach Jahren und Jahrzehnten eines reichlich verkrampften Anti-Elitismus durfte man hoffen, dass

Deutschland seine Anti-Elite-Reflexe hinter sich gelassen hat.

Diese Hoffnung trug. Das Fehlverhalten einiger Top-Manager reichte aus, um alte Affekte zu reanimieren: Elite ist schlecht, Attacke gegen Elite ist gut: Angeführt wird die Anti-Elite-Elite von einem „Forscher“ aus Darmstadt, der Definitionen wie folgende zum besten gibt: Elite sind die, die eine Yacht kaufen, am Starnberger See wohnen, Golfen und Segeln gehen und deren Kinder in Nobelbars mehrere hundert Euro für eine Flasche Champagner auf den Tisch legen. Überhaupt, so der Herr Elite-Forscher: Elite sei undemokratisch und anachronistisch. Schließlich begründe sich Elite nur durch bürgerliche Umgangsformen. Die Frage, was denn gegen gesittete Umgangsformen einzuwenden sei und ob nicht so manches Problem mit einem Zuwenig an Bürgerlichkeit zu tun habe, gehört aber wahrscheinlich nicht hierher. Für einen anderen „Wissenschaftler“ aus Hannover ist der Ruf nach Elite gar die vornehmere Variante der Stammtischforderung nach dem „starken Mann“. Sind wir also wieder so weit – bei „Napolas“ und Kaderrekrutierung à la DDR?

Viel Zerrbild also! Dass wir manchmal nicht nur ein Unterschichten-, sondern auch ein Oberschichtenproblem haben, wissen wir.

Aber weder pseudoelitäres Gehabe noch der Missbrauch von Elite durch Faschismus und Kommunismus machen Eliten überflüssig. Vielmehr gilt: Der Dualismus Masse versus Minderheit besteht seit Urzeiten. Schon in der Bibel (Matthäus 20,16 und 22,14) heißt es: Multi vocati, pauci electi – Viele sind gerufen, wenige aber ausgewählt. Die Geschichte der Völker und Staaten ist vor allem auch eine Geschichte ihrer Eliten.

Heute gilt zudem: Je komplexer Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, umso mehr sind wir auf Eliten (Plural!) angewiesen: auf wissenschaftliche, technologische, wirtschaftliche, künstlerische, intellektuelle, religiöse, pädagogische, handwerkliche, soziale .... Nur Häuptlinge und keine Indianer – das funktioniert nirgends.

Deshalb geht es nicht ohne Eliten – nicht ohne Auswahl der Fähigsten, ohne eine Auswahl, wie sie ja im lateinischen Wort „eligere“ (= „auswäh-

len“) zum Ausdruck gebracht wird. Demokratie und Eliten – das ist auch kein unversöhnlicher Gegensatz.

Demokratie darf aber auch nicht zum Diktat des Durchschnitts werden. In diesem Sinne hat Karl Mannheim auch heute recht: Der politische Kurs darf kein arithmetisches Mittel, sondern er muss die Frucht eines theoretischen Ringens um die richtige Richtung sein. Das vermögen nur Spitzenleute zu leisten.

Mit anderen Worten: Aus Demokratie darf auch kein „Konvent von ungefähr gleich Unwissenden“ werden. In seiner Schrift „Die Verachtung der Massen“ hat Peter Sloterdijk 1999 eindringlich vor dieser Gefahr gewarnt. Eine zur Gleichheit verurteilte Gesellschaft wäre zur Stagnation verurteilt.

Deshalb muss jede Gesellschaft – zumal eine demokratische – offen sein für (neue) Eliten, die hinsichtlich Mechanismen der Allokation transparent sind und die zugleich auswechselbar bleiben. Joseph Alois Schumpeter nennt gerade die Auswechselbarkeit in seinem 1942 in den USA erschienenen Klassiker mit dem Titel „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ die „lebenswichtige Tatsache der Führung“. Der Vorteil der Demokratie dabei sei, dass sie den Austausch von Eliten ohne Blutvergießen ermögliche.

Wer legitimerweise die herrschende Minderheit ist, darüber gilt es zu streiten. Bloße Macht-Elite oder blanker Geldadel kann es nicht sein. Bloße Funktionselite darf es auch nicht sein, denn wertfreie Eliten sind keine Eliten.

Eine Leistungs- und Funktionselite muss es sein, die in Personalunion zugleich Reflexions-, Verantwortungs-, Vorbild- und Werte-Elite ist.

Das ist kein abgehobenes Plädoyer für Platons Vorstellung, derzufolge eine Polis nur dann gut sein könne, wenn die Könige Philosophen sind oder die Philosophen Könige. Aber ein wenig mehr Intellektualität möge schon sein. Engagement allein reicht nicht als Merkmal von Elite, Erkenntnis und Weisheit sollen hinzukommen. Das ist ja die große Sünde vieler sogenannter Intellektueller, dass sie Engagement oder gar Gesinnung an die Stelle von Wahrheit setzen.

Die politische Machtelite sollte zugleich Max Webers Unterscheidung

zwischen dem Gesinnungs- und dem Verantwortungsethiker reflektieren: Während sich der Gesinnungsethiker nur dafür verantwortlich fühle, dass die Flamme der reinen Gesinnung nicht erlösche, bedenke der Verantwortungsethiker stets auch die Motive und Ergebnisse seines Handelns.

Ansonsten ließe sich mit dem Gegensatzpaar Gesinnung versus Verantwortung die gesamte intellektuellen-Szene beschreiben. Gesinnungsethiker als selbstgefällige Provokations-Elite gibt es zuhauf. Es sind dies diejenigen, die die Menschen nicht besser verstehen, sondern mit Gleichheit erlösen wollen (siehe oben: Tocqueville). Wohl deshalb hat eine Egalitäts-Elite immer die Nase vorne, aber vermutlich auch deshalb, weil durch das andere gesellschaftspolitische Lager – das nicht-linke – ein diffuser Anti-Intellektualismus wabert und weil dort – verkleidet hinter Pragmatismus und Realpolitik – das Denken hinter dem Handeln rangiert.

Nichts wäre also im Interesse der Pluralität intellektueller Eliten notwendiger als ein konservativ-liberaler Gegenbegriff zu „linken“ Vorstellungen von intellektueller Elite. Freilich ist es erheblich schwieriger, konservativ-liberale Intellektuelle zu finden, denn konservativ-liberales Denken orientiert sich stärker am Konkreten als am Denkbaren, es will nicht verändern um der Veränderung willen, sondern es will kontrolliert zum Zwecke der Verbesserung der Umstände verändern.

Konservativ-liberales Denken ist auch nicht geprägt von einem euphorischen Radikalismus, sondern von einem Skeptizismus gegenüber allen Visionen einer Perfektibilität des Menschen und seiner Gesellschaften.

Schwierig, konservativ-liberale Elite zu finden, ist es aber deshalb, weil konservativ-liberale Intellektuelle von interessierter Seite oft dem Generalverdacht des Anti-Demokratischen, gar des Faschistoiden ausgesetzt werden. Dafür hat das Klima einer spießigen „Political Correctness“ gesorgt, der alles rechts von Angela Merkel bereits verdächtig ist.

Vor dem Hintergrund jedoch einer Verpflichtung von Eliten auf eine Ethik der Verantwortung kann selbst Ungleichheit gerecht sein – wenn näm-

lich Elite allen, gerade Schwächeren, nützt, wenn das Handeln von Eliten quasi zu einem „inequality surplus“, zu einem Mehrwert führt. Dass knapp 20 Prozent der Deutschen fast siebzig Prozent der Steuern zahlen, ist insofern korrekt.

Ein diffuser Anti-Intellektualismus – egal welcher politischen Provenienz – hilft keiner Demokratie weiter. Und umgekehrt ist eine Demokratie dann in größter Gefahr, wenn ihr die intellektuelle Elite die Loyalität entzieht. Nehmen wir die nur 14 Jahre währende Weimarer Republik. Dort hatte es der real praktizierten Demokratie an der Loyalität der Intellektuellen gefehlt: vonseiten der Konservativen ebenso wie vonseiten der Linksinтеллектуellen. Und damals wie heute hat man den Eindruck, gerade Intellektuelle weiden sich an gesellschaftlichen Krisen mit Genugtuung.

Nein, Demokratie braucht die – durchaus kritische – Sympathie Intellektueller, aber nicht deren klammheimliche Genugtuung ob gesellschaftlicher Missstände.

Eine Demokratie braucht jedenfalls Spitzenkräfte in allen Bereichen. Die renommierte FAZ-Bildungsjournalistin Heike Schmolle hat skizziert, welche Ansprüche an diese Spitzenleute zu stellen sind. Aus ihrem Buch „Lob der Elite – Warum wir sie brauchen“ ist eine anspruchsvolle Konzeption einer humanistisch geprägten Elite geworden. Schmolle stellt sich unter Elite Leistungs- und Verantwortungsträger vor, die Ausnahmezustände sehr schnell begreifen und die aus ihrer historisch-kulturellen Unterkellerung heraus die Legitimität vorhandener oder zukünftiger Umstände reflektieren.

Wir brauchen zudem ein Verständnis von Elite, bei dem die Gedanken des Dienens, des Respekts und des Takts eine maßgebliche Rolle spielen. Das gilt zumal für Macht-Eliten, deren Spitzen nicht umsonst „Minister“ (von lateinisch „ministrare“ = dienen) heißen.

Plakativ könnte man sagen: Elite heißt Verdient-Machen durch ein „Ethos des Dienstes am Gemeinwohl“ (Max Weber); heißt, „Treuhänder“ der Allgemeinheit (Kaltenbrunner) zu sein; heißt, Respekt zu haben vor anderen, die anders urteilen; heißt, taktvoll umzugehen mit denen, die

bestimmte Leistungen nicht erbringen können.

So gesehen, verbindet sich Elite mit charakterlicher Integrität. Denn solche Elite schert sich nicht um die Ausstrahlung des Machers, sondern sie fordert – an Selbstdisziplin und Askese durchaus ein Vorbild – im Sinne Ortega y Gasset von sich selbst mehr als von den anderen.

Wie aber Eliten gewinnen? Elite-Rekrutierung durch Protektion wäre der falsche Weg. Vielmehr spielen hier Erziehung und Bildung eine unschätzbare Rolle, selbst wenn man Eliten nicht bis ins letzte planen kann. Man kann sie aber fördern. Das wache Auge von Lehrern an Schulen und Hochschulen ist hier ebenso gefordert wie das wache Auge von Personalchefs, Spitzen der Staatsverwaltung, Publizisten und Parteiführern.

Zuallererst aber müssen sich Bildungspolitik, Pädagogik und so manche Lehrer von dem Vorurteil frei machen, Elite und Hochbegabung seien etwas Unanständiges. Die Zeit, zu der ein Hamburger Schulsenator 1985 bei der 6. Weltkonferenz für hochbegabte Kinder meinte, Hochbegabung erinnere ihn an die „Vergötzung von Hochleistung“ durch Hitler, sollte vorbei sein.

Die Förderung besonders Leistungsfähiger stellt schließlich keinen Ersatz, sondern eine Ergänzung einer breiten Bildung aller sowie einer besonderen Förderung Lernschwacher und Benachteiligter dar.

Richtig ist zudem: Während in der breiten Bildung aller vieles erreicht wurde, wurde das Notwendige in der Hochbegabtenförderung nicht getan. Auch leidet unter der Förderung Hochbegabter die Förderung der anderen keineswegs, denn schon mit weniger als einem Promille eines öffentlichen Bildungsetats wären überzeugende Erfolge in der Hochbegabtenförderung zu erzielen.

Ansonsten gelingt Begabten- und Eliteförderung am besten auf der Basis einer zunächst breiten und anspruchsvollen Förderung möglichst vieler. Jeder halbwegs vernünftig geführte Sportverein weiß das. Ohne Breitensport kein Leistungssport!

Karl Jaspers schrieb 1960: „Die Demokratie bedroht sich selber, wenn die Majorität sich gegen die Gerech-

tigkeit sträubt, die auch den Begabten zuteil werden sollte. Denn die Demokratie ist auf dem Wege, sich selbst das Grab zu schaufeln, wenn sie .... nicht die Besten zur Erscheinung und Geltung kommen lässt.“

So isses!! Der CV möge den Mut haben, diesen Gedanken nachdrücklich und nachhaltig zum Ausdruck zu bringen. Geh'n Sie mit gutem Beispiel voran. Sind Sie den jungen Leuten in Ihrem privaten und beruflichen Um-

feld ein Vorbild an Lebensmut, Neugier und Tatkraft. Und stellen Sie die Politik bzw. die Politiker. Die Zukunft unseres Landes hat eine Menge zu tun mit jungen Spitzenleuten. Ich halte das sehr gut vereinbar mit CV-Prinzipien! □

## Deutsche Bischofskonferenz zur Lage im Nahen Osten

„Der Irak, seit Jahrzehnten geschunden durch Diktatur, Krieg und Bürgerkrieg, erlebt seit einigen Monaten einen neuen Tiefpunkt seiner jüngeren Geschichte. Die Terrororganisation ISIS (seit Kurzem auch ‚Islamischer Staat‘ genannt), die schon seit einiger Zeit größere Gebiete in Syrien kontrolliert, hat in den zurückliegenden Monaten etwa ein Drittel des irakischen Staatsgebietes in ihre Gewalt gebracht und ein grenzüberschreitendes sogenanntes ‚Kalifat‘ errichtet. Die Millionenmetropole Mossul ist in ihre Hände gefallen, ebenso andere wichtige Städte. Dabei gehen die sunnitischen Dschihadisten mit ungeheurer Grausamkeit vor. Alle, die sich ihrer Version des Islam nicht unterwerfen wollen, haben zu leiden – besonders aber die religiösen Minderheiten. In der Folge von Zwangskonversionen, Vertreibung und Mord stehen die Christen und die kleine Glaubensgemeinschaft der Jesiden im Herrschaftsgebiet der Terror-Milizen vor der Auslöschung. Sie versuchen, in die autonome Kurdenregion zu fliehen, um Leib und Leben zu retten. Für die Christen bedeuten die Einnahme von Mossul und der christlichen Stadt Karakosch (das biblische Ninive) weitere Stationen des Martyriums, das mit dem Bürgerkrieg nach der Invasion des Irak (2003) begann. In den zurückliegenden Wochen hat die internationale Gemeinschaft – vor allem die Vereinigten Staaten – erfolgreich begonnen, sich dem mörderischen Treiben entgegenzustellen.“

Gemeinsam mit Papst Franziskus und den Bischöfen im Irak fordern wir: Der Terror muss aufgehalten werden, und die unzähligen Vertriebenen müssen die Chance erhalten, zügig in ihre Heimat zurückzukehren. Deshalb begrüßen wir es, dass die Staatengemeinschaft in diesen Tagen intensiv

über eine wirkungsvolle Bekämpfung der ISIS-Terroristen berät. In Deutschland wird vor allem über die Lieferung von Waffen an die kurdischen Kämpfer diskutiert, die sich dem Ansturm von ISIS entgegenstellen. Dazu möchten wir als Bischöfe festhalten: Militärische Maßnahmen, zu denen auch die Lieferung von Waffen an eine im Konflikt befindliche Gruppe gehört, dürfen niemals ein selbstverständliches und unhinterfragtes Mittel der Friedens- und Sicherheitspolitik sein. Sie können aber in bestimmten Situationen auch nicht ausgeschlossen werden, sofern keine anderen – gewaltfreien oder gewaltärmeren – Handlungsoptionen vorhanden sind, um die Ausrottung ganzer Volksgruppen und massenhafte schwerste Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die rechtliche Pflicht der Staaten, gegen Völkermord aktiv tätig zu werden, und die sogenannte ‚Schutzverantwortung‘ (responsibility to protect) zur Abwehr schlimmster, viele Menschen bedrohender Verbrechen. Diese Maßgabe entspricht den Grundsätzen der katholischen Lehre über den gerechten Frieden.

Die Lage im Orient wirft für viele in unserer Gesellschaft die Frage nach der Rolle des Islam auf. Besonders verstörend wirkt es, dass Hunderte Muslime, die in Europa gelebt haben, sich dem Kampf von ISIS und anderen militanten oder terroristischen Organisationen angeschlossen haben. Die deutschen Bischöfe stellen sich auch weiterhin all jenen entgegen, die das Feindbild eines seinem Wesen nach gewalttätigen Islam propagieren. Islam und ISIS sind nicht dasselbe. Vielmehr tobt in der muslimischen Welt selbst ein hitziger, manchmal erbarmungsloser und mörderischer Kampf um das rechte Verständnis der

eigenen Religion und zu Recht wird immer wieder auf die große Zahl der Muslime hingewiesen, die Opfer dieses Konflikts werden. Hier sind die muslimischen Religions- sowie Staatsführer in besonderer Weise gefordert, Position zu beziehen. Dennoch: Die überwältigende Mehrheit der friedliebenden Muslime muss sich der Frage stellen, welche Faktoren den beängstigenden Entwicklungen in der eigenen Religionsgemeinschaft zugrunde liegen. Nur auf Fehler, Versäumnisse und Schuld zu verweisen, die außerhalb der islamischen Kultur liegen, greift zu kurz.

Die Opfer der Katastrophen im Mittleren Osten brauchen unmittelbare humanitäre Unterstützung. Dies ist nicht nur eine Aufgabe der Staaten. Alle können zur Hilfe beitragen, dazu gehört auch die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen. Wir danken allen, die bereits auf vielerlei Weise helfen und bitten die Menschen in Deutschland, gleich welcher Religion oder Weltanschauung sie anhängen, das Los der Bedrängten durch ihre Spende zu erleichtern. Caritas international, das auf Not- und Katastrophenhilfe spezialisierte Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, sorgt gemeinsam mit den Partnern vor Ort für eine wirksame Unterstützung der Notleidenden.

Wir rufen die Gläubigen zum nicht nachlassenden Gebet für die Menschen im Mittleren Osten auf. Es gilt den verfolgten und bedrängten christlichen Glaubensgeschwistern, aber auch allen anderen Opfern von Willkür und Gewalt. Möge der allmächtige und barmherzige Gott in jener Weltgegend Wege des Friedens weisen, die durch die biblische Geschichte besonders ausgezeichnet ist und in der auch der Islam seinen Ursprung hat!“ □



## Bundeswehr in der Gesellschaft

# Gemeinde Ainring und Patenkompanie pflegen Kriegerdenkmal

Als eine der letzten Gesten vor der Auflösung der Patenschaft pflegen Bürger der Gemeinde Ainring zusammen mit Soldaten der Patenkompanie, der 2./Gebirgsfernmeldebataillon 210, ein Kriegerdenkmal des 1. Weltkriegs sowie eine Kapelle im Ortsteil Adelstetten.

Vor dem Hintergrund der Außerdienststellung des Gebirgsfernmeldebataillons 210 und der nun beginnenden Auflösung wird auch die 2. Kompanie ihre Patenschaft mit der Gemeinde Ainring auflösen müssen. Bevor dieser Akt offiziell vollzogen wird, trafen sich 23 Vertreter beider Seiten an geschichtsträchtiger Stelle in Adelstetten: eine Kapelle aus dem Jahre 1824, errichtet zur Erinnerung an 25 „glückliche Regierungsjahre unter dem bayerischen König Maximilian Joseph I.“, und ein Denkmal, welches den Gefallenen der Gemeinde des 1. Weltkrieges gewidmet ist. 100 Jahre nach Beginn dieses dramatischen und folgenschweren Ereignisses sollte es restauriert und gepflegt werden, wobei die Bürger und Soldaten die Vorarbeit der Bauhofarbeiter vollendeten (Bild).

Zu dieser Zusammenarbeit, im Sinne „gelebter Erinnerungskultur mit geschichtlichen Dimensionen“, wie Erster Bürgermeister Hans Eschlberger es nannte, kamen neben dem Kompaniechef Hauptmann Stefan Kilian, dem Kompaniefeldwebel Oberstabsfeldwebel Anton Syha und ihren Soldaten auch Bürger, Gemeinderatsmitglieder, Angehörige der Krieger- und Reservistenkameradschaften sowie der evangelische Gemeindepfarrer Werner Buckel, selbst ehemaliger Militärpfarrer. Nach dem Pflanzen von 25 Rosenbüschen in Anlehnung an die 25 glücklichen und friedlichen Jahre unter König Maximilian Joseph I. und 100 Bäumchen bzw. Pflanzensetzlingen sammelte man sich, um gemeinsam inne zu halten. Erster Bürgermeister Hans Eschlberger sagte: „Etwas schöneres und würdigeres als die Pflege eines Kriegerdenkmals zum Gedenken der Kriegsoffer unserer Heimat und der Welt ist für mich kaum vorstellbar, um den Abschluss einer

Patenschaft mit den Frieden schaffenden Mitgliedern unserer Bundeswehr zu besiegeln.“ Hauptmann Stefan Kilian zog den Vergleich, „so wie ein altes Denkmal wieder erneuert wird, soll auch unsere Patenschaft, trotz der bevorstehenden Auflösung, mit dieser

des Denkmals, die den Soldaten vor allem mit seinen Worten aus Matthäus 5,9 in Erinnerung blieb: „Selig sind, die Frieden schaffen“. Gemäß dem Soldatenmotto „viele Hände – schnelles Ende“, war die eigentliche Arbeit bald erledigt und man ging zum ge-



*Nach getaner Arbeit stellte sich das Team vor dem renovierten Denkmal zuerst dem Fotografen, bevor man sich zu einem geselligen Beisammensein aufmachte.*

gemeinsamen Arbeit nochmals erneuert und bestärkt werden.“ Zum Abschluss hielt Pfarrer Werner Buckel eine spontane Andacht mit Segnung

selligen Teil über: Lachen, Speis und Trank im Gasthaus Doppler! □

*(Text und Foto:  
Oberleutnant Florian Schuster)*

## Kurznachrichten

### Lage der Christen im Nahen Osten

Die ägyptische Bischofskonferenz zeigt sich angesichts des Terrors der Miliz „Islamischer Staat“ (IS) besorgt über die Lage der Christen im Nahen Osten. „Was sich derzeit in Mossul ereignet, ist ein katastrophales humanitäres Problem“, sagte der Sprecher der katholischen Bischofskonferenz Ägyptens, Rafik Greiche, in einem Interview mit dem internationalen Katholischen Hilfswerk missio in Aachen. Christen würden von der IS überfallen, vertrieben, gefoltert und vergewaltigt.

Greiche äußerte zudem die Sorge, die IS könne nach Ägypten vor-

dringen. Aktuell versuchten Christen aus dem Irak und Syrien, sich vor islamistischen Extremisten in Sicherheit zu bringen, so der Sprecher. Vor einem Jahr seien es koptische Christen aus Ägypten gewesen, die vor den Muslimbrüdern geflohen seien. Diese Situation sei den ägyptischen Christen noch sehr präsent, so Greiche.

Die katholische Kirche in Ägypten biete all ihre Kräfte auf, um den verfolgten Christen im Nordirak zu helfen, so Greiche. Dazu zähle auch der Versand von Hilfsgütern. □ *(KNA)*

Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK)

## „Mit Christus Brücken bauen“ Frühjahrsvollversammlung des ZdK in Regensburg

VON JOACHIM LENSCH<sup>1</sup>

**A**m 27. und 28. Mai 2014 fand die Frühjahrsvollversammlung des ZdK in Regensburg statt. Die Veranstaltung stand ganz im Rahmen des 99. Katholikentags. Bereits mehrere Tage vor Beginn des Katholikentags hatten sich bereits über 30.000 Dauerteilnehmer ihre Tickets gesichert.

Das Leitwort des Katholikentags vom 28. Mai bis 1. Juni lautete „Mit Christus Brücken bauen“. Mehrere zehntausend Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet, den europäischen Nachbarn wie Tschechien und der ganzen Welt nahmen daran teil. Große und kleine Veranstaltungen, Gottesdienste, Feste und Konzerte genauso wie politische Diskussionen und große Podiumsveranstaltungen, Vorträge und Workshops – über 1.000 Einzelveranstaltungen wurden an 92 Schauplätzen durchgeführt.

Die Katholische Militärseelsorge beteiligte sich aktiv mit einer Zentralen Werkwoche, eigenen Veranstaltungen, Informationsständen in der Katholikentagsmeile und besonders am Tag der Militärseelsorge am Freitag, 30. Mai 2014, mit Pontifikalamt und anschließender Begegnung mit Militärbischof Overbeck.

Als gewählte Vertreter des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof nahmen Oberstleutnant Thomas Assmuth, Generalmajor Dr. Ansgar Rieks (Bild), Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch, als Vertreter der Gemeinschaft Katholischer Soldaten Oberst Rüdiger Attermeyer und Bertram Bastian als Präsident der Katholischen Akademikerarbeit Deutschland, an der Vollversammlung des ZdK teil.

### Präsident Alois Glück berichtete zur Lage

In seinem ausführlichen Bericht zur Lage spannte der Präsident des ZdK, Alois Glück, einen weiten Bogen.

So forderte er die Achtung und den Schutz der Grundrechte im Internet, „das Persönlichkeitsrecht, das Recht auf informelle Selbstbestimmung und auf Privatsphäre sowie das Telekommunikationsgeheimnis müssen auch online uneingeschränkt gelten“, so Glück vor der Vollversammlung des ZdK. „Das ist die besondere Aufgabe des Staates, sowohl in seinem eigenen Aufgabenbereich wie auch im Hinblick auf die internationalen Akteure sowohl in der Politik wie auch in den einschlägigen internationalen Unternehmen, die mit ihren technologischen Systemen das Netz beherrschen.“



Der Autor des Berichtes Joachim Lensch

Mit Blick auf die Krise der Ukraine und die Politik Russlands warnte Glück davor, grundlegende Werte Europas, wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die friedliche Lösung von Konflikten auf dem Verhandlungsweg, vorschnell zur Disposition zu stellen. „Jetzt ist der Testfall für die gerne gebrauchte Formulierung, dass Europa mehr ist als eine Wirtschaftsgemeinschaft, eine Wohlstandsmas-

schine“, so Alois Glück. „Es geht auch beim Thema Ukraine um die Würde des Menschen, seinen Anspruch auf Freiheit und seine Verpflichtung zum verantwortlichen Handeln und nicht zuletzt um den Willen zur Verständigung und zur friedlichen Lösung der Konflikte.“ Der ZdK-Präsident rief dazu auf, dies auch in die europapolitischen Diskussionen in Deutschland wieder stärker einzubringen.

Als das Ende einer humanen Gesellschaft wies Alois Glück, die Vorstellung zurück, die Unterstützung der Selbsttötung könne eine Alternative zum notwendigen flächendeckenden Ausbau der Hospizbegleitung und Palliativversorgung sein. „Wenn an einer Stelle als gesellschaftliche Norm akzeptiert wird, dass das Leben in ‚lebenswert‘ und ‚nicht lebenswert‘ eingeteilt wird, in zumutbar oder nicht zumutbar für den Einzelnen oder für die Gesellschaft, gibt es auf dieser Rutschbahn keinen Halt“. Er verwies darauf, dass sich die Debatte um ein gesetzliches Verbot organisierter Beihilfe zur Selbsttötung inzwischen auch auf die Forderung nach Legalisierung aktiver Sterbehilfe und des ärztlich assistierten Suizids ausgeweitet hat. Die Antwort hierauf ist nach Überzeugung des ZdK-Präsidenten der Weg der Hospizbewegung, die Begleitung des Kranken und seiner Angehörigen mit menschlicher Zuwendung und den Möglichkeiten der Palliativmedizin.

Alois Glück verurteilte aufs schärfste das Todesurteil gegen eine Christin im Sudan und forderte die Rücknahme. Er appelliert an die Bundesregierung und die Europäische Union, mit allen ihren Möglichkeiten auf die Freilassung hinzuwirken. Ein Gericht in der sudanesischen Hauptstadt Khartum hatte Mariam Yahya Ibrahim Ishag wegen zweier aus der

<sup>1</sup> Oberstabsfeldwebel Joachim Lensch ist einer der drei Vertreter des Katholikenrates beim Katholischen Militärbischof im ZdK

Scharia abgeleiteten Vergehen zum Tode verurteilt: wegen ihrer Hinwendung zum christlichen Glauben und wegen Ihrer Hochzeit mit einem ebenfalls christlichen Mann, die als Ehebruch gewertet wurde. Ibrahim Ishag ist seit Februar mit ihrem 20 Monate alten Sohn im Frauengefängnis in Khartum inhaftiert. Sie ist im achten Monat schwanger und soll nach der Entbindung hingerichtet werden. „Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht, auf dass alle Menschen einen Anspruch haben. Niemand darf wegen seiner religiösen Überzeugungen verfolgt werden. Das Todesurteil verstößt gegen die Menschenrechte. Der Respekt vor der Religionsfreiheit muss für die Beziehungen der Staaten zu ihren Bürgern und der Staaten untereinander ein unumstößlicher Maßstab sein“, so der Präsident des ZdK.

#### „Brücken bauen – Spaltungen überwinden“ – ZdK verabschiedet Regensburger Aufruf

Das ZdK verabschiedete am 27. Mai 2014 den „Regensburger Aufruf“ in Anlehnung an das Leitwort des Katholikentags unter der Überschrift „Mit Christus Brücken bauen – damit Europa zusammenwächst“.

Christinnen und Christen hätten die Pflicht, nach dem Beispiel Jesu Christi als Brückenbauer Kirche und Welt zu gestalten, heißt es in dem Aufruf. Durch dieses Engagement sollen sie mithelfen, die Gräben zu überwinden, die in der Gegenwart Arme und Reiche, Einheimische und Zugewanderte, Religionen und Weltanschauungen voneinander trennen.

Als wichtige Herausforderung beschreibt das ZdK die Überwindung sozialer Spaltung durch die Zuwendung zu denen, die materiell und gesellschaftlich am Rande stehen. Es setzt sich ein für die Verständigung zwischen den Völkern Europas und gegen nationalistische und populistische Strömungen und nicht zuletzt für Offenheit gegenüber Flüchtlingen und Migranten.

Mit Blick auf den 50. Jahrestag des Konzilsdekretes über den Ökumenismus „Unitatis redintegratio“ mahnt das ZdK, die Zerrissenheit der Kirche Jesu Christi nicht resigniert hinzunehmen. (Die komplette Erklärung finden Sie unter: <http://www.zdk.de/veroeffentlichungen/erklaeuerungen/>)

#### Frauen in mehr als einem Drittel aller Leitungspositionen der katholischen Laienarbeit

Mehr als 35 Prozent aller ehrenamtlichen und hauptamtlichen Leitungspositionen in den Organisationen und Räten der katholischen Laienarbeit sind durch Frauen be-



von links: Oberst Rüdiger Attermeyer, Generalmajor Dr. Ansgar Rieks, Oberstleutnant Thomas Aßmuth

setzt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Befragung, die das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) bei Diözesanräten und den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands (AGKOD) durchgeführt hat. Damit erfüllen die Laienorganisationen schon jetzt das von Bischof Franz-Josef Bode für die ganze Kirche ausgegebene Ziel einer 30-Prozent-Quote. „Wir streben eine paritätische Teilhabe von Frauen auf allen Leitungsebenen an. Dafür brauchen wir eine gezielte Frauenförderung in der gesamten katholischen Laienarbeit“, so Karin Kortmann, Vizepräsidentin des ZdK.

#### Rückblick 99. Deutscher Katholikentag

Gut ein Jahr nach der Wahl von Papst Franziskus haben Zehntausende Christen beim Deutschen

Katholikentag neben der Feier ihres Glaubens auch Reformen in Kirche und Gesellschaft verlangt.

Das Zentralkomitee der Katholiken (ZdK) als Laiengremium und die Bischöfe werteten das fünftägige Treffen von rund 55.000 Gläubigen in Regensburg als hoffnungsvolles Signal des Aufbruchs und der Zuversicht für ihre unter Reformdruck stehende Kirche.

Auf Podien in Regensburg wurden auch kontroverse Themen diskutiert wie die Sexualmoral der Kirche, der Umgang mit Menschen, die nach der Scheidung nochmals geheiratet haben, die Schwangerenkonfliktberatung oder die Kirchenfinanzen. Zudem feierten und beteten die Pilger gemeinsam.

Erstmals auf einem Katholikentag wurde „Donum Vitae“ nicht nur mit einem Info-Stand geduldet, sondern konnte auch im Rahmen einer Podiumsdiskussion die eigene Haltung im kontroversen Dialog darstellen. Alois Glück sieht in der aktiven Programm-Einbindung von „Donum Vitae“ ein deutliches Zeichen für den brückenbauenden Charakter des Katholikentages.

Eine positive Bilanz des 99. Deutschen Katholikentags von Regensburg haben die Veranstalter gezogen. Der



Münchener Kardinal Reinhard Marx und der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, sprachen am Samstag von einem „starken Beitrag zum Brückenschlag in unserer Kirche“ und lobten eine offene Gesprächskultur. In einer bisher nie dagewesenen Breite und Vielfalt seien sich hier Menschen und Gruppen mit unterschiedlichsten Glaubenswegen und Frömmigkeitsformen begegnet, sagte Glück bei der Abschlusspressekonferenz. Das Treffen sei von „großer Toleranz, aber auch von großer Neugier“ aufeinander geprägt gewesen. In dieser Weise könne es beispielhaft für das Miteinander in einer immer pluraler werdenden Gesellschaft werden. „Es gibt mehr Bereitschaft zum Dialog, Konfliktthemen werden freier und

offener diskutiert“, bilanzierte ZdK-Präsident Alois Glück.

Wie der ZdK-Präsident zog auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx ein positives Fazit des größten Laientreffens. „Man konnte eine große Zuversicht erfahren, eine große Bereitschaft, sich als katholische Kirche auf den Weg zu machen“, sagte der Münchner Erzbischof am Samstag. „Es war nach einigen schwierigen Jahren ein erfreulicher, ein Mut machender Katholikentag, der uns ermutigt, mit christlicher Hoffnung weiterzugehen.“

Der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer, der sein Bistum eher konservativ leitet, behält das Glaubensfest in positiver Erinnerung. „Wir haben einen frohen, weitgehend harmoni-

schen, unverkrampften Katholikentag erlebt.“ Es habe keine „verbissene und kämpferische Stimmung“ gegeben, dennoch sei es ein Katholikentag des Dialogs gewesen. „Alle strittigen Themen sind angesprochen worden, es konnten sich aber natürlich nicht alle strittigen Fragen in Luft auflösen.“

Zum Abschluss am Sonntag erlebten rund 20.000 Gläubige einen stimmungsvollen Open-Air-Gottesdienst. Anschließend lud der Dresdner Bischof Heiner Koch die Gläubigen zum 100. Katholikentag im Mai 2016 nach Leipzig ein. „Kommen Sie nach Ostdeutschland. Sie werden sich wundern, dass der liebe Gott dort längst da ist“, sagte er mit Blick auf den dort großen Anteil von Menschen, die nicht konfessionell gebunden sind. □

(Bilder: Bertram Bastian)

## Kurznachrichten

# Mediziner wollen Ärzten Suizidbeihilfe als Ausnahme erlauben

In der Diskussion um eine gesetzliche Regelung zur Suizidbeihilfe haben vier bundesweit bekannte Mediziner und Ethiker einen Gesetzentwurf vorgelegt. Sie schlugen vor, die Suizidbeihilfe grundsätzlich zu verbieten. Ärzten soll sie aber unter strengen Bedingungen erlaubt werden, wenn „der Patient an einer unheilbaren, zum Tode führenden Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung leidet“. Politiker der SPD begrüßten die Initiative. Kritik kam von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU), der Bundesärztekammer, sowie von der Deutschen Stiftung Patientenschutz und der Deutschen PalliativStiftung.

Konkret schlugen der Palliativmediziner Gian Domenico Borasio, der Ethikrat-Vize und Medizinrechtler Jochen Taupitz sowie die Medizinethiker Ralf Jox und Urban Wiesing vor, die Beihilfe zur Selbsttötung mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit einer Geldstrafe zu belegen. Für den Arzt sieht der Entwurf mehrere Ausnahmerebedingungen vor: Er muss zuvor die Freiwilligkeit des Suizidwunsches geprüft und den Patienten umfassend über andere, insbesondere palliativmedizinische Möglichkeiten aufgeklärt haben. Außerdem muss ein zweiter Arzt hinzugezogen werden.

Mehrere SPD-Politiker begrüßten die Initiative. „Dieser Vorschlag entspricht weitgehend unseren Vorstellungen“, sagte der rechtspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Burkhard Lischka, der „Welt“. Zustimmung kam auch von der kirchenpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion, Kerstin Giese: Für den Vorschlag spreche, „dass die Tätigkeit von Sterbehilfevereinen unterbunden würde“.

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) wandte sich demgegenüber gegen jegliche Lockerungen für ärztliche Suizidbeihilfe. „Das ärztliche Standesrecht verbietet diese Beihilfe und ich begrüße das“, sagte Gröhe am Dienstag beim Besuch eines Palliativzentrums in Chemnitz. Der Minister betonte, er habe „größte Zweifel, ob aus existenziellen Ausnahmen heraus die Norm aufgegeben werden darf“. Wichtig sei es, die Fortschritte der Palliativmedizin stärker bekannt zu machen. Mehr Schmerzzentren und Hospize seien notwendig. Auch der Chef der Bundesärztekammer (BÄK), Frank Ulrich Montgomery, beurteilte die Initiative kritisch. „Die Mitwirkung des Arztes bei der Selbsttötung ist keine ärztliche Aufgabe“, erklärte er in Berlin. □

(KNA)

99. Katholikentag

# Eindrücke vom Katholikentag 2014 in Regensburg



Bild 2



Bild 5



Bild 6



Bild 8



Bild 3



Bild 7



Bild 1



Bild 4

**Bild 1:** Von Links: Oberstabsfeldwebel Reinhard Kießner, Oberstabsärztin Dr. Karin Schrödl und Oberst i.G. Albert Hecht bildeten eine Standbesetzung, die sich mit anderen Mitgliedern und Funktionsträgern der GKS abwechselten

**Bild 2:** Prof. Dr. Heinz-Gerhard Justenhoven, Leitender Direktor des Institutes für Theologie und Frieden, besuchte den Stand der GKS.

**Bild 3:** Viele Besucher des Katholikentages, die den Weg zur Katholikentagsmeile fanden, informierten sich am Stand der GKS

**Bild 4:** Da die Beschilderung des Katholikentages sehr zu wünschen übrig ließ, malten sich die Besucher ihre eigenen Schilder, um andere zu informieren

**Bild 5:** Der Regensburger Dom in seiner Schönheit, hier von links hinten fotografiert, zu der frühen Zeit waren die Besucher noch nicht in Massen unterwegs

**Bild 6:** Die Steinerne Brücke, die wegen Renovierungsarbeiten eingerüstet war, gab manchem Redner die Vorlage, dass die Katholische Kirche sich zurzeit ebenfalls erneuere

**Bild 7:** Das historische Rathaus mit dem Anbau (in der Bildmitte mit Erker), in dem von 1663 bis 1806 die Ständevertretung als „immerwährender Reichstag“ in Regensburg Geschichte machte

**Bild 8:** Auf dem Domplatz steht das Reiterstandbild König Ludwigs I von Bayern

Fotos: Bertram Bastian

## 99. Katholikentag

# Wie viel Religion verträgt die säkulare Gesellschaft?

## Bundespräsident Joachim Gauck auf dem Katholikentag

Bei der Eröffnung des Katholikentages am Mittwoch, den 28. Mai, hatte Bundespräsident Joachim Gauck die Christen zu einer verstärkten Zusammenarbeit aufgerufen. Aufgrund der großen Herausforderungen der Globalisierung sei eine einfache Antwort nicht ausreichend, die Christen müssten mit einer Stimme sprechen, ganz im Sinne des Mottos des Katholikentages „mit Christus Brücken bauen“. Deswegen sei es richtig und wichtig, so der Bundespräsident, dass die großen Weltreligionen aufeinander zuzugingen und sich nicht mit Unverständnis begegneten, sondern mit Verständnis für den Weg des anderen. Diese Brücken dürften aber nicht allein dastehen, sondern seine zur Benutzung gedacht, nur dann erfüllten sie ihren Zweck, die Menschen einander näher zu bringen.

Am darauffolgenden Donnerstag, den 29. Mai sprach Bundespräsident Gauck auf dem Podium „wie viel Religion verträgt die säkulare Gesellschaft?“. Gauck unterstrich, dass „Säkularisierung“ nicht bedeute, dass man sich als Christ aus allem heraushalten solle. Gerade das Gegenteil sei der Fall: der Christ müsse aus seiner Überzeugung heraus aktiv die Gestaltung der Gesellschaft

in Angriff nehmen, damit diese ein christliches Antlitz bekäme. Die Negativbeispiele des 20. Jahrhunderts dürften nicht vergessen werden, was aus einer Gesellschaft werde, wenn das „Christsein“ keine oder nur eine unterdrückte Rolle spiele. Aus seiner Erfahrung während der SED-Diktatur wisse er, dass eine Minderheitensituation nicht dazu führe, dass man unterginge. Untergehen werde man nur, wenn man sich selbst aus allem „heraushalte“. Gerade die Minderheitensituation müsse durch geistige Stärke des Glaubens sich hervortun, damit Veränderungen zum Positiven gelängen.

Der Bundespräsident äußerte seine Sorge, dass eine größer werdende – er sprach von einer grassierenden – Gleichgültigkeit die Menschen träge mache. Eine Gesellschaft ohne Engagement der Bürgerinnen und Bürger sei zum Scheitern verurteilt, würde in einer Diktatur münden. Der Verzicht auf Übernahme von Verantwortung, bedeute, den Schatz der eigenen Möglichkeiten nicht zu heben, so der Bundespräsident weiter. Man müsse das Leben der Gesellschaft in Wohlstand und Freiheit gestalten, führte Gauck aus und bemühte das Sprichwort: „Not lehrt beten“. Wenn es den

Menschen schlecht ginge, sie unterdrückt würden, dann sei das Gebet die Zuflucht gewesen und der Glaube habe die Menschen gestärkt. Wenn diese Zeiten vorbei seien, sei auch die Zuflucht in den Glauben vorbei und die Menschen seine der irrigen Annahme, es stünde ihnen zu. Aber Freiheit und Wohlstand müssten immer wieder neu errungen werden, dies sei eine Lehre aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Alois Glück, rief die Kirche dazu auf, den jetzigen Zeit, die durch Machtverlust gekennzeichnet sei, als eine Chance zu begreifen, den Menschen wieder näher zu kommen, den dienenden Charakter der Kirche zu betonen und so wieder mehr Vertrauen zu bekommen und letztendlich dann auch wieder Einfluss nehmen zu können. Der Bundespräsident sah ebenfalls eine große Phase der Veränderung in der Katholischen Kirche, nicht nur durch den neuen Papst, sondern auch durch den Dialogprozess. Seine Frage, die er den Zuhörern mitgab: Welche Gaben hat uns der Heilige Geist gegeben, mit denen wir aktiv werden können in der heutigen Gesellschaft?“ □

(Bertram Bastian)

## 99. Katholikentag in Regensburg

## Afghanistan: Abzug und wie weiter?

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) hatte zusammen mit Pax Christi ein großes Podium für die Katholikentagsmeile vorbereitet. Auf dem Podium sollte die Geschäftsführerin von Pax Christi, Christine Hoffmann, der Geschäftsführer von medico international, Thomas Gebauer, eine Vertreterin der Kommission für Frieden und Freiheit in Afghanistan, Wahida Kabir, sowie zwei Angehörige der GKS, aktive Soldaten

mit Einsatzerfahrung sitzen und über die ungewisse Zukunft Afghanistans nach dem Abzug der internationalen Truppe diskutieren.

Am Tage der Podiumsdiskussion aber blieben die Stühle der Soldaten leer (*Bild 1*). Nach Darstellung der Geschäftsführerin von Pax Christi zu Beginn der Gesprächsrunde hätten die aktiven Soldaten nach Drängen des Bundesverteidigungsministeriums ihre Teilnahme an dem Podium

abgesagt<sup>1</sup>. Christine Hoffmann betonte, dass beide Organisationen, Pax Christi und die GKS, schon seit längerem den Diskurs innerhalb der Katholischen Kirche über den Weg zum Frieden führten und sich gegenseitig kennen und schätzen würden. Deshalb sei eine solche Reaktion einfach unverständlich. Der Moderator,

<sup>1</sup> Siehe Pressemitteilung des Katholikentages Nr. 084 (kann bei der Redaktion angefordert werden)



Gerhard Rein (*Bild 2*), sprach gar von einem Skandal. In seiner Blog-Seite nahm er zu dem ganzen Vorfall Stellung, so wie er als Moderator dieses Podiums den Zwischenfall erlebte<sup>2</sup>.

Die folgende Diskussion auf dem Podium leidete darunter, dass kein

litärs wurde der Schutzgedanken in den Vordergrund gestellt, so dass die Soldaten zuletzt sich fast ausschließlich in den geschützten Kasernenanlagen aufgehalten hätten und somit der Kontakt zur Bevölkerung verloren gegangen sei.

(R2P)“ Gedankens fand in der Einseitigkeit der Diskussion nicht mehr die erforderliche Aufmerksamkeit.

Zum Abschluss dieses Artikels über ein leider nicht ausgewogenes Podium auf dem 99. Katholikentag ein Zitat aus der anfangs erwähnten Seite



Bild 1



Bild 2

Soldat Stellung nehmen konnte. So wurde einseitig miteinander gesprochen; die Präsidentschaftswahlen sah Wahida Kabir als Nebensache an, da beide Kandidaten ja fast gleiche Vorstellungen hätten. Dass es überhaupt zu Wahlen kommen konnte, wurde geflissentlich unterdrückt und als selbstverständlich angesehen. Die von der afghanischen Regierung über die Vereinten Nationen angeforderten Truppen wurden widerspruchslos als eine weitere Invasion betrachtet. Das gesamte soziale Gefüge sei auseinandergebrochen, behauptete Kabir, um im gleichen Atemzug zu kritisieren, dass die alten Seilschaften weiter bestehen würden. Den Widerspruch, dass nur eine Aussage richtig sei, löste sie leider nicht auf.

Auch medico international sprach davon, dass das Militär gescheitert sei. In den Strudel dieses Scheiterns seien die Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO=non governmental organization) mit hineingezogen worden. Es sei jetzt notwendig, das Scheitern einzugestehen und langfristig umzuplanen, führte Gebauer weiter aus. Er betonte, dass zu Beginn des Einsatzes die Bevölkerung freundschaftlich den fremden Streitkräften gegenüberstand, da waren die Soldaten auch noch verstärkt mit Patrouillen zu Fuß in der Bevölkerung unterwegs. Durch Anschläge und Opfer unter den Mi-

Da im Publikum sehr viele Soldaten waren – auch pensionierte – wurde über die Anwälte des Publikums die Fragen nach den positiven Aspekten des Afghanistan-Einsatzes an die Podiumsteilnehmer herangetragen. Es wirkte sehr zögerlich, als Wahida Kabir zugeben musste, dass noch nie so viele Mädchen eine Schulausbildung bekommen hätten wie zur Zeit des Einsatzes der Schutztruppen. Auch seien die Hygienebedingungen sowie der Impfstatus der afghanischen Jugendlichen derartig gesteigert worden, dass z.B. die Säuglingssterblichkeit signifikant zurückgegangen sei. Die Wirksamkeit des „Responsibility to Protect

des Moderators Gerhard Rein:

„Der neuerdings sich selbst rühmende deutsche Qualitätsjournalismus schwieg zu dem Skandal. Das wird dem Herrn Staatssekretär sehr recht sein.

Sein Auftrittsverbot geht einher mit der Desavouierung von Pax Christi, der Gemeinschaft katholischer Soldaten und des Katholikentags insgesamt. Das Zentralkomitee schweigt bisher zu dem Vorgang.

Vielleicht hat sich die Geschichte so ereignet, wie ich sie hier geschildert habe. Vielleicht aber auch ganz anders. Ich habe sie als Moderator des Afghanistan-Podiums aber so erlebt.“ □

(Text und Fotos: Bertram Bastian)

### Kurznachrichten

## Deutschland hat globale Führungsrolle

Der Direktor des American Jewish Committee (AJC), David Harris, hat sich für mehr militärische Verantwortung Deutschlands ausgesprochen. Deutschland werde zu „einem der großen Richtungsgeber in der Welt“ und müsse die daraus erwachsene Verantwortung ernst nehmen, sagte Harris der „Süddeutschen Zeitung“. Das deutsche Militär sei bis heute ein Instrument, mit dem die Bundesrepublik „hadert und ringt“.

Angesichts weltweiter Konflikte, von deren Konsequenzen kein Land verschont bleibe, müsse Deutsch-

land seine Macht als globale Führungsnation wahrnehmen, erklärte Harris weiter. Der Sohn von Holocaust-Überlebenden sagte, dass es nun nicht mehr darum gehe, ob andere den Deutschen vertrauen könnten, sondern darum, dass „sie sich selbst vertrauen“. Denn die Bundesrepublik habe sich ihrer Geschichte auf bewundernswerte Weise gestellt. Die Sorge vor der Rückkehr der „Dämonen der Geschichte“ könne er verstehen, es gebe jedoch auch einen verantwortungsbewussten Umgang mit Macht. □ (KNA)

<sup>2</sup> Der Internetbeitrag auf „www.nachdenkseiten.de“ vom 5. Juni diesen Jahres kann bei der Redaktion angefordert werden

## 99. Katholikentag

## Dialog zwischen den Religionen

### Zwischen Judentum, Islam und Christentum Brücken bauen

Bei den sehr zahlreichen Veranstaltungen an den Katholikentagen haben Diskurse, die sich mit dem interreligiösen Dialog beschäftigen, schon lange Tradition. So war es bei dem Motto des 99. Katholikentages nicht verwunderlich, wenn eine Vielzahl von Veranstaltungen angeboten wurden, die sich mit diesem Thema: „Brücken bauen – zwischen den Religionen“ beschäftigten. Im Gegensatz zu früheren Katholikentagen waren diesmal alle Veranstaltungen mit dieser Thematik „unter einem Dach vereint“, was bedeutete, dass nicht nur die Veranstaltungen gemeinsam in dem großen Programmbuch aufgeführt wurden, sondern Podien und Werkstätten wurden gemeinsam von Mitwirkenden der drei Religionen gestaltet. Die jüdische Gemeinde in Regensburg öffnete ihre Synagoge genauso wie die muslimischen Gemeinden ihre Moscheen öffnete, um so das gemeinsame Kennenlernen zu vertiefen und zu festigen.

Um Gebräuche und Riten der anderen Religion besser verstehen zu können, waren durchgehende Angebote wie eine Teestube der türkisch-islamischen Gemeinde für die Besu-

cher eingerichtet, auf der jüdischen Seite stand der Regensburger Rabbiner Josef Chaim Bloch als Ansprechpartner für die Reihen „Frag den Rabbiner“ bereit, um Fragen zum religiösen Leben des Judentums zu beantworten. Selbstverständlich standen auch tagespolitische Fragen im Angebot der Podiumsdiskussionen, so zum Beispiel über die Probleme des „arabischen Frühlings“ ebenso wie Fragen des Fundamentalismus oder der Beschneidung.

Prof. Mouhanad Khorchide, Lehrstuhlinhaber an der Islamischen Fakultät in Münster, wiederholte seine zentrale Aussage, dass Barmherzigkeit das oberste göttliche Handlungsprinzip darstellt (siehe auch Buchbesprechung von Dr. Said AlDailami im AUFTRAG 291, Seite 42 ff). Diese Barmherzigkeit Gottes zeige sich zunächst in der Vergebung der Sünden, zum anderen auch in der bedingungslosen Hingabe Gottes an den Menschen. Durch den Menschen wirke Gott in der Welt, so der Münsteraner Professor weiter. Gottes Barmherzigkeit schließ auch Andersgläubige und Athisten ein, führte Khorchide aus und wiederholte damit seine Thesen,

den Koran nicht selektiv zu zitieren, sondern im historischen Kontext zu betrachten. Für diese These wird der Islamwissenschaftler aus den eigenen Reihen heftig kritisiert. Dem hält Prof. Khorchide entgegen, dass die Kritik an seiner Auslegung immer breit durch die Presse zitiert wird, die Zustimmung aber, die er erfahre, nur in „seinem Arbeitszimmer stattfindet“. Dass die Zustimmung vorhanden ist, beweist unter anderem die Tatsache, dass der Vortragssaal kurz nach Beginn wegen Überfüllung geschlossen werden musste. Prof. Khorchide war bereits zum zweitenmal bei einem Katholikentag dabei. „Jesus ist definitiv ein Brückenbauer, gerade zwischen Christentum und Islam“ führte Khorchide aus.

Für die Katholiken ist in diesem Zusammenhang die Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils „*Nostra aetate*“ wichtig, welche das Verhältnis der Kirche zu den nichtchristlichen Religionen behandelt. Auch hier wird wiederum deutlich, dass die Konzilstexte zu Unrecht in Vergessenheit geraten sind oder man sich nicht mehr erinnert. □

(Bertram Bastian)

## 99. Katholikentag

## „Christliche Stiftungen als Brückenbauer“

### Gemeinsamer Empfang der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ermutigende Worte und viel Prominenz gab es am Mittwoch, 28. Mai 2014 bei einem gemeinsamen Empfang der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Regensburg. Anlässlich des 99. Katholikentages dankten ZdK-Präsident Alois Glück, Bischof Rudolf Voderholzer und der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer (Bild 1) den Stiftungen für ihr Engagement in der Gesellschaft. Mit einem ausdrucksstarken Impuls leitete Klaus Töpfer, Bundesumweltminister a.D., den gemeinsamen Empfang ein.

Brücken bauen mit Christus: So lautete das Motto des 99. Katholikentages in Regensburg. Dass die

beiden Stiftungen ihre Funktion als Brückenbauer auf vielfältige Art und Weise wahrnehmen, wurde in den

zahlreichen Gruß- und Dankesworten deutlich. Die Stiftungen würden mit ihrer Arbeit einen „unverzichtbaren“



Bild 1

gesellschaftlichen Beitrag leisten, so der Konsens der prominenten Gäste. Zunächst gab der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer in einem Impuls Denkanstöße. Darin betonte er insbesondere den hohen Stellenwert der Freiheit des Menschen. Detailliert wog Töpfer die Merkmale und Konsequenzen eines „freien Lebens“ ab. Die Freiheit, das eigene Leben selbst zu gestalten ginge bestenfalls einher mit der freien Bereitschaft, für andere Menschen Verantwortung zu übernehmen. Freiheit mit gleichzeitiger Verantwortung seien insofern zentrale Merkmale, die sich auch in der Arbeit christlicher Stiftungen wieder spiegeln würden.

#### Brücke zwischen Glaube und Wissenschaft

Ihr seid Brückenbauer für Glaube und Wissenschaft in der Gesellschaft“, betonte der Regensburger Bischof Rudolf Vorderholzer (Bild 2) und lobte die Tradition beider Stiftungen, beim Katholikentag dabei zu sein. Es sei nicht nur die materielle und ideelle Unterstützung der Stiftungen, die diese Brücken baue. Gerade durch die stete Präsenz in der Gesellschaft würden sie daran erinnern, „was christliche Demokratie ist“. Durch christliche Jugend- und Erwachsenenbildung, ideelle Förderung und politische Impulse würden die Stiftungen einen wertvollen Beitrag leisten: „Unsere Welt braucht die unterschiedlichsten Verwirklichungen der Nachfolge Christi, dazu gehört auch politisches Engagement.“ Es sei wichtig, für po-

litische Berufe zu begeistern. „Es gibt die unterschiedlichsten Wege, die Berufung in die Nachfolge Christi zu leben“, erklärte der Bischof und Mitveranstalter des Katholikentags. Jeder Beruf könne zur Berufung werden, gerade im Dienst für die Gesellschaft. So wie der Katholikentag jungen Menschen die Gelegenheit biete, sich mit der Frage nach der eigenen Berufung vertieft auseinander zu setzen, würden auch die Stiftungen jungen Menschen wichtige Wegbegleiter sein.

#### Brücke zwischen Politik und Kirche

Das Engagement für junge Menschen in der Bundesrepublik und die Internationalität der Stiftungen seien die besten Voraussetzungen, um Brücken in der Gesellschaft zu bauen, erklärte Alois Glück, Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK). Am Katholikentag spiele gerade die Brücke zwischen Politik und Kirche eine Rolle. Dass beides zusammengehöre und dass die Arbeit politischer Stiftungen darum auch immer einen christlichen Akzent habe, daran erinnerte der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bernhard Vogel (Bild 3). Für seine Worte hat er in Papst Franziskus einen starken Unterstützer gefunden: Im Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ betont das Oberhaupt der katholischen Kirche: „Politik ist eine der wertvollsten Formen der Nächstenliebe.“

#### Brücke ins Leben

Der Schutz des menschlichen Lebens ist für den Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU, Franz Josef Jung, wahrlich ein Herzensanliegen: In seinem Grußwort baute er eine starke Brücke ins Leben. Vom Anfang bis zum Ende müsse das Leben eines jeden Menschen geschützt werden. Damit plädierte er energisch gegen jegliche Form der organisierten Sterbehilfe. Um menschenwürdigen Umgang mit dem Sterben gewährleisten zu können, forderte er etwa verbesserte Pflege, Unterstützung in punkto Palliativmedizin sowie neue Konzepte für Einrichtungen, die sich auf die Fürsorge für ältere Menschen spezialisieren. Er freute sich, dass Sterbebegleitung



Bild 2

in der Kirche sowie in den Stiftungen kein neues Thema sei: Es brauche eine breite Diskussion in der Gesellschaft, um diese Brücke ins Leben auszubauen.

#### Brücke in die Zukunft

„Politische Stiftungen bringen auf Grund ihrer Internationalität und unterschiedlicher Ausprägungen die besten Voraussetzungen, Brücken zu schlagen.“ betonte ZdK-Präsident Glück. Er erinnerte aber auch an den christlichen Auftrag der Nächstenliebe, der der politischen Arbeit in den Stiftungen stets zugrunde liegen solle: „Wir müssen Anlaufstelle für Menschen jeglicher Art in allen Lebenslagen sein.“ „Bescheidenheit und Selbstbegrenzung“ seien gerade in der globalisierten Welt zentrale Leitsätze, die von den Stiftungen in ihrer täglichen Arbeit bedacht werden müssen: Man müsse Verantwortung übernehmen, für die nachkommenden Generationen und den Umgang mit der Umwelt. So könne eine Brücke in die Zukunft gebaut werden.

#### Katholische Soziallehre als Brücke: „Das ‚C‘ feiert Renaissance“

Der bayrische Ministerpräsident, Horst Seehofer, knüpfte daran an und betonte, wie wichtig eine Begrenzung des „Sein-Wollens“ für das persönliche Glück und die eigenen Sinn-Erfüllung sei. Außerdem hatte er noch ein geistiges Geschenk dabei. Der Politiker brachte seinen persönlichen Kompass für den täglichen Brückenbau mit: „Solidarität und Subsidiarität“.



diarität ist die Lehre, die stärker ist als politische Ideologie.“ Im Trubel des politischen Zeitgeistes wünsche er sich mehr Abgeordnete aus christlichen Verbänden.

Die Welt sei „ein bisschen atheistischer“ geworden. Er sei froh, dass deswegen in den beiden großen christlichen Parteien in Deutschland das christliche Menschenbild und die christliche Soziallehre als politisches Fundament eine herausragende Rolle spielen würden. Das zeige sich vor allem in den tagespolitischen Fragen um die Palliativmedizin, die Menschenwürde in der digitalen Welt und in der aktuellen Sozialpolitik: „Das C feiert Renaissance“.

Diesen Ball griff Ursula Männle bei ihrem Schlusswort gerne auf. Sie betonte noch einmal, wie wichtig die Funktion der Stiftungen als Binde-



Bild 3

glied zwischen den Kirchen und der Politik sei, was sich nicht zuletzt an der zahlreich erschienenen Prominenz

aus beiden Bereichen ablesen lasse. Die frisch gewählte neue Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung nutzte sodann die Gelegenheit ihres ersten öffentlichen Auftritts, die künftige Akzentuierung der CSU-nahen Stiftung in wenigen Schlagworten anklingen zu lassen. Ein Schwerpunkt werde künftig auf der Neujustierung der Rolle Europas und Deutschlands infolge der internationalen Konflikte liegen. Als weitere Akzente nannte sie die Auswirkungen der zunehmenden Individualisierung auf die Gesellschaft und die Fragen der Verantwortung für die nachfolgenden Generationen. □

(Presseinformation der Hanns-Seidel-Stiftung vom 3. Juni 2014)

(Fotos: Bertram Bastian, weitere Fotos unter [www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de), Rubrik Bildergalerie)

## Katholische Kirche in Deutschland

# Zahlen und Fakten 2013/14

Die folgenden Daten und Fakten wurden der Arbeitshilfe Nr. 269 der Deutschen Bischofskonferenz entnommen und von der Redaktion zusammengestellt. Genauere Angaben über Kirchenfinanzierung wie z.B. die Kirchensteuer kann man unter der Adresse [www.dbk.de/themen/kirchenfinanzierung](http://www.dbk.de/themen/kirchenfinanzierung) herunterladen bzw. einsehen.

### Gesamtbetrachtung

Laut letzter großer Zensuszählung im Mai 2011 leben 80,2 Millionen Einwohner in Deutschland. Davon besitzen 74 Millionen Einwohner (92,3 Prozent) die deutsche und knapp 6,2 Millionen (7,7 Prozent) eine ausländische Staatsangehörigkeit, unter den letzteren sind rund 2,6 Millionen Christen. Die kirchliche Statistik zählt 24,2 Millionen Mitglieder der katholischen und 23,4 Millionen der evangelischen Kirche. Außerdem gehören in Deutschland rund 333.000 den evangelischen Freikirchen, etwa 1,4 Millionen den orthodoxen Kirchen und über 500.000 anderen christlichen Kirchen und Gemeinschaften an. Somit ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland entweder konfessionslos oder andersgläubig. Hierzu zählen beispielsweise die Angehörigen der beiden monotheistischen Religionen neben dem Chris-

tentum: die Muslime (geschätzte 4 Millionen) und die Mitglieder der jüdischen Gemeinden (rund 101.000).

Das kirchliche Leben in Deutschland ist vielfältig. Es findet statt in Pfarrgemeinden und Verbänden, in Caritas, Religionsunterricht und Universitäten, an Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern und Akademien. Entsprechend engagieren sich Christen beruflich in zahlreichen Bereichen für ihre Kirche. Ob als Ärztin, Journalist, Kindergärtnerin, Lehrerin, Jurist, Manager oder Hausmeister: Mit insgesamt etwa 1,2 Millionen Arbeitnehmern sind die katholische und evangelische Kirche in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber nach dem öffentlichen Dienst. Die katholische Kirche beschäftigt hauptamtlich rund 650.000 Menschen, davon sind über 500.000 bei der Caritas tätig. Ehrenamtlich engagieren sich nach

Schätzungen ca. 600.000 Menschen für die katholische Kirche.

### Taufe, Erstkommunion, Firmung, Trauung, Eintritt, Wiederaufnahme, Austritt

#### Taufe

Durch die Taufe werden Menschen zu „Kindern Gottes“ und Mitgliedern in der Glaubensgemeinschaft der Christen – der Kirche. Das Sakrament hat seinen Ursprung in der Taufe Jesu durch Johannes im Fluss Jordan. Im Jahr 2013 werden 164.664 Menschen durch die Taufe in die katholische Kirche aufgenommen, darunter 2.808 Erwachsene (nach Vollendung des 14. Lebensjahrs), die größtenteils aus den alten (95 Prozent) Bundesländern stammen. Die Bedeutung des Erwachsenenkatechumenats wächst zwar, trotzdem wird die Taufe in den meisten Fällen im ersten Lebensjahr vollzogen.

Wenn beide Eltern einer christlichen Kirche angehören, entscheiden sie sich meistens für die Taufe ihres Kindes. Gleiches gilt, wenn wenigstens ein Elternteil katholisch ist: Auf vier Geborene mit wenigstens einem katholischen Elternteil kommen jährlich nahezu drei katholische Taufen. Diese Zahl ist seit fast drei Jahrzehnten stabil.

### Erstkommunion und Firmung

Katholisch getaufte Kinder gehen laut Statistik fast ausnahmslos zur Erstkommunion. Dieses Fest hat für die meisten Kinder eine besondere Bedeutung, mit seiner Vorbereitungszeit, der eigentlichen Feier und Gästen. Bei der Erstkommunion, die meistens im Alter von etwa neun Jahren stattfindet, erfahren Kinder die einladende Gemeinschaft mit Gott, d.h. sie werden in die Mahlgemeinschaft mit Gott und der Gemeinde aufgenommen. In der Regel gehen Kinder in der dritten Klasse zur Erstkommunion. Traditionsgemäß findet die Feier am ersten Sonntag nach Ostern, dem „Weißen Sonntag“, statt. Im Jahr 2013 gibt es 191.169 Kommunionkinder. Vier bis sechs Jahre später haben diese Kinder die Gelegenheit, bei der Firmung ihr Taufversprechen zu erneuern und ihren Glauben und ihre Verbindung zur katholischen Kirche zu stärken. 2013 werden 167.255 Jugendliche gefirmt. Laut statistischer Erhebung lassen sich damit sieben von zehn zur Erstkommunion geführten Kindern firmen.

### Trauung

Nach wie vor entscheiden sich viele Paare, ihrer Liebe durch die Ehe einen öffentlichen und verbindlichen Charakter zu geben. Für Christinnen und Christen ist es wichtig zu wissen, dass sie auf ihrem gemeinsamen Lebensweg von Gott begleitet werden. Die katholische Ehe zählt zu den sieben Sakramenten. Dennoch geht die Zahl der katholischen Trauungen seit 1990 stark zurück: Sie sinkt von über 110.000 Ende der 1980er Jahre auf 43.728 im Jahr 2013. Die langjährige Entwicklung zeigt, dass sich zwar in den letzten Jahren der Abwärtstrend im Vergleich zu vergangenen Dekaden nicht rasant fortsetzt, sondern relativ

konstant bleibt (2010: 48.524, 2011: 46.021, 2012: 47.161).

### Eintritt, Wiederaufnahme und Austritt

In 2013 treten 3.062 Menschen in die katholische Kirche ein. Seit Anfang der 1990er Jahre bis 2005 stieg die Zahl der Wiederaufnahmen in die katholische Kirche: Lag sie 1991 noch bei etwas mehr als 4.700, so traten 2005 über 11.000 Katholiken wieder in die katholische Kirche ein. Im Jahr 2013 sind es 6.980.

Dem steht jedoch eine wesentlich größere Zahl derer gegenüber, die aus der katholischen Kirche austreten: Diese Zahl liegt seit 1990 bei jährlich über 100.000, im Jahr 2013 sind es 178.805 Katholiken.

(Zahlen der Militärseelsorge: Taufen 10, Erstkommunion 25, Firmungen 55, Trauungen 42; Eintritte 10, Wiederaufnahmen 7, Austritte 88)

### Verbände und Organisationen

In der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD) sind rund 120 katholische Verbände, Geistliche Gemeinschaften und Bewegungen, Säkularinstitute sowie Aktionen, Sachverbände, Berufsverbände und Initiativen zusammengeschlossen, die auf überdiözesaner Ebene tätig sind. Die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Organisationen stehen für rund sechs Millionen Mitglieder.

### Verbände

Die katholischen Verbände sind wichtige Träger der kirchlichen Bildungsarbeit. Sie gestalten die Gesellschaft mit und mischen sich in Kirche, Politik, Wirtschaft ein. Ihre Verbandsmitglieder engagieren sich für eine nachhaltige Zukunft, weltweite Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. In Aktionen, Projekten und Kampagnen arbeiten sie mit Bündnissen, Bürgerinitiativen und gesellschaftlichen Kräften zusammen. Zudem vertreten sie in den Medien, verschiedenen politischen Gremien, Parteien und Verwaltungen die Interessen der Menschen im Land. Der größte Verband ist die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) mit mehr

als einer halben Million Mitgliedern in 5.300 pfarrlichen Gruppen. Weitere große Verbände sind etwa das Kolpingwerk, die Deutsche Jugendkraft (DJK), der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB), die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) und der Caritasverband. Zur AGKOD gehören aber auch kleinere Verbände wie etwa die Pax Christi Bewegung oder der Bund Katholischer Unternehmer (BKU).

### Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Die Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaft AGKOD wählt 97 Persönlichkeiten in die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Zusammen mit den 84 Vertretern der Diözesanräte und 45 Einzelpersonlichkeiten bilden sie die Vollversammlung des ZdK. Es steht für die katholischen Frauen und Männer, die sich in den Laienräten, in Verbänden, Bewegungen, Initiativen und Organisationen aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft und der Kirche in Deutschland beteiligen. In der über 150-jährigen Geschichte des ZdK haben seine Mitglieder gesellschaftliches und kirchliches Leben in Deutschland mitgestaltet und Impulse in Politik, Wirtschaft und im Sozialwesen, in Medien, Kunst, Kultur und Wissenschaft gesetzt.

### Finanzen

Haushaltsausgaben des Verbandes der Diözesen Deutschlands im Haushaltsjahr 2013 Gesamtvolumen 132.590.905 Euro.

Das kirchensteuerliche Gremium eines Bistums (z. B. Kirchensteuerrat) entscheidet, für welche Belange die Kirchensteuer ausgegeben wird. Ein Posten bezieht sich immer auf überdiözesane Aufgaben. Das Geld wird an den Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) weitergeleitet und von dort verteilt. Die Haushaltsausgaben des VDD entsprechen nicht dem Gesamthaushalt der katholischen Bistümer in Deutschland.

Die Kirchensteuer geht historisch auf die Enteignung der Kirchengüter Anfang des 19. Jahrhunderts zurück

(Säkularisation) und ist heute die wichtigste Quelle zur Finanzierung kirchlicher Aufgaben. Sie berechnet sich aus der Lohn- und Einkommenssteuer (je nach Bundesland 8 oder 9 Prozent); wer keine Lohn- und Einkommenssteuer zahlt, ist somit auch kein Kirchensteuerzahler, deshalb zahlen letztlich nur etwa 30 Prozent der Katholiken Kirchensteuer. Sie wird über

das staatliche Finanzamt eingezogen, der Staat erhält dafür drei Prozent des Steueraufkommens und fließt den Diözesen zu, für die Verwendung sind die Diözesankirchensteuerräte verantwortlich.

Die Bistümer haben verschiedene Aufgabenbereiche zu finanzieren. Der kostenintensivste ist in allen Diözesen die Gemeindegarbeit, gefolgt von den

sozialen Diensten und Kindergärten. Weitere Bereiche sind: Schule, Bildung und Kultur, Krankenhaus- oder Altenheimseelsorge, Verwaltung, überdiözesane Aufgaben wie etwa Entwicklungshilfe und Gebühren an den Staat für den Einzug der Kirchensteuer. □

(Auszug aus der Arbeitshilfe 269,  
zusammengestellt von  
Bertram Bastian)

## Salzburger Hochschulwochen

# Europa – Entgrenzungen

Sowohl der Obmann der Salzburger Hochschulwochen, Univ.-Prof. Dr. Gregor Maria Hoff, als auch der von ihm herzlich begrüßte neue Schirmherr, Erzbischof Dr. Franz Lackner (OFM), leiteten ihre Reden jeweils mit der Erinnerung an den Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein. Auf den Tag genau vor 100 Jahren unterschrieb Kaiser Franz-Josef die Kriegserklärung. Die Brisanz des Themas der diesjährigen Salzburger Hochschulwochen ergebe sich also auch vor dem Hintergrund der Frage, ob die imperiale Logik des 20. Jahrhunderts wirklich an ein Ende gekommen sei und damit auch die Fragilität der Friedensschwüre, so Prof. Hoff. Bereits in das zweite Jahr gehe die „Salzburger Religionstriennale“ führte Hoff weiter aus. Als drittmittelgefordertes europäisches Exzellenzprogramm für 20 Nachwuchswissenschaftler und -innen nehme dieses die Frage nach den europäischen Gegenwarten und die Koppelung an die Religionskulturen in den Blick. In den nachmittäglichen öffentlichen „public lectures“ seine Gäste herzlich willkommen, die der Fortschritt des Exzellenzprogrammes interessieren würde.

In der Eröffnung seiner ersten Salzburger Hochschulwochen stellte der Erzbischof Dr. Lackner diesem „Generalthema“ eine biografische Notiz voraus: Obwohl er unmittelbar an der Grenze zu Slowenien aufgewachsen sei, habe er in dieser Zeit in räumlich-kultureller Hinsicht weniger eine Entgrenzung als vielmehr eine Begrenzung erlebt. In diesem Sinne des Erlebens von Entgrenzungen

wünschte Dr. Lackner den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Woche mit anschaulichen Vorträgen und guten Gesprächen.

## Europa: Archipel der Moderne

Der Frankfurter Universitätsprofessor Knut Wenzel sei bekannt dafür, „literarisch inspirierte und kulturwissenschaftlich versierte Theologie“ (G.M. Hoff) zu betreiben. Seinem Eröffnungsvortrag stellte er eine „hoffnungslose Überforderung, über dieses Projekt Europa zu sprechen“ voran und wich in den Mythos aus – jedoch nicht um den Gründungsmythos zu revitalisieren, sondern den „Durchgang vom Mythos zum Mythos“ zu verfolgen. „Einen Mythos für die Bestimmung Europas in Anspruch nehmen“ nannte Prof. Wenzel diese Vorgehen. Und damit befinde er sich in guter Gesellschaft mit vielen Künstlerinnen der Moderne, sei es James Joyce, Christa Wolf, Richard Wagner oder Richard Strauss. Letzter widmete sich dem Mythos der Daphne in der im Jahr 1938 uraufgeführten Oper, deren Stoff Wenzel nun aufgriff, um ihn für die Identitätsfrage Europas fruchtbar zu machen.

Europa als Archipel: „keine kompakte Uferlinie, vielfach unvollständig, offen“ Wenzel bezeichnete Europa als einen „Archipel der Moderne und eines melancholischen Glaubens“. Im Begriff des Archipels artikuliert sich jene Spannung zwischen Universalem und Partikularem, die Wenzel auch im Mythos wiederfand. Ein Kontinent der „Subjekte“ beruhe auf der Geburt der Subjekte aus dem Akt des Widerstandes. Und hier rekurrierte Wenzel

auf Daphne, die sich einer Logik der Zwangsvergemeinschaftung verweigere und gerade im Zagen Lebendigkeit streue offenbare. So wie die Selbstbehauptung im Mythos der Daphne ihren Preis fordert, so verwirkliche sich auch das Subjekt erst in der Klage, in der Distanzierung zu sich selbst – eine Emanzipationsgeschichte der Moderne kann sich von einer Gewaltgeschichte Europas nicht lösen. Die Wehrlosigkeit der Daphne brachte Wenzel mit Verweis auf Friedrich Nietzsche schließlich in Beziehung zu Jesus Christus, dessen Lebensbejahung so fundamental sei, dass sie sich in Selbstaufgabe artikuliere.

Prof. Dr. Knut Wenzel kam auch am zweiten Tag seiner Absicht nach, dem Publikum der Salzburger Hochschulwochen „mehr zu bieten, als man im Moment aufnehmen könne“ und setzte seinen Diskurs zur Identität Europas fort, um sich heute der Religion als amorphe Begleiterin der Moderne zuzuwenden. Für Europa zentral sei jedoch nicht die Frage nach dem Stellenwert der Religion, sondern vielmehr die Zukunft des Glaubens, ja, der Ebenenwechsel von Religion zu einem Glaube, der sich nicht unbedingt in Religion artikulieren muss. Für ein Europa als Kontinent der Krisis sei diese Unterscheidung wesentlich.

Mit seiner Definition von Glaube als „Tiefendimension subjektiven Selbstbezuges“ verwies Wenzel auf dessen Vor-Religiosität. Das Glaubenssubjekt der Moderne wage mit dem Schritt aus der „bergenden Hülle der Religion“ den „risikohaften Gang in Bloßheit“. Unruhe und Auf-



bruch, nicht zuletzt der Zweifel an der Wahrheit des Glaubens an sich, sind Quellen des melancholischen Glaubenssubjektes. „Fehlen ihm die Wurzeln?“, fragte Wenzel, um gleich darauf das Bild der Luftwurzeln ins Spiel zu bringen. Das Herz des melancholisch Glaubenden sei nicht überwältigbar; in

der Wehrlosigkeit und im Nein stecke das radikale „Ja“ eines Herzens, das sich auf das Absolute hin ausstreckt. Europa, der Archipel – das Land der Erwartung; Erfüllung der Erwartung ist nicht prognostizierbar; Erwartung braucht die Freiheit, kann nur getroffen werden von der Erfüllung. Dass

sich das europäische Projekt nur so erfüllen kann, will melancholischer Glaube verdeutlichen: Hoffnung auf eine Welt, die sein werden möge, was sie sein könnte und der inhärente Zweifel, ob sie es jemals sein wird.

(nach Pressemitteilung Salzburger Hochschulwochen)

## Salzburger Hochschulwochen 2014

# Äußere und innere Grenzen abbauen

Mit dem akademischen Festakt wurde die Salzburger Hochschulwoche 2014 feierlich beendet. „Nachdenklich und zugleich impressionsstark, intensiv und faszinierend“ – mit diesen Worten beschrieb der Obmann des Direktoriums Univ.-Prof. Dr. Gregor M. Hoff die vergangenen Tage und lenkte anschließend den Blick noch einmal auf eine Entgrenzung besonderer Art, die Europa verändere, indem sie die Kirche ergreife: Mit Papst Franziskus werde die Kirche zu einem „Anschauungsraum vitaler Entgrenzungen“. Erzbischof Dr. Franz Lackner hob in seinen Schlussworten das mit Papst Franziskus so präsente Moment der Überraschung und des Aufbruchs in seiner Bedeutung für ein Europa und die Kirche hervor. Höhepunkt des Vormittags war die Festrede des „großen Europäers“ Karl Fürst zu Schwarzenberg, der sich äußeren Grenzen Europas und inneren Grenzen in uns EuropäerInnen selbst zuwandte: „Wir leben in einer Zeit großer Herausforderungen“ – „Zueinander finden wir nur“, so der Festredner, „wenn wir die Grenzen, gleichsam Produkte unserer Angst, abbauen.“

Obmann Prof. Hoff stellte in seiner Begrüßungsrede die Entgrenzungen, die Papst Franziskus der Kirche zumute und ermögliche, ja, sein Wesen als Grenzgänger mit aufrechtem Gang ins Zentrum seiner Betrachtungen. Die Salzburger Hochschulwoche 2014 habe sich auf dieser Linie bewegt und Perspektiven auf europäische Entgrenzungen freigelegt. Mit Karl Fürst zu Schwarzenberg wurde ein Festredner gewonnen, der sich als europäischer Grenzgänger bezeichnen lässt, den „entschlossene Positionsbestim-

mung und konsequentes Engagement“ (G.M. Hoff) präge und der sich nicht nur in seiner heutigen Rede vehement für europäische Entgrenzungen ein-, sondern diese Haltung auch in der politischen Praxis umsetzte. Hoff verwies eingangs auf eine verwandtschaftliche Linie, die direkt nach Salzburg führt: So war Friedrich von Schwarzenberg ein exponierter Vorgänger des heutigen Salzburger Erzbischofs; der spätere Prager Kardinal spielte eine bedeutende Rolle auf dem I. Vatikanischen Konzil als entschiedener Vertreter der Minorität. Karl Fürst zu Schwarzenberg fand bereits früh den Weg in die Politik. Sein Einsatz für die Menschenrechte steht als großes Leitmotiv über seinem politischen Handeln. Einst unter Václav Havel Büroleiter war er zwischen 2007 und 2009 sowie von 2010 bis 2013 Außenminister der Tschechischen Republik und in seiner letzten Amtsperiode auch Präsident des Europäischen Rates.

**„Zu Europa gehören“ heißt:  
„nicht ausgesperrt werden“**

Grenzen entstehen aus Angst – das zeige schon die Etymologie des Wortes Grenze, wie Karl Fürst zu Schwarzenberg zu Beginn seines Vortrags anmerkte. Im ersten Teil widmete sich Schwarzenberg den äußeren Grenzen Europas und konzentrierte sich dabei auf die Thematik der EU-(Ost-)Erweiterung. Als wichtigsten Schritt der Entwicklung der Europäischen Union bezeichnete er die Eingliederung mitteleuropäischer Staaten vor zehn Jahren – erst zu dieser Zeit sei die Union auch langsam zu einer europäischen geworden. Dazugehören, sich frei über Landesgrenzen zu

bewegen – das sei für die Menschen konkretes Zeichen, Teil der EU zu sein. Doch es gebe noch viel zu tun: dies betreffe zum einen die Staaten auf dem Balkan und die immense Jugendarbeitslosigkeit, zum anderen die Ukraine ein „Pulverfass“, aber ein Land mit begeisterten Europäern. Mit Entschiedenheit forderte Schwarzenberg, den „europäischen Egoismus“ zu überwinden und Entgrenzungen in der Außenpolitik vorzunehmen – ohne dabei die damit verbundenen Schwierigkeiten zu leugnen.

**„Liebe deinen Nächsten –  
nicht erst den Übernächsten“**

In einem zweiten Schritt machte Schwarzenberg auf die inneren Grenzen aufmerksam. Von „unfassbarem“ Wohlstand umgeben sei es unsere Pflicht, Verantwortung für die Mitmenschen zu übernehmen, d.h. Grenzen zu beseitigen. Als Beispiele führte er die Ghettoisierung von Migranten an sowie die Schere zwischen Arm und Reich; und schließlich führten Schwarzenbergs Betrachtungen zur Frage nach Vorurteilen, die Grenzen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen entstehen lassen – nicht zuletzt auch innerhalb der Katholiken, wenn sich z.B. konservative und progressive Kreise in „Sprachlosigkeit“ gegenüberstehen, anstatt in einen kreativen Dialog einzutreten. Es gehe nicht lediglich um Toleranz, so Schwarzenberg, sondern um Respekt. Nur wenn wir uns mit der Angst vor unserem Nächsten und vor uns selbst auseinandersetzen, können wir wirkliche Entgrenzungen zustande bringen.

(Pressemitteilung Salzburger Hochschulwochen)

## Widerstand im Dritten Reich

## Gedenkfeier zum 70. Jahrestag des 20. Juli 1944

VON PAUL A. SCHULZ

BILDER DER SEITEN 34 BIS 43 VON: KMS/DOREEN BIRDEL

Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) und der Generalvikar des Katholischen Militärbischofs hatten zu Freitag, dem 18. Juli 2014, zu einer Gedenkfeier nach Berlin eingeladen. Anlass war der 70. Jahrestag des soldatischen Widerstandes gegen das nationalsozialistische Unrechtssystem vom 20. Juli 1944. Die Anregung dazu war ausgegangen vom Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS. Die Veranstaltung fand in drei Schritten statt:

1. als akademische Feier mit Vortrag „Aufstand des Gewissens – Aufstand des Militärischen“ im Gästehaus des Katholischen Militärbischofs
2. als Totengedenken und Kranzniederlegung in der Hinrichtungs- und Gedenkstätte Berlin-Plötzensee
3. als Gottesdienst in der Gedenkkirche der deutschen Katholiken „Maria Regina Martyrium“

## 1. Akademische Feier

Im gut gefüllten Vortragssaal im Gästehaus des Katholischen Militärbischofs begrüßte der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Rüdiger Attermeyer (Bild 1), zahlreiche Gäste

aus Politik, Kirche und Bundeswehr, unter ihnen den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Helmut Königshaus und den evangelischen Leitenden Militärdekan Helmut Jakobus. Attermeyer begründete, dass

die GKS wegen höherrangiger, offizieller Gedenkveranstaltung sich entschlossen hatte, ihr Vorhaben bereits am Freitag vor dem eigentlichen Jahrestag durchzuführen. Der Bundesvorsitzende machte auch noch einmal deutlich, warum die GKS den 70. Jahrestag des 20. Juli 1944 in besonderer Weise begehen wollte: Weil nach ihrem Selbstverständnis und im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott der Grundsatz gilt: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“ (Apg 4,19). Deshalb sehen sich katholische Soldaten der Tradition des „Aufstandes des Gewissens“ im Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime verpflichtet.

Militärgeneralvikar Msgr. Reinhold Bartmann (Bild 2) wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass das Attentat des 20. Juli 1944 wohl ein übertragendes Ereignis des militärischen Widerstandes gewesen war, aber nicht nur Soldaten Widerstand geleistet hätten. Es habe auch herausragende Beispiele für Widerstand durch kirchliche und studentische Persönlichkeiten gegeben.

Als Referenten für den Festvortrag hatte die GKS Oberst i.G. Prof. Dr. Winfried Heinemann, Chef des Stabes im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw, Potsdam) gewonnen. (Bild 3) Heinemann, selbst GKS-Mitglied und einige Jahre Pressesprecher des Bundesvorstandes, hat sich in seiner historischen Forschungsarbeit besonders dem Militärischen Widerstand gegen das NS-Regime sowie der Tradition in der Bundeswehr gewidmet.



Bild 1

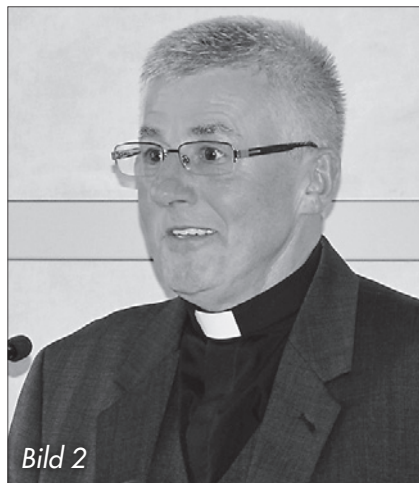


Bild 2



Bild 3

Aufmerksame Zuhörer beim Referat von Oberst i.G. Prof. Dr. Winfried Heinemann (in der ersten Reihe von links) Wehrbeauftragter Helmut Königshaus, Militärgeneralvikar Reinhold Bartmann, Oberst Rüdiger Attermeyer, Militärdekan.

Fotos 1-3: KMS/Doreen Birdel



Für seine Ausführungen zum Thema „Aufstand des Gewissens – Aufstand des Militärischen“ hatte Heine mann als Untertitel gewählt: „Zu Motiven und heutigen Bewertungen des militärischen Widerstands gegen Hitler“. Dazu führte er einleitend aus, es sei gefährlich zu einem 70. Gedenktag einen Historiker einzuladen, denn Gedenken lebe auch von Mythen. Der Historiker aber zerstöre Mythen und stelle Gedenken somit auch infrage, weil Wertmaßstäbe für die Auswahl

standskreisen zugerechnet wurden oder diese unterstützt hatten. Nach Schweigeminute und Gebet legten der Bundesvorsitzende der GKS, der Militärgeneralvikar und der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Kränze zwischen den Fahnen von Militärseelsorge und GKS an der Gedenk wand nieder. (Bild 6)

Anschließend besuchten die Anwesenden sichtlich ergriffen von der Würde des Ortes wie von der Schlichtheit des Gedenkens den Hin-

### 3. Gottesdienst in der Gedenkkirche „Maria Regina Martyrium“

Maria Regina Martyrium<sup>1</sup> ist die „Gedächtniskirche der deutschen Katholiken zu Ehren der Blutzeugen für Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Jahren 1933-1945“. Der Berliner Bischof Wilhelm Weskamm rief auf dem 75. Deutschen Katholikentag 1952 in Berlin zum Bau einer solchen Kirche auf. Auf dem 78. Deutschen Katholikentag 1958 in Berlin gelobte man, „Maria Regina



Bild 4

von Gedenken sich änderten. Seine Absicht sei es, so der Referent, den militärischen Widerstand als Alternative zu den Verbrechen des Nationalsozialismus darzustellen. Der Vortrag ist auf den Seiten 36 bis 41 wiedergegeben.

### 2. Kranzniederlegung und Totengedenken in der Hinrichtungs- und Gedenkstätte Berlin-Plötzensee

Zum zweiten Schritt der Gedenkveranstaltung versammelten sich die Teilnehmer im Hof der Gedenkstätte Plötzensee vor der Gedenk wand mit der Inschrift „Den Opfern der Hitlerdiktatur der Jahre 1933 – 1945“. (Bild 4) In einer schlichten Zeremonie verlas der Leiter des Militärpfarr amtes Berlin I, Militärdekan Bernd F. Schaller – zugleich Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene –, die Namen der von den Nazis ermordeten 96 Personen (Bild 5), die an den Ereignissen des 20. Juli 1944 unmittelbar beteiligt waren, die den Wider-



Bild 5

Militärdekan Bernd Schaller verliest die Namen der 96 hingerichteten Widerstandskämpfer



Bild 6

Oberst Rüdiger Attermeier, Militärgeneralvikar Reinhold Bartmann, Wehrbeauftragter auf dem Weg zur Kranzniederlegung

richtungsschuppen des Gefängnisses Plötzensee, in dem 89 der am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 beteiligten Widerstandskämpfer erhängt wurden.

1 Für die Informationen zur Gedenkkirche wurden nachstehende Links verwendet: [http://de.wikipedia.org/wiki/Maria\\_Regina\\_Martyrium\\_\(Berlin\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Maria_Regina_Martyrium_(Berlin)) und <http://www.maria-regina-martyrium.de/index.php>



Martyrium” zu bauen. Am 12. November 1960 legte Julius Kardinal Döpfner den Grundstein. Die Konsekration von Kirche und Hochaltar war am 5. Mai 1963 und nahm ebenfalls Julius



Bild 7

### Totenehrung

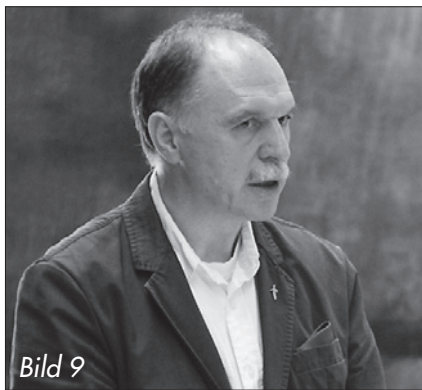


Bild 9

Kardinal Döpfner vor. Der weiträumige Feierhof mit seiner dunklen Umfassungsmauer und dem monumentalen expressionistischen Kreuzweg (Otto Herbert Hajek) erinnert an die Appellplätze der Konzentrationslager.

Die Kirche mit ihrem Außenkörper aus weißen Marmorkieseln, der über den dunkelsten Feierhof hinausragt, strahlt trotz ihrer Kolossalität Leichtigkeit aus. Damit kündigt sie von etwas „ganz anderem“: Sie scheint über der Erde zu schweben.

Bei der Kirche sind weder von außen noch innen Fenster zu erkennen: Das „Licht“, dass die Kirche den Verfolgten der Nazidiktatur geben konnte, war in den wenigsten Fällen ein „Schauen“, sondern vor allem eine Wahrheit des „Glaubens“, nämlich die Verheißung, dass ihnen bei Gott Gerechtigkeit widerfahren wird.

Im Jahr 1982 wurde direkt angrenzend an das Kirchengelände ein Kloster der Unbeschuhten Karmeliten (OCD), der Karmel Regina Martyrum, errichtet und 1984 bezogen. Die Gedenkkirche ist zugleich

auch Klosterkirche der Karmeliten. Die Schwestern suchten mit ihrer Ansiedlung in Berlin bewusst diese Nähe der Hinrichtungsstätte Plötzensee, um die Erinnerung an das unheil-

was verwundet ist, richtest auf, was gefallen ist, beflügelst das Gute in uns.

Dein Geist möge uns bewegen und begleiten, jeden Tag und durch unser ganzes Leben. Darum bitten wir:



Bild 8

**Bild 8:** Die Altarrückwand schmückt ein Kolossalgemälde, das Georg Meistermann mit einem farbigen, dynamisch bewegten, nicht figürlichen Werk zur Apokalypse geschaffen hat

volle Geschehen wachzuhalten und einen „Dienst der Fürbitte“ zu leisten. In der Krypta des Gotteshauses versammeln sich die Karmelschwestern zum öffentlichen Chorgebet.

### Fürbitten

Die folgende Eucharistiefeier zelebrierten Militärgeneralvikar Monsignore Reinhold Bartmann und Militärdekan Bernd Schaller gemeinsam. (Bild 8) Oberstleutnant a.D. Helmut Jermer (Bild 9) trug von ihm selbst formulierte Fürbitten vor. Deren Text hatte er mit Bedacht auf den Anlass des Gedenkens abgestimmt, indem er die Widerstandsethik mit den Leitsätzen der GKS (rot gedruckt im unten angefügten Text) und dem Gemeinschafts-Gebet der GKS („Komm, Heiliger Geist ...“) gekreuzt hat. Da Inhalt und Sinn sich beim Lesen nachhaltiger erschließen als beim bloßen Hören, sind die Fürbitten hier abgedruckt:

*Herr Jesus Christus,*

*Dein Vater hat sich durch Dich als Freund der Menschen geoffenbart und Du hast ihn zum Vater aller Menschen erklärt.*

*Als leidenschaftliche Liebeserklärung Gottes an uns Menschen. heilst Du,*

*V: Komm, Heiliger Geist, erhellte unseren Verstand ...*

*A: ... und entzünde in uns das Feuer Deiner Liebe.*

*1 – Die Widerstandskämpfer im III. Reich handelten aus dem Glauben an eine bessere Zukunft. Sie setzten sich dafür ein, dass das Böse überwunden und das Gute Raum gewinnen konnte.*

*Stärke unseren Glauben, damit wir Deine Güte, Deine Liebe und Menschenfreundlichkeit als Kraftquelle erkennen.*

*2 – Sie folgten ihrem Gewissen; sie erhoben sich gegen Willkür und Unterdrückung und gegen einen sinnlosen, grausamen Krieg.*

*Als Soldaten versprechen wir heute, **Recht und Freiheit** unseres Volkes tapfer zu verteidigen. Mögen alle Völker – wie wir inzwischen – in einer politischen Ordnung leben, in der sie sich in Würde entfalten können.*

*3 – Die Widerständigen im III. Reich waren die eigentlich Anständigen. Sie fühlten sich an Werte gebunden, die Sinn stiften und Orientierung geben; sie verkörperten Tugenden, die von einer ehrenhaften inneren Haltung zeugen.*

*Lass uns erkennen, woran wir uns **sittlich binden**; gib uns einen starken Cha-*

rakter und lass uns aufrecht durchs Leben gehen.

4 – Nie wieder wollen wir uns über andere Völker erheben. Wir haben erkannt, dass alle Menschen Deine Geschöpfe sind und dass die Menschheit eine Familie ist.

Lass uns begreifen, wie wichtig es auch und gerade deshalb ist, dass wir uns ethisch, rechtlich, **politisch**, historisch und kulturell weiterbilden.

5 – Viele der Widerstandskämpfer waren fähige Soldaten; sie erhoben sich, auch, weil sie den Weitblick hatten und sich ihrer Vorbildfunktion bewusst waren. Im täglichen Dienst ist **fachliches Können** wichtig, im Einsatz entscheidend.

Mache uns zu guten Soldaten, die Ihre Fähigkeiten in den Dienst am Wohl aller Völker stellen. Und mache uns allen bewusst, dass Vor-gesetzte immer Vorbilder sind.

6 – Wenn wir uns vor Gott und den Menschen bewähren und anständig bleiben wollen, haben wir unseren Dienst nach bestem Wissen und **Ge-wissen** zu verrichten.

Lass und einen **Gehorsam** kultivieren, der aus Einsicht in Notwendigkeiten folgt und der sich an den hohen Zielen von Völkerrecht und Menschenwürde orientiert.

7 – Das II. Vaticanum mahnt, dass Soldaten „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ sein sollen. Und das Konzil bestätigt uns Soldaten,

wenn wir zur „Festigung des Friedens“ beitragen.

Lass uns immer und überall daran denken, dass wir dem **Frieden verpflichtet** sind.

Herr Jesus Christus, Dein Geist schafft Gerechtigkeit und stiftet Frieden. Er zeigt uns den Weg in die Weite, der uns in die Freiheit führt, in die Freiheit auf Bewährung.

Mache uns immer neu bereit, Verantwortung vor Dir und den Menschen zu übernehmen. Erfülle uns mit Heiligem Geist, der uns eint und stärkt und ermutigt, der durch seine Kraft das Angesicht der Erde erneuert.

Darum bitten wir Dich, unseren Bruder und Herrn – Amen □

## Widerstand im Dritten Reich

# Aufstand des Gewissens – Aufstand des Militärischen? Zu Motiven und heutiger Bewertung des militärischen Widerstands

VON WINFRIED HEINEMANN

### Gedenken oder Verstehen

Sie haben einen Historiker zu einer Gedenkveranstaltung eingeladen. Das ist immer gefährlich. Das Gedenken lebt von Mythen, und Historiker leben davon, Mythen zu zerstören. Gedenken heißt, ein Phänomen der Vergangenheit als für uns heute positiv wahrzunehmen und ins öffentliche Gedächtnis zu rufen. Geschichte als Wissenschaft will verstehen, erklären, und fragt dazu möglichst wertfrei nach der ganzen Komplexität eines solchen Phänomens der Vergangenheit.

Für den wissenschaftlichen Historiker ist es immer misslich, wenn sein Forschungsgegenstand quasi kanonisiert wird: dann denken nämlich alle, es gebe nichts mehr zu erforschen. Für viele, die ohne Hinterfragen eine Erinnerungskultur betreiben, ist es allerdings auch misslich, wenn der Anlass ihres Gedenkens plötzlich doch noch einmal kritischer Forschung unterworfen wird. Dann zeigt sich nämlich oft, dass eine bewertende Auswahl aus der Geschichte ins Wanken gerät, wenn das Wissen über die Person, das Geschehen sich erweitert

hat, oder wenn die Wertmaßstäbe sich verändert haben. Und dass wir in einer Zeit des schnellen Wertewandels leben, das ist nun heutzutage eine Binsenweisheit.



**Oberst i.G. Prof. Dr. Winfried Heinemann bei seinem Vortrag**

Ich möchte heute mit Ihnen über den militärischen Widerstand gegen Hitler sprechen. Ich möchte in einem ersten Durchgang darüber nachden-

ken, welche professionellen und welche ethischen, letztlich auch religiösen Motive für die Entscheidung von Soldaten zum Widerstand und zum Staatsstreich maßgebend waren. Ich möchte dann in einem zweiten Schritt mit Ihnen darüber reden, wie wir heute in der Bundeswehr dieses militärischen Widerstands gedenken, auch und gerade angesichts neuerer Forschungsergebnisse.

### Der Staatsstreich als militärische Operation

Am Nachmittag des 20. Juli 1944 rollen Panzer durch die Straßen von Berlin. Die große Ost-West-Achse, gerade von Hitlers Lieblingsarchitekt Speer neu und breit gestaltet, verbindet die Kasernen in Krampnitz und Döberitz mit der Innenstadt. Vorhin schon hat das Wachbataillon aus Moabit alle Zugänge zum Regierungsviertel an der Wilhelmstraße abgeriegelt, jetzt steht eine Kompanie Infanterie vor dem Haus des Rundfunks an der Masurenallee und fordert die Einstellung des Sendebetriebs. Die Panzer sind weitergerollt Richtung Tiergar-

ten. Dort, unweit des Bendlerblocks, stehen sie dann allerdings etwas untätig herum; sie sollen eine gepanzerte Reserve bilden, aber wofür?

Das Heer habe die vollziehende Gewalt im Inneren übernommen, heißt es. Was ist das denn? Für heutige Demokratievorstellungen ist der Gedanke abwegig, das Militär könne die Exekutive an sich reißen<sup>1</sup>. Das galt für das Jahr 1944 keineswegs. Stauffenberg und seine Verbündeten setzten auf ein Instrument, das unter den fast gleichbedeutenden Bezeichnungen „Belagerungszustand“, „Ausnahmestand“ oder „Kriegsrecht“, aber auch als „Übernahme der vollziehenden Gewalt durch das Heer“ in den Vorstellungen der Zeit durchaus gängig war. So selbstverständlich war der Gedanke, dass Planungen für die Übernahme der vollziehenden Gewalt durch das Heer zumindest für den Fall einer von außerhalb des Militärs und des NS-Staates kommenden Bedrohung (gedacht war an einen kommunistischen Aufstand, an Unruhen unter den Zwangsarbeitern oder eine alliierte Luftlandung<sup>2</sup>) zumindest im Rahmen des Heeres durchaus offen vorangetrieben werden konnten. Die Übernahme wesentlicher staatlicher Funktionen durch das Militär im Krisenfall hatte in Preußen-Deutschland eine lange Tradition. Es ging darum, an die Stelle des für den Nationalsozialismus charakteristischen Kompetenzenwirrwarrs, an die Stelle der polykratischen Strukturen eine einheitliche, eben militärische Führung des Reiches im Inneren wie nach Außen zu setzen. Das Dritte Reich hat es nicht vermocht, alle Kräfte des Reiches zu einer wirklich totalen Kriegsführung zusammenzufassen – der 20. Juli 1944 war der einzige ernstzunehmende Versuch dazu.

Vielleicht muss man bewusst militärisch anfangen, bewusst versuchen, sich aus den gewohnten Denkschemata der Sonntagsreden über den Widerstand als „Aufstand des Gewissens“ herauszureißen. So kann man offen dafür werden, dass man über den Widerstand und besonders den von Soldaten auch anders reden kann, als es

die Deutschen des frühen 21. Jahrhunderts vielleicht gewohnt sind.

Da planen Generale und Generalstabsoffiziere eine Machtübernahme mit militärischen Mitteln. Und das soll allein ein „Aufstand des Gewissens“ gewesen sein? Stauffenberg war Oberst, vielleicht der jüngste Oberst des Heeres. Was hat er eigentlich tagsüber gemacht? In manchen Büchern scheint es, als sei er zur Durchführung einer Verschwörung vom Dienst freigestellt gewesen, aber so war es ja nicht. Was machte er als Chef des Stabes beim Befehlshaber des Ersatzheeres, und hatte das irgendwie mit dem Entschluss zum Staatsstreich zu tun?

### Militärische Motive für den Umsturz

Ein wesentliches, immer wiederkehrendes Motiv von Soldaten für den Entschluss zum Widerstand war die Forderung nach einer Änderung der militärischen Spitzengliederung. Hinter diesem eher technischen Begriff verbarg sich während der Kriegszeit allerdings nichts weniger als das Nachdenken über den Rücktritt Hitlers vom Oberkommando der Wehrmacht, seit 1942 zumindest vom Oberkommando des Heeres.

In dem Maße, wie Hitler im Verlauf des Krieges immer mehr Kompetenzen an sich zog, gewann dieses Thema auch für die Opposition an Bedeutung. Ein Major i.G. von der Organisationsabteilung des Oberkommandos des Heeres pflegte in dieser Zeit Vorträge über dieses Thema mit der Bemerkung einzuleiten, „die Kriegsspitzenengliederung der deutschen Wehrmacht sei noch blöder, als die befähigsten Generalstabsoffiziere sie erfinden könnten, wenn sie den Auftrag bekämen, die unsinnigste Kriegsspitzenengliederung zu erfinden“<sup>3</sup>. Der Major hieß Claus Graf Stauffenberg.

Die Folgen, die sich aus Hitlers fehlender Fachkompetenz für die militärische Führung des Reiches ergaben, standen ja nur zu deutlich vor Augen. Sogar in der akademischen Jugend war man sich bewusst, dass Hitlers Dilettantismus spätestens mit Stalingrad in die Katastrophe geführt hatte. Sarkastisch beginnt das letz-

te Flugblatt der Münchener Studenten, die sich unter dem Namen „Weiße Rose“ zusammengefunden haben: „Dreihundertdreißigtausend deutsche Männer hat die geniale Strategie des Weltkriegs gefreit sinn- und verantwortungslos in Tod und Verderben getetzt. Führer, wir danken dir!“

Und dass Hunderttausende ihr Leben gelassen hatten, das wusste man nirgendwo besser als beim Oberkommando des Heeres, spätestens, seit die deutschen Verluste mit Beginn des Angriffs gegen die Sowjetunion im Sommer 1941 deutlich in die Höhe schnellten. Bereits im Winter 1941/42 zeichnete sich ab, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Die Zahlen sprachen eine nüchterne Sprache, und darüber konnte man unter Offizieren durchaus unverdächtig reden. In der Organisationsabteilung des OKH wurde offen darüber diskutiert, auch unter solchen, die mit dem Widerstand nichts zu tun hatten. Die Generalstabsoffiziere de Maizière und Bernardis stellten in einer eingehenden Studie die Zahlenangaben zusammen. Bernardis endete am Galgen in Plötzensee, de Maizière wurde später Generalinspekteur der Bundeswehr. Generaloberst Fromm, der Befehlshaber des Ersatzheeres, trug Hitler die Zahlen vor, wurde dafür von seinem Führer als Defätist beschimpft und schlicht hinausgeworfen. Graf Stauffenberg vertraute einem früheren Mitarbeiter an, „dieser Krieg [sei] vom Augenblick, wo wir den Fehler machten, Rußland anzugreifen, personell und materiell für Deutschland auch bei bester Führung nicht durchzustehen“<sup>4</sup>; „auch bei bester Führung“ – und daran fehlte es eben.

Hitlers ablehnende Reaktion auf alle Alternativvorschläge ließ erkennen, dass der Diktator auch unter dem Eindruck der militärischen Krise nicht gewillt sein würde, sachgerechten Lösungen im Sinne einer zweckrationalen Kriegsführung zuzustimmen. Hitler war nicht, wie sich man-

4 Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Ausstellung Widerstand gegen den Nationalsozialismus; <http://www.dhm.de/lemo/html/nazi/widerstand/weisserose/index.html>.

5 Aussage Kuhn am 2. September 1944, in: Hoffmann, Tresckow und Stauffenberg, S. 9; Chavkin/Kalganov, Neue Quellen, S. 378.

1 Klaus, Zu wenig und zu spät, S. 277.

2 Spiegelbild einer Verschwörung, S. 310 (28. August 1944).

3 Hoffmann, Stauffenberg und seine Brüder, S. 239.



cher bisher eingeredet haben mochte, schlecht beraten, sondern selbst der Kern des Unheils. Stauffenberg urteilte im Winter 1942/43: „Letzte Ursache liegt, darüber bin ich mir nun vollkommen im klaren, in der Person des Führers und im Nationalsozialismus.“<sup>6</sup> Der brillante Generalstabs-offizier zog daraus die Konsequenz: „Es kommt nicht darauf an, ihm die Wahrheit zu sagen, sondern es kommt darauf an, ihn umzubringen.“<sup>7</sup>

Hitlers Politik wurde in zivilen wie militärischen nationalkonservativen Kreisen als Verbrechen am deutschen Volk empfunden. Stauffenberg sagte schon 1942, zu seiner Zeit in der Organisationsabteilung des Generalstabs des Heeres, über Hitler: „Er ist ein Narr und ein Verbrecher“<sup>8</sup>. Die Erkenntnis, dass die Fortführung der Kriegspolitik ein „großes Verbrechen gegen das eigene Volk (Wette)“ war, ließ aus der fachlichen Motivation allmählich einen moralischen Antrieb werden.

In diesem Zusammenhang sollte man an einen der jüngsten wegen Beteiligung am 20. Juli hingerichteten Offiziere denken, an den Major Roland von Hößlin, Reiterregiment 17, also ein Regimentskamerad Stauffenbergs. Als sein Motiv für die Beteiligung am Staatsstreich gab er bei der Gestapo an: „Einen Kampf der letzten Götter am Vesuv gibt es meines Erachtens für ein 80-Millionen-Volk nicht.“ – also, an einem sinnlosen Endkampf bis zur völligen Vernichtung seines Volkes wollte er sich nicht beteiligen.

Neben die Erkenntnis des „Verbrechens am eigenen Volk“ trat dann aber in unterschiedlicher Intensität das Wissen darum, dass die Kriegführung des Reiches dazu diente, Verbrechen im Weltmaßstab an den Menschen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten zu begehen. Besonders deutlich musste der Unrechtscharakter des Krieges gegen die Sowjetunion hervortreten, als der Truppe die verbrecherischen Befehle zum Unternehmen „Barbarossa“, also zum Angriff auf die Sowjetuni-

on bekannt wurden. Damit ist zum einen der „Kriegsgerichtsbarkeitserlass“ gemeint, wonach Verbrechen an der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten nicht mehr zu verfolgen waren, und zum anderen der „Kommissarbefehl“, also die Anweisung, alle gefangenen Politischen Kommissare der Sowjetarmee zu erschießen.

Aus Hitlers Sicht kam es letztlich nicht darauf an, ob der Krieg professionell oder dilettantisch geführt wurde, sondern darauf, dass er die Voraussetzung für die ethnische Umwälzung Europas im nationalsozialistischen Sinne schuf. Keiner, der an diesem Krieg beteiligt war, konnte für sich in Anspruch nehmen, ohne jede Schuld daraus hervorgegangen zu sein. Im Gegenteil: Generalmajor Stieff, später Beteiligter am 20. Juli, hatte seiner Frau schon Anfang 1942 geschrieben: „Wir alle haben so viel Schuld auf uns geladen – denn wir sind ja mitverantwortlich –, daß ich in diesem angehenden Strafgericht nur eine gerechte Sühne für alle die Schandtaten sehe, die wir Deutschen in den letzten Jahren begangen bzw. geduldet haben.“<sup>9</sup>

Mancher Offizier war durchaus gewillt, das Verbrecherische des Regimes zuzugestehen, aber angesichts der Lage an der Front könne man im Moment nichts dagegen unternehmen. Selbst Stauffenberg teilte im September 1941 noch diese Auffassung: „Während des Krieges darf man so etwas nicht machen, vor allem nicht während eines Krieges gegen die Bolschewisten. Aber dann, wenn wir nach Hause kommen, werden wir mit der braunen Pest aufräumen.“<sup>10</sup> Umgekehrt verschob aber auch das Regime die Lösung so mancher Frage auf die Zeit nach Kriegsende: die Kirchenfrage etwa, aber auch die Machtfrage zwischen den konservativen Eliten im Heer und der sich sozialrevolutionär gebenden Partei. Stauffenberg und seine Freunde sahen dann jedoch, wie eine zunehmende Zurücksetzung des Heeres die Gewichte für einen solchen Endkampf nach innen immer mehr zu verschieben drohte. In diesen Zusam-

menhang gehört auch die Entscheidung, die neu aufzustellenden Volksgrenadierdivisionen nicht mehr durch das Ersatzheer, sondern durch Himmler als Reichsführer SS aufstellen zu lassen. Ebenso bedrohlich schienen die innere Aushöhlung des Heeres, die Zunahme junger, nationalsozialistisch erzogener fanatischer Offiziere und eine Politisierung der Armee im nationalsozialistischen Sinne. Neun von zehn Offizieren des Heeres waren bei Kriegsende Reserveoffizier, zumeist aus der „HJ-Generation“, und viele von ihnen stammten aus gesellschaftlichen Schichten, in denen ein Offizierdienstgrad als Beleg des sozialen Aufstiegs galt.

Dem nationalkonservativen Widerstand ging es darum, gegen diese schleichende Entmachtung des Heeres und gegen die immer stärker werdenden militärischen Potentiale des Parteiapparates vorzugehen, so lange die eigenen Kräfte noch hinreichten. Wenn Stauffenberg gelegentlich von der „Erhaltung der Armee“ sprach, ging es ihm nicht nur darum, wie bereits dargelegt, unnötige Verluste zu vermeiden, sondern auch darum, das Heer in seinem Kern zu erhalten – oder, wenn dies nicht mehr lange möglich sein würde, rechtzeitig loszuschlagen. Die „Rettung der Armee“ sollte so auch dazu dienen, „daß insbesondere die Wehrmacht in der Hand ihrer Führer [also doch ihrer eigenen und nicht der NS-Führung!] ein verwendbares Instrument bleibe“<sup>11</sup>.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Eidproblematik. Alle Soldaten der Wehrmacht wurden seit 1934 auf die Person Adolf Hitlers vereidigt; die Formel lautete: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, dass ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler, dem Oberbefehlshaber der Wehrmacht unbedingten Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen.“ Das griff ältere, monarchische Vorbilder auf. Die Weimarer Republik hatte stattdessen den Eid auf die Verfassung eingeführt, bezeichnenderweise ohne religiöse Beteuerungsformel, so dass dieser Eid vielen religiös gebundenen

6 Stauffenberg im Gespräch mit Kuhn im August 1942 in Winniza: Chavkin/Kalganov, Neue Quellen, S. 378.

7 Kramarz, Stauffenberg, S. 113, auch zitiert bei Fest, Staatsstreich, S. 221.

8 IFZ ED 88: Sammlung Zeller, Band 2, S. 353.

9 Brief an seine Frau vom 10.01.1942, abgedruckt in: Stieff, Ausgewählte Briefe.

10 Hoffmann, Stauffenberg. Die Biographie, S. 241.

11 Spiegelbild einer Verschwörung, S. 34; Interpretation bei Mommsen, Stellung der Militäropposition, S. 125.

Soldaten ohnehin als weniger wichtig erschien.

Die meisten Verschwörer hatten sich in einem heftigen, aber kurzen Prozess zu der Einsicht durchgerungen, dass dieser Eid für sie nicht mehr bindend sein konnte. Gerade die religiöse Beteuerungsformel ließ ja erkennen, dass dieses Versprechen unter Gottes Gebot stand und daher nicht zu etwas verpflichten konnte, was gegen das Gebot Gottes verstieß. Zudem verstanden sie einen Eid als ein Versprechen auf Gegenseitigkeit, und mit Fug und Recht ließ sich behaupten, dass Hitler dieses Versprechen selbst tausendfach gebrochen hatte.

Für die jungen Männer aber, die aus der „HJ-Generation“ kamen und dem NS-System ihren sozialen Aufstieg verdankten, galt der geleistete Eid unverrückbar, unbedingt, und häufig auch ohne jede religiöse Dimension. „Religion“ heißt Rückbindung an etwas Größeres oder Höheres – genau diese Rückbindung fehlte vielen jüngeren Soldaten. Das musste eine Staatsstreichplanung berücksichtigen. 1938 hatte man einen Umsturz noch darauf stützen können, dass einige eingeweihte Divisions- oder Regimentskommandeure beteiligt waren, und dass deren Verbände ihnen folgen würden. 1944 musste man mittels einer plausiblen Notfallplanung alle verfügbaren Heeresverbände gegen die verhasste SS und Luftwaffe ansetzen, dabei aber die Fiktion unterhalten, Hitler sei einem Mordanschlag der SS zum Opfer gefallen. Gegen einen lebenden Hitler, da war sich Stauffenberg sicher, würde 1944 kein Verband des Heeres mehr marschieren.

#### Das Verhältnis Goerdeler-Stauffenberg

Der zivile Kopf der Verschwörung, Carl Goerdeler, aber auch Stauffenberg bezogen sich immer wieder auf das Preußen der Zeit 1806-1815 als ihr Vorbild, aber doch in charakteristisch unterschiedlicher Weise. Goerdeler, der gewesene Kommunalpolitiker, griff gern auf den Freiherrn vom Stein zurück, der die preußische Staatsreform getragen hatte. Goerdeler wollte einen Wechsel der Regierung, sozusagen eine Revolution von oben, eine Regierung der „Fachleu-

te“, wie er sagte, oder aber ein „Kabinett der Greise“, wie es Stauffenberg despektierlich sagte. Stauffenberg dagegen wählte sich seinen Vorfahren Neidhart Graf von Gneisenau als Vorbild, vielleicht den radikalsten der preußischen Heeresreformer, und setzte ganz auf eine Volkserhebung von unten. Er traf sich da mit dem SPD-Politiker Julius Leber, der geistig gern auf Scharnhorst zurückgriff.

Stauffenberg hatte bereits eigene Verbindungen zu den Westmächten – sein Vertrauensmann in Madrid verschaffte ihm über seine britischen Kontakte ein sehr viel realistischeres Bild über die außenpolitische Situation des Reiches, als es Goerdelers Verbindungsmann zum amerikanischen Geheimdienst in Zürich vermochte. Daraus resultierten Unterschiede in den außenpolitischen Zielsetzungen, und die waren ein wesentlicher Streitpunkt zwischen den beiden höchst unterschiedlichen Charakteren. Stauffenberg wollte sogar Kapitulationsverhandlungen „von Militär zu Militär“ führen, also doch Goerdeler und seine Freunde ausschalten.

Dass Stauffenberg nun auch noch Kontakte zu Arbeitern knüpfte, also eine eigenständige Innenpolitik zu treiben versuchte, verstärkte die Entfremdung zwischen den beiden. Als „hochgesinnten, in Afrika schwer verwundeten Generalstabsoffizier, der sich später als Querkopf erwies, der auch Politik machen wollte“<sup>12</sup> bezeichnete Goerdeler Stauffenberg bei der Gestapo.

Die Wirklichkeit aber war etwas anderes: So, wie Stauffenbergs Kontakte zu den Westmächten ihn vor Illusionen hinsichtlich des außenpolitischen Handlungsspielraums bewahrten, so sollten die engen Kontakte mit Julius Leber seinen Blick für die innenpolitischen Realitäten schärfen. So wie Verbindungen zu Eisenhower und Montgomery den militärischen Handlungsspielraum schaffen sollten, war Leber die Aufgabe zugeordnet, als Arbeiterführer die notwendige breite Unterstützung im Innern sicherzustellen und zu verhindern, dass der Staatsstreich des Heeres in ähnlicher Weise an der Arbeiterschaft scheiterte

12 Denkschrift „Unsere Idee“ (nach 09.11.1944), zitiert nach Politische Schriften und Briefe, Band 1, S. liii.

wie 1920 der Kapp-Putsch. Stauffenberg erwies sich hier als ein Generalstabsoffizier, der die Planung für das Neue Reich, das ihm vorschwebte, gezielt mit der Offenheit für andere Denktraditionen und mit dem realistischen Blick für die politischen, gesamtstaatlichen Notwendigkeiten zu kombinieren wusste.

Es zeigt sich, dass die Soldaten im Widerstand eine spezifisch soldatische Motivation hatten, und dass sie mit großem Realitätssinn und Blick für das Ganze des Deutschen Reiches konsequent eine eigene Politik verfolgten. Diese jungen Männer haben ihren Offizierberuf in einer übergreifenden ethischen Verantwortung gesehen. Sie waren keine Pazifisten, aber sie haben einen Krieg beenden wollen, der sinnlos geworden war und dessen Fortführung ihnen als ein großes Verbrechen erschien. Wenn jemand die ihm anvertrauten Soldaten retten will – ist das nicht auch ein ehrbares Motiv?

#### Und doch: Aufstand des Gewissens

bleibt also vom „Aufstand des Gewissens“ nichts anderes übrig als ein Putsch systemnaher Offiziere? Stauffenberg dachte innen- wie außenpolitisch höchst realistisch. Ihm war völlig klar, dass auch eine Umsturzregierung an bedingungsloser Kapitulation und Besetzung des Reichsgebiets nicht mehr würde vorbeikommen können. „Es ist Zeit, daß jetzt etwas getan wird. Derjenige allerdings, der etwas zu tun wagt, muß sich bewußt sein, daß er wohl als Verräter in die deutsche Geschichte eingehen wird. Unterläßt er jedoch die Tat, dann wäre er ein Verräter vor seinem eigenen Gewissen.“ Und, ebenfalls kurz vor dem 20. Juli: „Das Furchtbarste ist, zu wissen, daß es nicht gelingen kann und daß man es dennoch für unser Land und unsere Kinder tun muß.“<sup>13</sup>

In seinen Anfängen ist der nationalkonservative Widerstand gegen den Nationalsozialismus ein „Aufstand des Politischen“, wie es Hans Mommsen gesagt hat. Der Widerstand der Offiziere ist in seinen Anfängen, möchte ich hinzufügen, ein „Aufstand

13 Beide Zitate nach der Version in Hoffmann, Stauffenberg und seine Brüder, S. 395.

des Militärischen“. Je mehr aber die Aussichten schwanden, politisch und militärisch noch etwas zu gestalten, um so mehr stellte sich die Frage, ob ein Umsturzversuch überhaupt noch sinnvoll sei. Da, wo Politiker, Beamte, Diplomaten und Offiziere dieser Versuchung nicht erlegen sind, tritt dann eine grundsätzlichere, ethisch-moralische Dimension heraus, die über die bloße Nützlichkeit hinausgeht. Ähnliches gilt für den Potsdamer Henning von Tresckow, der die Notwendigkeit des Umsturzes so begründet hatte: „Das Attentat auf Hitler muß erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muß trotzdem der Staatsstreich versucht werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“<sup>14</sup> Nach dem Scheitern des Umsturzversuches äußerte er: „Jetzt wird die ganze Welt über uns herfallen und uns beschimpfen. Aber ich bin nach wie vor der felsenfesten Überzeugung, daß wir recht gehandelt haben. Ich halte Hitler nicht nur für den Erzfeind Deutschlands, sondern auch für den Erzfeind der Welt. Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn Gott einst Abraham verheißen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, daß Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird. Niemand von uns kann über seinen Tod Klage führen. [...] Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugung sein Leben hinzugeben.“<sup>15</sup> Sie hören hier auch ein religiöses Element heraus, das uns heute vielfach schon fremd geworden ist. Wer weiß denn heute noch, dass Tresckow sich hier auf eine Stelle aus dem Buch Genesis bezieht?<sup>16</sup>

14 Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, S. 109.

15 Ebd., S. 129.

16 Gen 18, 20-32.

### Gedenken in der Bundeswehr

Die Bundeswehr entstand unter der Prämisse: „Das Deutsche Kontingent darf nicht ein ‚Staat im Staate‘ werden.“<sup>17</sup> Damit wendeten sich die Gründerväter der Bundeswehr gegen ein Verständnis des Militärs, wie es die Jahre vor 1933 charakterisiert hatte. „Staat im Staate“, das meinte die Reichswehr, vor allem zu Zeiten der Ära Seeckt. Es meinte die Politik einer kleinen, elitären Armee, eines „Führerheers“, wie man es in der Zwischenkriegszeit genannt hatte, das sich vorgeblich unpolitisch nur „dem Vaterlande“ verpflichtet gesehen hatte<sup>18</sup>. Im klaren Gegensatz dazu forderte die Himmeroder Denkschrift, der neue deutsche Soldat müsse sich uneingeschränkt dem demokratischen System verbunden wissen.

Es bestand Einigkeit bei den Gründervätern der Bundeswehr, dass die neuen Streitkräfte den Primat der Politik uneingeschränkt anerkennen sollten. Auch hier waren Weimar und die Reichswehr der Gegenentwurf; der „Staat im Staate“ hatte den Primat der Politik ja bewusst in Frage gestellt. 1920 hatte die Reichswehr sogar geputscht (oder jedenfalls doch Teile von ihr); 1923 hatte die Reichswehr in Bayern sich verweigert, als es darum ging, den Hitler-Ludendorff-Putsch niederzuschlagen, und die Aufgabe der Bayerischen Landespolizei überlassen. 1932 dagegen hatten Generalmajor Kurt von Schleicher und Oberst von Bredow im „Planspiel Ott“ geprüft, ob das offenkundig zusammengebrochene parlamentarische System vielleicht eher durch eine Militärdiktatur als durch eine NS-Diktatur abgelöst werden sollte. Die Wehrmacht hingegen hatte nach

17 Rautenberg, Hans-Jürgen, und Norbert Wiggershaus: Die „Himmeroder Denkschrift“ vom Oktober 1950. Politische und militärische Überlegungen für einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur westeuropäischen Verteidigung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 21 (1977), S. 135-206, hier S. 185.

18 Mühlhausen, Walter: Hans von Seeckt und die Organisation der Reichswehr in der Weimarer Republik, in: Militärische Reformer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Hans Ehlert und Michael Epkenhans, Potsdam 2007 (=Potsdamer Schriften zur Militärgeschichte, 2), S. 35-52.

1933 den Primat der Politik in fast idealtypischer Weise verwirklicht. Selbst wenn man über ihre Rolle im Dritten Reich und dem von Hitler gewollten rasseideologischen Vernichtungskrieg bis in die 1970er Jahre deutlich weniger wusste als heute: der einzige Versuch aus den Reihen der Wehrmacht, den Primat einer verbrecherischen Politik in Frage zu stellen, war der 20. Juli 1944. Das machte es nicht leicht, den Widerstand als Vorbild für die neuen bundesdeutschen Streitkräfte darzustellen.

Meine Damen und Herren, in den 1950er und 1960er Jahren wurde über die Traditionswürdigkeit des Widerstands diskutiert. Eine gute Zusammenfassung dieser Diskussion finden Sie im neuesten Heft von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ aus der Feder des Leiters der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel. Besonders engagiert und besonders kontrovers wurde in der jungen Bundeswehr diskutiert. Das ist heute nicht mehr der Fall. An die Stelle solcher Diskussionen ist die Kanonisierung getreten. Der Widerstand ist zusammen mit den preußischen Reformen und der Geschichte der Bundeswehr selbst eine der drei Traditionslinien der Bundeswehr, so steht es im Traditionserlass, wo ja auch die Abkehr von der Wehrmacht geregelt ist, und fertig. Das schafft Handlungssicherheit für die Truppe und entlastet die politische Leitung von ungewollten Skandalen.

Das Traurige ist nur, dass es nicht stimmt. Das Wort „Wehrmacht“ kommt im Traditionserlass von 1982 nicht vor, und die drei Traditionslinien stehen auch nicht drin. Wie sollten sie auch; sie gehen zurück auf eine Rede von Verteidigungsminister Scharping aus dem Jahre 2000.

Im immer noch gültigen Erlass steht etwas anderes: „Die Traditionspflege liegt in der Verantwortung der Kommandeure und Einheitsführer. Sie verfügen über Ermessens- und Entscheidungsfreiheit vor allem dort, wo es sich um regionale und lokale Besonderheiten handelt. Kommandeure und Einheitsführer treffen ihre Entscheidungen auf der Grundlage von Grundgesetz und Soldatengesetz im Sinne der hier niedergelegten Richtlinien selbständig.“



Das macht es schon schwieriger – und unfallträchtiger. Wenn also die neuere Forschung aufgezeigt hat, dass auch Angehörige des Widerstands in Verbrechen an der Ostfront verstrickt waren, was ist dann traditionswürdig an ihnen?

Da hilft eine nüchterne historisch-wissenschaftliche Einordnung. Unter den vielen, die an dem verbrecherischen Krieg beteiligt waren, und die alle Schuld auf sich geladen haben, haben nur wenige am Ende den Mut gefunden, dem sinnlosen Morden ein Ende zu setzen. Sie haben – wie Roland von Hößlin es gesagt hat – aus Sorge um ihr Land und aus Angst vor dessen völliger Vernichtung gehandelt. Damit stehen sie aus der Masse der vielen heraus, die in vergleichbarer Situation nur ihre eigene Haut retten wollten.

Solange wir den Widerstand als eine im wesentlichen moralische Größe betrachten, so lange wird er angreifbar bleiben für Vorwürfe, die Verschwörer seien keine Demokraten, seien Antisemiten oder an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen. Widerstand stellt sich aber dar als, wie Hans Mommsen es einmal ausdrückte, „zeitbedingte Alternative zum Faschismus“<sup>19</sup>. Ihn heute vordergründig-moralisierend an dem Kriterium seiner Nähe oder Ferne zur Werteordnung des Grundgesetzes zu messen, wird dem Opfer der wenigen nicht gerecht, die unter Einsatz ihres Lebens gegen das Unrecht aufgestanden sind.

Dass etwa das große, zweibändige Martyrologium der katholischen Kirche im Deutschland des 20. Jahrhunderts<sup>20</sup> unter den vielen Opfern des NS-Terrors – Erich Klausener, Bernhard Lichtenberg, die Lübecker Seelsorger – keinen Platz für die beiden Brüder Stauffenberg gefunden hat, ist in diesem Zusammenhang unerklärlich.

Albrecht Haushofer schreibt in einem seiner „Moabiter Sonette“: „Es gibt wohl Zeiten, die der Irrsinn lenkt./ Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt.“<sup>21</sup> Das Dritte Reich hat in seiner letzten Phase die „besten Köpfe“ gehenkt, die christlich

geprägte nationalkonservative Gegenelite weitgehend zerschlagen und verhindert, dass ihre Gedanken das Nachkriegsdeutschland nachhaltig prägen konnten. Eine nüchtern-kritische wissenschaftliche Analyse lässt diese Grundhaltung heute klarer hervortreten, so dass wir heute noch, siebenzig Jahre später, dieser Gegenelite unsere Hochachtung nicht versagen müssen, nicht versagen dürfen – gerade auch als Soldaten aus christlicher Überzeugung. □

#### Literatur

**Chavkin, Boris L., und Aleksandr Kalganov:** Neue Quellen zur Geschichte des 20. Juli 1944 aus dem Archiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation (FSB). „Eigenhändige Aussagen“ von Major i.G. Joachim Kuhn, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001), S. 355-402

**Fest, Joachim:** Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli, Berlin 1994

**Haushofer, Albrecht:** Moabiter Sonette, München 1976

**Hoffmann, Peter:** Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder. Das Geheime Deutschland, Stuttgart 1992

**Hoffmann, Peter:** Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die Biographie, München 2007

**Hoffmann, Peter:** Tresckow und Stauffenberg. Ein Zeugnis aus dem Archiv des russischen Geheimdienstes, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 165 vom 20. Juli 1998, S. 8f.

**Klaus, Ekkehard:** Zu wenig und zu spät? Der Kampf des anderen

Deutschland, in: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick, hg. von Bernd Sösemann, Stuttgart 2002, S. 258-281

**Kramarz, Joachim:** Claus Graf Stauffenberg. 15. November 1907-20. Juli 1944. Das Leben eines Offiziers, Frankfurt 1965

**Mommsen, Hans:** Die moralische Wiederherstellung der Nation. Der Widerstand gegen Hitler war von einer antisemitischen Grundhaltung getragen, in: Süddeutsche Zeitung, 21. Juli 1999, S. 15

**Mommsen, Hans:** Die Stellung der Militäropposition im Rahmen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hg. von Gerd R. Ueberschär, Darmstadt 2000, S. 119-134

Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers, hg. von Hans Mommsen und Sabine Gillmann, 2 Bände, München 2003

**Stieff, Helmuth:** Ausgewählte Briefe von Helmuth Stieff (hingerichtet am 8. August 1944), hg. von Hans Rothfels, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954), S. 291-305

**Tuchel, Johannes:** Zwischen Diffamierung und Anerkennung. Zum Umgang mit dem 20. Juli in der frühen Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 2014, Heft 27, S. 18-24

**Zeugen für Christus.** Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts, hg. von Helmut Moll, 2 Bände, Paderborn 1999-2000, 4. Aufl. 2006

#### Kurznachrichten

### 20. Juni wird Gedenktag an Flucht und Vertreibung

**A**b kommendem Jahr soll am 20. Juni offiziell der Opfer von Flucht und Vertreibung gedacht werden. Das beschloss das Bundeskabinett. „Flucht und Vertreibung sind Teil der Geschichte der europäischen Gemeinschaft“, sagte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Mit dem Beschluss habe ein langer und schwieriger Prozess eine befriedigende Lösung gefunden. Die Bundesregierung entsprach mit der Entscheidung einem langjährigen Wunsch der Vertriebenenverbände. Der 20. Juni ist seit 2000 gleichzeitig der Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen. □

(KNA)

19 Mommsen, Die moralische Wiederherstellung der Nation.

20 Zeugen für Christus.

21 Aus: XXII: Gefährten, zitiert nach Haushofer, Moabiter Sonette, S. 30.

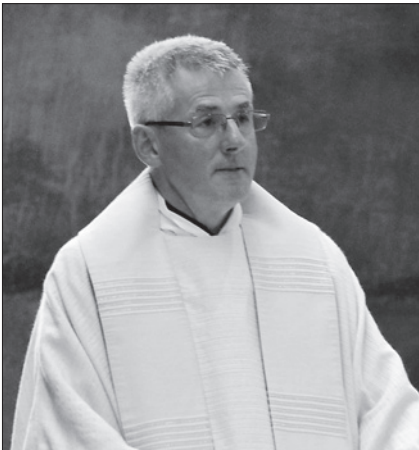
## Widerstand im Dritten Reich

## Predigt während des Gottesdienstes am 18.07.2014

VON MILITÄRGENERALVIKAR MONSIGNORE REINHOLD BARTMANN

„Mein Gott, mein Gott, warum hast Du mich verlassen?“

Dieser Schrei aus dem Munde Jesu ist uns sicher allen bekannt aus der Leidensgeschichte des sterbenden Jesus Christus am Kreuz und aus den Lesungen der Karwoche.



*Militärgeneralvikar Monsignore Reinhold Bartmann lud nach einer kurzen Stille dazu ein, auf das Wort Gottes zu hören und ging in seiner Predigt auf das „Lied vom Gottesknecht“ (Lesung: Jes 50,4-7) und die Passion Christi ein (Evangelium Mt 27,45-54).*

Er, der Sohn Gottes, wendet sich flehend und klagend an den Vater, obwohl er doch wusste, der Vater wird mich im Sterben nicht untergehen lassen. Und doch geht uns dieser Schrei durch Mark und Bein, wenn wir ihn in der Passion hören.

Durch Mark und Bein, gehen uns auch die Bilder, die wir aus Dokumentationen und Filmen über den Widerstand des 20. Juli 1944 kennen, oder die uns aufscheinen, wenn wir, wie vor wenigen Minuten, in Plötzensee an einem Ort der Hinrichtungen und die Namen der Hingerichteten hören.

Wir kennen die Lebensgeschichte dieser aktiven Soldaten, ehemaligen Soldaten, ihrer Familien und auch der Zivilisten, die im engeren Kreis um Claus Schenk Graf von Stauffenberg das Attentat auf Hitler planten, vorbereiteten und auch durchführten,

an jenem 20. Juli 1944, vor nunmehr exakt 70 Jahren.

Alle aktiv Beteiligten dieser Monate, Wochen und auch jenes 20. Juli 1944 wussten, was mit ihnen, den direkt Beteiligten und ihrem Umfeld, passieren würde, wenn ihr Entschluss, der Finsternis und dem grausamen Dunkel, der Herrschaft des Verbrechens und der Unmenschlichkeit gegen fremde Völker und Nationen, aber auch Menschen des eigenen Volkes, das von Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Regime ausging und darin seine Wurzeln hatte, wenn das Attentat scheitert.

Und dennoch haben die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 das Attentat gewagt, basierend auf ihrem ethischen Fundament als Soldaten (und diesem Beruf wussten sie sich verpflichtet, durch ihren Eid) als Menschen, nicht zuletzt bei vielen basierend auf dem christlichen Menschenbild und dem persönlichen christlichen Glauben,

Gewagt, um grausame Morden, das millionenfache Leid anderer Völker und des eigenen Volkes zu beenden und zu einem Besseren zu wenden.

Gewagt, wohl wissend, und da bin ich mir sicher, dass diese Männer und Frauen, Soldaten und Zivilisten wussten, dass sie nicht nur das Leben der grausam Herrschenden mit Gewalt beenden, sondern auch Unschuldige und auch Unbeteiligte in ihrem Umfeld mit in Gefahr, in das Unglück, mit in den Tod reißen, durch ihr Tun.

Sie wussten, dass sie -ihrem Gewissen folgend auch schuldig werden.

Was ich nicht weiß, ob einer der Hingerichteten nach dem missglückten Attentat, in den Stunden bis zur Hinrichtung gedacht, für sich auch geklagt hat, „mein Gott, mein Gott, warum hast Du mich, hast Du uns verlassen“, indem Du uns, und unser gewaltsames Handeln auf Beendigung eines der göttlichen Ordnung zuwiderlaufenden und menschenverachtenden Regimes, hast scheitern lassen.

Was wir wissen, ihr Gewissensentscheid, hat sie handeln lassen.

Beten und Bitten wir, dass für die Hingerichteten gilt, ja für alle Ermordeten des Widerstands dieser Jahre, zivil und militärisch Männer und Frauen, gleich welcher Nation, gleich welcher Religion oder Weltanschauung gilt, dass Gott seinen Sohn -so wie es unser Glaube bekennt- im Sterben nicht verlassen und im Tod nicht untergehen hat lassen gemäß dem Vers aus dem Jesajatekt (Jes 50,7): „Doch Gott, der Herr wird mir helfen; darum werde ich nicht in Schande enden.“

### Liebe Gottesdienstgemeinde !

Belassen wir es aber nicht beim Beten und Bitten, lassen wir uns vielmehr von unserem Gewissen zum Handeln, zum eigenen Handeln motivieren.

Das würdige Gedenken an die Opfer des soldatischen Widerstands vom 20. Juli 1944 allein, dies wäre und ist zu wenig, für Soldaten der Bundeswehr und auch für Zivilisten.

Das Gedenken allein an alle, die geschunden oder getötet wurden, weil sie sich mutig und offen in den Widerstand gegen die Nationalsozialistische Gewalt begaben, wäre und ist zu wenig.

Das Gedenken wird nur wahrhaftig und dauerhaft wertvoll, wenn wir alle, uns leiten lassen von unserem Gewissen:

In den Fragen, die unserer Gesellschaft zu beantworten hat

In den Fragen nach Frieden und Gerechtigkeit. Dann, wenn die Rufe vieler uns heute erreichen und diese Menschen klagend schreien und fragen: „Mein Gott, mein Gott, hast Du mich und uns verlassen“?, weil andere, die sich auch zu Dir bekennen uns scheinbar vergessen unserer Bedrohung keine Beachtung schenken.

Und natürlich auch die Soldatinnen und Soldaten unserer Bundeswehr, die sich ja mit Recht auf das Vorbild der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 berufen und deren Haltung verpflichtet wissen, wenn sie sich leiten lassen in ihrem militärischem Handeln von ihrem Gewissen, ausgehend von einem ethischen Fundament, damit sie Diener von Frieden und Freiheit

sind und bleiben. In den Einsätzen von heute und in denen, die vielleicht noch fordernd auf sie zukommen.

Liebe Gottesdienstgemeinde!

Schuldig können wir alle werden, auch durch nicht handeln.

Möge Gott, uns Lebende in unseren Entscheiden nicht verlassen, aber auch nicht im Mut, gleich ob als Soldat oder ziviler Bürger unseres Landes.

Hören wir nochmals den Vers aus dem Lesungstext:

„Jeden Morgen weckt er mein Ohr, damit ich auf ihn höre wie ein Jünger. Gott, der Herr, hat mir das Ohr geöffnet.“ (Jes 50,4b)

Verschließen wir es nicht, im Gedenken an alle Opfer von Gewalt, Unrecht, Krieg und Terror, bis hinein in diesen Tag. Hören wir auch

am 70. Jahrestag des soldatischen Widerstandes, hören wir und schauen wir auf das Beispiel aller getöteten Widerstandskämpfer, Christen und Nichtchristen, was sie uns mit ihrem Leben sagen wollten und heute noch sagen können.

Ahmen wir sie nach in unsrem Alltag, an jedem Tag!

Amen! □

## Widerstand im Dritten Reich

# Den geraden Weg gegangen

## Schon vor 1933 warnte Fritz Gerlich vor der Nazi-Herrschaft

VON CARL-H. PIERK

Am 30. Juni 1934 wurde in Dachau Gustav Ritter von Kahr hingerichtet. Er war kein typischer Lagerinsasse dieses Konzentrationslagers: weder war er Kommunist, noch Jude noch Krimineller. Zwischen März 1920 und September 1921 war er Bayerns Ministerpräsident, von September 1923 bis Februar 1924 Generalstaatskommissar, eine Art Diktator. Als erkonservativer Monarchist und Feind der Demokratie verfolgte er damals ähnliche Ziele wie Hitler. Gerne hätte von Kahr mitgeholfen, die junge Weimarer Republik abzuschaffen. Sein Fehler: Er verweigerte Hitler die Unterstützung bei dessen gescheitertem Putschversuch vom 9. November 1923 – was der nicht vergaß.

In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1934, kurz nach Mitternacht, wurde im KZ Dachau auch Fritz Gerlich hingerichtet, auch er weder Kommunist noch Jude oder Krimineller. Er war ein überzeugter Katholik, der in München die Zeitung „Der gerade Weg“ herausgab. Sein Fehler: Er schrieb darin gegen den Nationalsozialismus an. Schon vor Hitlers Macht ergreifung 1933 sagte Fritz Gerlich die Schrecken der Nazi-Herrschaft voraus.

Gerlich und von Kahr – zwei von 21 Gefangenen, die an jenem Tag exekutiert wurden. Sie gehörten zu den ersten Todesopfern im Lager Dachau. An ihnen demonstrierten die Nazis, sehr bald nachdem sie an der Macht

waren, ihre Rachsucht und wie sie künftig mit Oppositionellen und mit allen, die ihnen nicht genehm waren, zu verfahren gedachten. Beim so genannten Röhm-Putsch nutzte Adolf Hitler seine Vergeltungsaktion gegen die SA, die angeblich seinen Sturz geplant hatte, zur Generalabrechnung auch mit anderen ihm gefährlichen Gegnern.

Gerlich, am 15. Februar 1883 in Stettin geboren, kam 1901 zum Studium nach München. Bald hatte er sich durch seine vielseitigen Interessen und Engagements in Wissenschaft und Politik einen Namen gemacht. Neben seiner Tätigkeit als Archivar publizierte er zahlreiche Artikel zu antisozialistischen und völkisch-deutschkonservativen Themen.

Doch wandelt er sich quasi über Nacht von einem Anhänger Hitlers zu einem seiner profiliertesten Feinde. Bis zu seiner Inhaftierung am 9. März 1933 war er Herausgeber der Wochenzeitung „Der gerade Weg“, in der er wie kein anderer Zeitgenosse dem deutschen Volk die wahren Absichten Hitlers und dessen dämonischen Charakter vor Augen führte. Ein bedeutender Mitstreiter Gerlichs war der Kapuzinerpater Ingbert Naab.

Am 13. März 1932, nach dem ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, schrieb er im „Geraden Weg“ in aller Schärfe einen Offenen Brief gegen Hitler: „Herr Hitler, wer hat Sie denn gewählt? Leute mit an-

tirömischem Affekt. Eine gute Zahl verführter Idealisten. Die Masse der Suggestierten. Die wirtschaftlich Zusammenbrechenden. Die Feiglinge, Stellenjäger und zukünftigen Parteibuchbeamten...“

Die Nationalsozialisten kauften die gesamte Auflage auf, aber der Text wurde vielfach nachgedruckt. Innerhalb einer Woche waren Flugblätter mit dem Text des Offenen Briefes in 1,25 Millionen Exemplaren verkauft, die Auflage der Zeitungen, die ihn nachdruckten, wurde auf 20 Millionen geschätzt. Die Ausgabe vom 31. Juli 1932 nahm die Reichstagswahl ins Visier, und Gerlich schrieb einen flammenden Artikel gegen Hitler mit der Überschrift: „Der Nationalsozialismus ist eine Pest“.

Michael Kardinal Faulhaber nahm Gerlich, den er später firmte, vor Kritikern, die seine oft drastische Wortwahl bemängelten, in Schutz und konnte bezeugen: „Der hiesige Klerus ist begeistert, dass endlich auf katholischer Seite ein Mann aufgetreten ist, der den Gegnern die Stange hält, wenn er nicht, wie ihm angedroht wurde, durch Meuchelmord stumm gemacht wird.“

„Der gerade Weg“ wurde nicht nur von den Gegnern des Nationalsozialismus gelesen – auch Adolf Hitler beobachtete sorgfältig das Wirken seines journalistischen Widerparts: Ein Foto zeigt ihn an seinem Schreibtisch im Berliner Hotel Kaiserhof bei der



Lektüre der Ausgabe vom 17. Januar 1932. Und gelesen wurde „Der gerade Weg“ auch in der Familie Ratzinger, wie Papst Benedikt XVI. in dem Gesprächsband „Salz der Erde“ sagt.

1920 war der promovierte Historiker Gerlich, der bis dahin im Bayerischen Staatsarchiv gearbeitet hatte, überraschend Hauptschriftleiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ (Vorgänger der „Süddeutschen Zeitung“) geworden, Süddeutschlands bedeutendster Tageszeitung. Er stand politisch den Nationalliberalen nahe und unterstützte den Bayerischen Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr. Dessen beabsichtigte Rede am 8. November 1923 im Münchner Bürgerbräukeller war in der Redaktion der „Neuesten Münchener Nachrichten“ entstanden. Gerlich war mit im Saal, als Adolf Hitler mit seinen Schüssen die Veranstaltung zum Putsch umfunktionierte. Er erkannte die Gefährlichkeit Hitlers und seiner Bewegung und wurde von diesem Tag an zum erbitterten Gegner der Nationalsozialisten.

Eine andere Kehrtwendung im Leben Gerlichs, dessen Mutter kalvinistisch war, ereignete sich, als Erwein Freiherr von Aretin, ein Redakteur seiner Zeitung, im August 1927 über die stigmatisierte Therese Neumann in Konnersreuth schrieb. Die Bauernmagd Therese Neumann, genannt „Resl von Konnersreuth“, wurde 1898 in Konnersreuth geboren, wo sie 1962 starb. Weltweit bekannt wurde sie durch Stigmata, die sich ab 1926 bei ihr zeigten.

Der Artikel Aretins wurde in 32 Sprachen übersetzt und überall nachgedruckt. Fritz Gerlich aber plagte die Angst, seine Zeitung könnte über etwas berichtet haben, was sich später als Schwindel herausstellen würde. Am 14. September 1927 macht sich Gerlich auf den Weg, um den „Schwindel“ von Konnersreuth aufzudecken. Doch in Konnersreuth kommt alles anders.

Erwein Freiherr von Aretin, mit dem er fünf Tage später sein Erlebnis besprach, schreibt darüber: „Dieser rasche und tiefdringende Verstand hatte wie im Schein eines Blitzes die ernste Wirklichkeit vor sich aufleuchten sehen, neben der die Rea-

lität unseres irdischen Lebens nur wie ein Gleichnis ist, wie der Spiegel, von dem Paulus im Korintherbrief spricht, der gleiche Paulus, der Ähnliches vor Damaskus erlebt haben mochte.“

Immer wieder sucht Gerlich in der Folgezeit die „Resl“ auf und lernt dort die Persönlichkeiten kennen, die seinen weiteren Lebensweg entscheidend beeinflussen und begleiten sollten: den Eichstätter Kapuzinerpater Ingbert Naab, Herausgeber mehrerer katholischer Jugendzeitschriften und den Fürsten Erich von Waldburg zu Zeil. Letzteren überzeugte Gerlich von der Notwendigkeit einer Zeitung, die sich gegen radikale Strömungen von links und rechts und für die Anwendung christlicher Grundsätze im öffentlichen Leben einsetzen sollte.

Zum engeren „Konnersreuther Freundeskreis“ gehörten auch Pater Kosmas, die Äbtissin von St. Walburg, Maria Benedikta von Spiegel, die Eichstätter Hochschulprofessoren Joseph Lechner und Franz Xaver Mayr wie auch Gerlichs späterer Mitarbeiter Johannes Steiner, der später den Verlag „Schnell & Steiner“ mitbegründete. Steiners persönliches Anliegen blieb es Zeit seines Lebens, die Erinnerung an Gerlich und Naab lebendig zu halten und ihr Werk einem größeren Leserkreis zugänglich zu machen.

Gerlich schrieb dazu in einem seiner Bücher über Konnersreuth: „Aus diesen Studien in Konnersreuth ist eine herzliche Freundschaft mit dem Konnersreuther Kreis erwachsen. Das Vertrauen, das man mir schenkte, gab mir die Möglichkeit zu Einblicken, die mir sonst verschlossen geblieben wären. Diese Freundschaft ist aber für mich nicht die Ursache der Ergebnisse meiner Untersuchung gewesen, sondern die wachsenden Ergebnisse der Untersuchung boten mir Grund und Ursache zur Freundschaft. Ich lernte einen Menschenkreis von ungewöhnlicher Wahrheitsliebe und einer Ehrlichkeit und Hingabe im religiösen Leben kennen, der mir steigende Anteilnahme abnötigte. Selbstverständlich wäre die Entstehung dieses Freundschaftsverhältnisses nicht möglich gewesen, wenn ich auf bewusste oder unbewusste Täuschungen gestoßen wäre.“

1928 kommt es an Gerlichs 45. Geburtstag zu einer Auseinandersetzung mit der Verlagsleitung der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die das Ende seiner Tätigkeit bei dieser Zeitung zur Folge hat. Gerlich kehrt zunächst in den Archivdienst zurück. Gleichzeitig erforscht er weiterhin die Phänomene in Konnersreuth. 1929 veröffentlicht er in zwei Bänden seine Ergebnisse, zwei Jahre später folgt „Der Kampf um die Glaubwürdigkeit der Therese Neumann“.

1930 erwirbt er zusammen mit Fürst Waldburg zu Zeil die verschuldete Zeitschrift „Illustrierter Sonntag“, die er in ein politisches Kampfblatt umwandelt. Als wichtigsten Mitarbeiter gewinnt er P. Ingbert Naab, bei dem er zur gleichen Zeit Konvertitenunterricht nimmt. Am 29. September 1931, dem Fest des Erzengels Michael, konvertiert er in der Eichstätter Kapuzinerkirche zum katholischen Glauben. Gerlich und seine Frau, mit der er nur standesamtlich verheiratet war, lassen sich kirchlich trauen. Gerlich nimmt den zweiten Namen Michael an.

Erich von Waldburg zu Zeil war nach dem Zweiten Weltkrieg Verleger der von Johann Wilhelm Naumann 1946 gegründeten Zeitschrift der „Abendländischen Akademie“, „Das Neue Abendland“ („Die kompromisslos-christliche Monatsschrift für Politik, Kultur und Geschichte“). Auch Naumann, 1948 Gründungsverleger der heutigen katholischen Tageszeitung „Die Tagespost“, stand den Nationalsozialisten im Weg. Nach der Machtergreifung 1933 wurde er mit einem Berufsverbot belegt, verlor seine existenzielle Grundlage und musste „untertauchen“.

Zum Jahreswechsel 1931/32 ändert Gerlich den Namen der Zeitschrift „Illustrierter Sonntag“. Den neuen Titel „Der gerade Weg“ kommentiert Ingbert Naab: „In unserem Kampf für die Wahrheit haben wir das Beispiel der Propheten vor Augen. Ihre Aufgabe war es, in Zeiten größter Katastrophen sich mit unbeugsamem Mut vor Land und Volk hinzustellen... Die Propheten laufen nie mit der Mehrheit. Sie bekommen im Gegenteil das Geschick der Verein-

samung furchtbar bitter zu spüren... Die Propheten aber müssen den geraden Weg weitergehen ohne Rücksicht auf Zustimmung oder Ablehnung..."

„Der gerade Weg“ – Gerlich drückt mit diesem Namen eine innere Haltung aus, die er in der ersten Ausgabe vom 3. Januar 1932 programmatisch so umreißt: „In unserem Kampf für die Wahrheit haben wir das Beispiel der Propheten vor Augen. Ihre Aufgabe war es, in Zeiten größter Katastrophen sich mit unbeugsamem Mut vor Land und Volk hinzustellen, eine ‘eherne Säule’ und ‘eiserne Mauer’ zu sein. Die Propheten laufen nie mit der Mehrheit. Sie bekommen im Gegenteil das Geschick der Vereinsamung furchtbar zu spüren. Die einen sind gegen sie, weil sie ihnen höchst unangenehme Dinge sagen müssen, die anderen, weil ihnen ihre Sprache zu scharf dünkt. [...] Wahrheit ist nicht das Ergebnis von Mehrheitsabstimmungen. Und andere geben den Propheten zwar innerlich recht, aber sie wagen es nicht, offen auf ihre Seite zu treten oder sie gar zu verteidigen, weil sie fürchten, sich ‘zu sehr zu exponieren’. Und die ganz Schlawen ziehen es vor, den Ausgang abzuwarten und dann zu entscheiden. Von der mutigen Seite sind sie nicht, weil sie nur Siegesfeste feiern wollen. Die Propheten aber müssen den geraden Weg weitergehen ohne Rücksicht auf Zustimmung oder Ablehnung.“ Zitat nach Dallera/Brandmair: „Tödliche Schlagzeilen. Fritz Michael Gerlich, ein Journalist gegen Hitler“. München 2008, Seite 83f.

Fritz Gerlich und Ingbert Naab gehen diesen Weg unerschrocken. In zahlreichen Leitartikeln nennt Gerlich den Nationalsozialismus eine „Pest“ und die Nazis „Hetzer, Verbrecher und Geistesverwirrte“. Der Nationalsozialismus bedeute „Feindschaft mit den benachbarten Nationen, Gewaltherrschaft im Inneren, Bürgerkrieg, Völkerkrieg...“ Hitler ist für ihn ein „Bankrotteur“ und er sieht in scharfsichtigen, klar durchdachten Analysen den „Konkurs des Dritten Reiches“ voraus. Auf einer Satire-Seite macht sich Gerlich über die Propagandamaschinerie der Nazis lustig. Die Karikatur zeigt Hitler mit erhobenem Arm vor einer Schafherde, der Text darunter entlarvt den

„Führer“ als Irren. „Adolf merkte gar nicht, vor welcher Menge er sprach!“

Als Hitler 1933 die Macht ergreift, sind die Tage des „Geraden Wegs“ gezählt. Am 9. März, dem Tag, an dem in Bayern Ministerpräsident Held abgesetzt wird und Hitlers Reichskommissar von Epp die Regierung übernimmt, stürmen gegen Abend SA-Männer die Redaktion des „Geraden Wegs“ im Hause Hofstatt 5 der Manzschen Verlagsanstalt. Dort befand sich auch die Redaktion der Katholischen Kirchenzeitung. Sie laden alles geschriebene und gedruckte Material auf Lastwagen, verhaften Fritz Gerlich.

Schweizer Zeitungen wie die „Ostschweiz“ und „Vaterland“ berichteten über Gerlichs Verhaftung. Unter dem Titel „Gerlichs Martyrium“ ist zu lesen, wie die SA-Leute gegen den wehrlosen Publizisten vorgehen. Das „Vaterland“ war eine katholische Luzerner Tageszeitung, welche von 1871 bis 1991 erschien. Es fusionierte mit dem liberalen „Luzerner Tagblatt“ zur „Luzerner Zeitung“. Hier ein Auszug:

„Schreibtische, deren Schlüssel nicht zur Hand waren, wurden erbrochen oder mit den Stiefeln eingetreten, die Kartotheken in Papierkörbe geschüttet, durcheinander gerührt und der Inhalt wurde ebenfalls auf die Lastautos gebracht. Nach etwa einer Stunde konnte Dr. Gerlich in einem etwas abgelegenen Zimmer, das keine direkte Verbindung mit den übrigen Räumen hat, gefunden werden. Nun begannen grauenvolle Szenen. Ein SA-Mann rief den Führern: Jetzt ham’er die Sau, ich hab’ ihm gleich eine ins Gesicht geschmiert, dass ihm die Sauce abagronnen ist.“ Zwei eintretenden Herren bot sich ein schrecklicher Anblick. Dr. Gerlich lag mit blutüberströmtem Gesicht, ein Auge scheinbar durch einen Faustschlag geschlossen, in seinem Schreibtischsessel, offenbar nur halb bei Bewußtsein. [...] S.A.-Leute zündeten sich auf dem Schreibtisch liegende Zigaretten an, worauf ein ekel-erregendes Schauspiel anhub. Einzelne kamen herbei mit Rufen wie „ich will ihn auch sehen, die Sau“ und verhöhnten den Wundgeschlagenen. Darauf wurde Dr. Gerlich in einen dunklen Raum gebracht, wo

die Mißhandlungen erneut begannen. Man hörte Schläge, die von schweren Büchern zu stammen schienen. Hernach wurde auch eine andere, in der Verlagsleitung tätige Persönlichkeit mißhandelt und eine weitere, die Major a.D. und Kampfflieger ist, durch einen Faustschlag derart verletzt, daß man zuerst glaubte, ein Auge sei verloren. Dr. Gerlich verbrachte man dann per Auto in das Polizeipräsidium. Seither fehlt von ihm wie seitens anderer „Schutzhäftlinge“ sozusagen jede Spur. Gerüchte wollen nicht verkümmern, er sei beim Verhör, das zwei Stunden dauerte, nochmals aufs schwerste mißhandelt worden. Zu den Schutzhäftlingen hat niemand Zutritt. Selbst nicht ein Rechtsbeistand, weil der Schutzhäftling, dem Wesen der Schutzhaft entsprechend, keinen Anwalt braucht. [...]“. Dieser Zeitungsbericht findet sich im Kardinal-Faulhaber-Archiv, Erzbischöfliches Archiv München.

Fritz Michael Gerlich wird in das Münchener Polizeigefängnis in der Ettstraße gebracht, wo er mehr als ein Jahr in Haft bleibt, bis zum 30. Juni 1934. Gegen Mitternacht holen ihn zwei Männer in Zivil und bringen ihn im Auto ins KZ Dachau, wo ihn ein SS-Mann kurz nach seiner Ankunft in einer Zelle erschießt. Die Ermordung des Münchner Publizisten jährt sich in diesem Jahr zum 80. Mal.

**O**bwohl ein Hauptgegner der Nazis, ist Gerlich bis vor wenigen Jahren fast völlig in Vergessenheit geraten. Doch, wer sich einmal mit seiner Geschichte beschäftigt, den lässt sein Schicksal nicht mehr los. Der Speyerer Historiker Rudolf Morsey, der Gerlichs Nachlass wissenschaftlich aufgearbeitet hat, zählt ihn zu den prophetischen Gestalten des bis heute zu wenig beachteten frühen Widerstands gegen den Totalitarismus. Auch wenn zum 70-jährigen Gedenken an den 20. Juli 1944 wieder die Verschwörer um den Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Mittelpunkt standen, ist es höchste Zeit, Gerlich der Vergessenheit zu entreißen.

Es gibt hoffnungsvolle Anzeichen. „Fritz Gerlich: Publizist – NS-Gegner – Katholik. Eine Annäherung“ lautete der Titel eines Podiumsgesprächs, das

im Rahmen des 99. Deutschen Katholikentags an der Universität Regensburg stattfand. Bereits im Mai hatte der Regensburger Bischof Dr. Rudolf Voderholzer in der Regensburger Pfarrkirche Herz Marien eine Fritz-Gerlich-Ausstellung eröffnet. Neben grundlegenden Informationen zu Gerlichs Vita ermöglichte die breit gefächerte Sammlung mit vielen Textauszügen und Nachdrucken einen Blick in Gerlichs publizistisches Wirken gegen das nationalsozialistische Regime noch weit vor der Machtübernahme 1933. Auch während des 99. Katholikentages war die Ausstellung an allen Tagen zugänglich. An Christi Himmelfahrt gab es einen weiteren Höhepunkt zu Fritz Gerlich: Unter dem Titel „Fritz Gerlich: Publizist – NS-Gegner – Katholik“ sprachen auf dem Podium der Regisseur des Dokumentarfilms über Gerlich „Auf der Suche nach der Wahrheit“, Juri Köster, sowie Jan Christoph Gerlich (Großneffe Fritz Gerlichs) und Bischof Voderholzer an der Regensburger Universität. Bischof Voderholzer, der sich seit vielen Jahren mit Gerlich beschäftigt, berichtete davon, wie

er selbst 1993, anlässlich der Feiern zur Erinnerung an die Verhaftung des Publizisten 60 Jahre zuvor, „zutiefst erregt und erschüttert“ den Zugang zu dem Thema Fritz Gerlichs gefunden habe. Gleich im folgenden Jahr habe er eine kleine Broschüre dazu herausgegeben. Er nannte den Journalisten einen „Menschen mit Ecken und Kanten“, der aber konsequent die Wahrheit gesucht habe.

Überregionale Bekanntheit schließlich erlangte Fritz Gerlich auf dem Filmfest München. Am 30. Juni vergab die Tellux-Produktionsgesellschaft zusammen mit der Erzdiözese München und Freising den diesjährigen Fritz-Gerlich-Filmpreis. Der Preis wurde zum dritten Mal im Rahmen des Filmfests München vergeben. Die stellvertretende bayerische Ministerpräsidentin und Medienministerin Ilse Aigner überreichte den Preis an einen Filmschaffenden, der sich wie der Namensgeber entschlossen für die Menschenwürde einsetzt und konsequent gegen Verfolgung, Ausgrenzung und Erniedrigung eintritt. Der Preisverleihung ging ein Gedenkgottesdienst in St. Bonifaz mit Erzbischof

Reinhard Kardinal Marx voraus. In St. Bonifaz fand 1934 auch das Requiem für Fritz Gerlich statt.

Fritz Gerlich, er ist nicht vergessen. „Sein Lebenszeugnis kann uns ermutigen, uns frei und offen zu äußern, Position zu beziehen – auch wenn das nicht zeitgemäß sein sollte. Bequem war und ist das nicht“, sagte der Erzbischof von München und Freising, Reinhard Kardinal Marx, in dem Gedenkgottesdienst. Für Gerlich sei klar gewesen, dass Lüge, Hass, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Gewalt gegen Menschen und Mord mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar seien. Moralische Grundpositionen, die in die heutige Zeit hineinreichen. □

#### *Hinweis:*

Im Internet kann man unter [http://www.eo-bamberg.de/eob/dcms/sites/gerlich/forschung/gerader\\_weg/index.html](http://www.eo-bamberg.de/eob/dcms/sites/gerlich/forschung/gerader_weg/index.html) Ausgaben der Zeitung „Der gerade Weg“ im PDF-Format herunterladen. Die PDF-Dateien können allerdings eine erhebliche Größe haben und der Download kann daher einige Zeit in Anspruch nehmen.

## Widerstand im Dritten Reich

# Vom Anderen zu lernen bereit sein Auf dem früheren Gutsgelände der Moltkes in Kreisau treffen sich Jugendliche aus aller Welt

VON CARL-H. PIERK

Die gut ausgebaute, von Bäumen umsäumte Landstraße ins nahe Gebirge ist kaum befahren. Wohlbestellte Felder dehnen sich beiderseits der Straße, soweit das Auge reicht. Bald steigt aus der einförmigen Landschaft die Kuppe eines Bergstocks auf: der zum Wahrzeichen Schlesiens gewordene vielbesungene Zobten. Dann taucht schon der Turm der Schweidnitzer Stadtpfarrkirche auf, mit seiner mehrfach durchbrochenen spitzen Haube an den Turm des Breslauer Rathauses erinnernd und ihn übertreffend, der höchste Kirchturm Schlesiens. Die Fahrt geht weiter Richtung

Reichenbach am Fuße des Eulengebirges, man biegt nach wenigen Kilometern von ihr ab und steht kurze Zeit später vor der Einfahrt zu einem großen Gutshof, dem früheren Besitz der Familie Moltke. Mit den verstreut liegenden kleineren Anwesen bildet er die Ortschaft Kreisau, fünfzig Kilometer südwestlich von Breslau gelegen. Kreisau, ein kleines Dorf in Niederschlesien, polnisch Krzyzowa genannt. Das Dorf ist durch die Widerstandsgruppe um Helmut James von Moltke auf dem örtlichen Gut Kreisau in die Landkarte der deutschen Geschichte eingetragen worden.

Helmut James von Moltke übernimmt das elterliche Gut in einer schwierigen Phase, einer Dauerkrise der ostelbischen Landwirtschaft. Es gelingt ihm, das Gut zu sanieren und die Familie zum Umzug aus dem Schloss in das kleinere Berghaus zu bewegen. 1931 zieht hier seine frisch vermählte Frau, Freya von Moltke ein, die bemerkte: „So etwas wie diesen riesigen rechteckigen Gutshof, eingerahmt von großzügigen schönen Gebäuden, Stallungen und Scheunen mit roten Ziegeldächern, hatte ich im Westen Deutschlands noch nie gesehen“. In den Jahren von 1942 bis 1943 trifft



sich in diesem Haus eine Gruppe von Gegnern des Naziregimes, die sich um Helmuth James von Moltke und Peter Graf York von Wartenburg zu einem festen Zirkel zusammenschließen. Trotz unterschiedlicher sozialer, religiöser und politischer Auffassungen gelingt es ihnen, einen gemeinsamen Plan für einen demokratischen Neubeginn in Deutschland nach dem Ende des Naziregimes zu entwerfen.

Nach dem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 geraten die Mitglieder des „Kreisauer Kreises“ in den Blickpunkt der Gestapo. Ihre Strukturen werden zerschlagen und zahlreiche Mitglieder der Widerstandsgruppe hingerichtet, darunter auch der Gutsbesitzer von Kreisau am 23. Januar 1945 in Berlin Plötzensee. Seine Witwe, Freya von Moltke, bleibt allein mit zwei Kindern auf dem Gut zurück und wartet auf das Ende des Krieges. Im Chaos der Flucht und Vertreibung wird sie von englischen Freunden gerettet und verlässt im Oktober 1945 Kreisau, das sie erst dreißig Jahre später wieder betreten soll.

Nach dem Krieg wird das Gut in einen polnischen Staatsbetrieb umgewandelt, verfällt zusehends, und gerät im Gedächtnis der deutschen und polnischen Bevölkerung weitgehend in Vergessenheit. Erst mit den politischen Veränderungen der achtziger Jahre beginnt das Interesse an Kreisau und dem Vermächtnis der hier versammelten Menschen zu wachsen. Auf einer Tagung des polnischen „Clubs der Katholischen Intelligenz“ in Breslau wird die Idee geboren, auf dem Gut in Kreisau eine internationale Begegnungsstätte einzurichten.

Durch die Wende von 1989 erhält diese Idee neuen Schwung. Während am 9. November 1989 in Berlin die Mauer geöffnet wird, befindet sich der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl auf einem Besuch in Polen. Gemeinsam mit dem polnischen Regierungschef Tadeusz Mazowiecki entschließt er sich spontan zu einer Versöhnungsmesse in Kreisau, mit der das Gut für einen Moment ins Licht der Weltöffentlichkeit gerückt wird. Zelebriert wird der Gottesdienst vom Oppelner Erzbischof Alfons Nossol. Beim liturgischen Friedensgruß umarmen sich die Regierungschefs – ein Sinnbild der Völkerverständigung wie zuvor der

Händedruck Kohls und Mitterrands in Verdun. In den folgenden Jahren wird eine Internationale Bildungsstätte der Stiftung Kreisau auf dem Gut der Familie von Moltke errichtet, die im Jahr 1998 in Anwesenheit der polnischen und deutschen Regierungschefs eröffnet wird. Seither treffen hier überwiegend junge Menschen zusammen, um über Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen oder des Widerstandes zu beraten. Freya von Moltke unterstützte von Anfang an das Projekt. 2004 gab sie ihren Namen der „Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau“ mit Sitz in Berlin. Diese ist darum bemüht, die Begegnungsstätte in Krzyzowa/Kreisau langfristig zu erhalten. Schirmherr der Stiftung ist Bundespräsident Joachim Gauck.

Gelegentlich kehrte Freya von Moltke (im Alter von 99 Jahren am 1. Januar 2010 in Norwich, Vermont, USA, gestorben) auf das Gut ihres Mannes Helmuth James von Moltke zurück: „Die Begegnungsstätte dient dem Gedenken an den ganzen Kreisauer Kreis, nicht nur an Helmuth. Mein privates Kreisau ist mit meinem Mann gestorben.“

Auf dem früheren Gutsgelände der Moltkes wird heute eine Begegnungs- und Tagungsstätte betrieben, ausgestattet mit 177 Plätzen im Jugendherbergs- und Hotelstandard sowie Räumen für verschiedene Veranstaltungsformen, Plenar- und Kleingruppen, Übersetzungsanlage und Werkstätten für künstlerisches Arbeiten. Derzeit finden jährlich etwa hundert Veranstaltungen statt, an denen etwa 10.000 junge Menschen aus Polen, Deutsch-

land und anderen Ländern Europas und der Welt teilnehmen. Im Kreisauer Schloss und im auf einer Anhöhe gelegenen Berghaus wurde eine Gedenkstätte für den europäischen Widerstand eingerichtet. Das Berghaus ist in die Geschichte des Widerstandes gegen die Hitler-Diktatur eingegangen als der Ort, an dem Helmuth James von Moltke, Peter Yorck von Wartenburg, Julius Leber, Adolf Reichwein, Adam von Trott zu Solz und ihre Gefährten zusammenkamen, um sich über ein demokratisches, sozial gerechtes Deutschland auszutauschen. Heute bietet das Berghaus Platz für eine Ausstellung über die nach dem Attentat auf Adolf Hitler vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilten und hingerichteten Mitglieder des Kreisauer Kreises und ihre Ziele. Im Schloss informiert eine Dauerausstellung über den Kreisauer Kreis und ausgewählte Menschen und Gruppen der mittel- und osteuropäischen Dissidenten- und Bürgerbewegung. Weitere Gebäude tragen in Erinnerung an ihre einstigen Funktionen die Namen „Pferdestall“ und „Kuhstall“, auch wenn der gute Duft von einst der ungetrübten Wald- und Landluft gewichen ist. „Kreisau ist ein europäischer Ort, der Brücken baut: Brücken zwischen Vergangenheit und Gegenwart, zwischen Kulturen, Sprachen, Geschichten und Menschen“, heißt es auf der Internetseite der Freya von Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau. Und so erfüllen jeden Sommer Jugendliche bei künstlerischen Begegnungen und Gesprächsrunden die Ideen des Kreisauer Kreises mit neuem Leben. □

#### Kurznachrichten

### Großtreffen katholischer Jugendlicher 2017 in Indonesien

**I**ndonesien wird 2017 Austragungsort für den VII. Asiatischen Jugendtag, ein Großtreffen junger Katholiken im asiatischen Raum. Das kündigte der indische Kardinal und Vorsitzende der Föderation Asiatischer Bischofskonferenzen Oswald Gracias am Sonntag zum Abschluss des VI. Asiatischen Jugendtags in Südkorea an. Indonesien ist das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung weltweit. Von seinen rund 253 Millionen Einwohnern gehören gut 87 Prozent dem Islam an. Katholiken stellen nach vatikanischen Angaben eine Minderheit von 3 Prozent. □

(KNA)

## Erster Weltkrieg

# Das kollektive Trauma des I. Weltkrieges

## Ein Beitrag zur historisch-politischen Bildung

VON ANDREAS RAUCH

Im Juli 1914 begann in Europa ein Krieg, der sich zur Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts entwickeln sollte – der Erste Weltkrieg. Aus heutiger Sicht müssen wir sagen, dass damals mehrere Konfliktschichten zusammentrafen. Seitdem Reichskanzler Otto von Bismarck abgetreten war, wurde unter Kaiser Wilhelm II. jedwede Bündnispolitik und ein multilaterales Zusammengehen mit anderen Staaten sträflich vernachlässigt. 1914 war der im Prinzip mit zwei offenen Flanken ausgestatteten Mittelmacht Deutschland nur der Bündnispartner Österreich-Ungarn geblieben. Als der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajewo vom serbischen Nationalisten Gavrilo Principe ermordet wurde, bedeutete dies nicht automatisch Krieg, schon gar einen Weltkrieg. Zunächst einmal war Wien zum politischen Handeln gefordert, nicht Berlin.

### Deutscher Nationalismus und Militarismus

Aber es muss auch gesehen werden, dass der Nationalismus stark ausgeprägt war, mitunter sogar mit einem göttlichen Sendungsbewusstsein verknüpft wurde. Deutscher Patriotismus und Nationalismus gingen mit einem Militarismus einher, von der die gesamte wilhelminische Gesellschaft geprägt wurde. Für den Kaiser, der bis zu sechs Mal am Tag die Uniform wechselte, war nahezu jeder Tag „Maskenball“ und viele in der wilhelminischen Gesellschaft taten es ihm gleich. Mit dieser Wertschätzung von Äußerlichkeiten wird deutlich, dass der deutsche Kaiser Wilhelm II. eigentlich ein schwacher Herrscher war – ebenso wie sein Cousin Zar Nikolaus II. von Russland.

Diese Schwäche Kaiser Wilhelms II. liegt auch in der Verkrüppelung seines linken Arms begründet, der durch einen Fehler bei seiner Geburt verursacht war. Diese Armbehinderung versuchte Wilhelm II. Zeit seines

Lebens zu kaschieren. Diese Behinderung ist wohl ursächlich für seine charakterlichen Schwächen wie etwa seiner Wankelmütigkeit. So versucht Wilhelm II. seinen Cousin Nikolaus II. in einem Schreiben zum Frieden anzustiften. Doch zeigt sich Kaiser Wilhelm II. als Oberbefehlshaber der Streitkräfte nicht entschlossen, den Krieg zu verhindern und für Frieden einzutreten; vielmehr liefert er verbale Munition dahin gehend, Kriegsgegner als Vaterlandsverräter zu beschimpfen. Und auch Zar Nikolaus II. zeigte sich zunächst vom Schreiben des deutschen Kaisers und Verwandten beeindruckt und in dessen Folge verweigerte er auch den Befehl der Generalmobilmachung, doch fällt er einen Tag später in einem Gespräch mit seinem Außenminister schon wieder in seiner politischen Haltung um, gibt dem politischen Begehren des Außenministers für den Krieg nach und ordnet die Generalmobilmachung der russischen Streitkräfte an. Im Grunde wollte Zar Nikolaus II. nur in Ruhe und Frieden im Kreise seiner Familie leben; mit den politischen Aufgaben als Zar war er eigentlich überfordert. Und auch Kaiser Wilhelm II. wäre – trotz seiner Schwächen – wohl als ein guter Kaiser in die Geschichtsbücher eingegangen, hätte er sich 1914 als nicht so wankelmütig gezeigt und wäre der I. Weltkrieg nicht in jener blutigen Materialschlacht geendet, von der wir heute wissen.

Obgleich das deutsche Kaiserhaus mit dem englischen Königshaus und dem russischen Zarenhof eng verwandt waren, gab es viele anti-englische und anti-russische Ressentiments, die durch Wilhelms Flottenpolitik beflügelt wurden. Es wurden also nicht erst im Jahr 1914 gravierende politische Fehler gemacht, sondern im Prinzip seit 1890 mit der Abberufung von Bismarck als Reichskanzler. Dieser Fehler bestand zuvörderst darin, dass die verwandtschaftlichen Beziehungen des deutschen Kaiser-

hauses nicht für eine Bündnispolitik des Deutschen Reiches genutzt wurden. Friedensanstrengungen in Europa waren um 1900 in einer Periode des Nationalismus und des Militarismus einfach nicht angesagt.

### Wirtschaftlicher Aufschwung und Gründerzeit

Vielmehr schienen der wirtschaftliche Aufschwung und die damit einher gehende Gründerzeit es herzugeben, auf eine Bündnispolitik verzichten zu können. Der zweite politische Fehler, der damit einher geht, war die starke Militarisierung der Gesellschaft. Der deutsch-französische Politikwissenschaftler Alfred Grosser hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des Beginn des I. Weltkrieges vor einhundert Jahren herausgestellt, dass dieser gesellschaftliche Militarismus im Deutschen Kaiserreich mit ursächlich für diese „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts war. Denn dadurch trat insgesamt eine gesellschaftliche und weltpolitische Fehlwahrnehmung ein, die aufgrund nationalistischer Selbstherrlichkeit völlig aus dem Blick verlor, dass die Mittelmacht Deutschland auf mehrere Bündnispartner militärisch und politisch angewiesen ist. So ist Deutschland – bis heute – auf Rohstoffimporte und auf die Absatzmärkte außerhalb der deutschen Staatsgrenzen angewiesen.

Deutschland durchlief Jahre wirtschaftlichen Booms, eben die bereits erwähnten Gründerjahre, die etwa mit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 begann und bis zu Beginn des I. Weltkrieges fort dauerten. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Architektur wieder: beispielhaft seien die Gründerzeitbauten auf dem militärischen Teil des Köln-Bonner Flughafens in Köln-Wahn genannt; auch das Katholische Militärdekanat in Köln-Wahn ist in einem schönen Gebäude aus dieser Zeitperiode untergebracht.

Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung sicherte eine Teilhabe der Arbeiterschicht am Wohlstand, es kam zu vielen erfolgreichen Existenzgründungen und einer insgesamt boomenden Wirtschaft, etwa im Kohle- und Stahlsektor. Viele Unternehmen – wie etwa die Unternehmerfamilien Krupp in Duisburg und Essen sowie Voith in Heidenheim an der Brenz – sahen sich veranlasst, Steinbauten für ihre Arbeiter und Angestellten zu bauen oder zumindest zu fördern. Im Ruhrgebiet entstanden sie so genannten „Zechenhäuschen“ oder Bergmannssiedlungen. Unternehmensgewinne wurden auch in Sozial- und Gesundheitseinrichtungen investiert, da die Unternehmen erkannten, dass Investitionen in die Gesundheit der Arbeiter im Prinzip Unternehmensinvestitionen darstellen. Überhaupt war die Gründerzeit eine Epoche, in der deutsche Unternehmer viel für ihre Arbeiter taten – wohl auch in Sorge darum, sie entweder zu verlieren oder eben einen Aufstand durch eine der neuen Gewerkschaften zu riskieren.

### Kulturelle Blüte Deutschlands um 1900

In diesem Zusammenhang sind auch die Förderung kultureller Projekte, etwa neuer Museen wie etwa auf der Berliner Museumsinsel, und ein großes Kirchenbauprogramm, und zwar sowohl von der römisch-katholischen Kirche wie von den evangelischen Religionsgemeinschaften, zu nennen. Diese Kirchenbauprogramme wurden auch durch das deutsche Kaiserhaus gefördert, nicht zuletzt durch die Unterstützung von kirchlichen Bauten in Jerusalem. Deutschland stand hier übrigens nicht alleine da. Auch das russische Kaiserhaus und der russische Adel förderten den Bau von russisch-orthodoxen Kirchen, etwa in Deutschland, aber auch im Heiligen Land.

Leider verleitete der sichtbare, wirtschaftliche Wohlstand viele Deutsche zu Hochmut und Überheblichkeit, gerade auch bei vielen jungen Männern, die mit einer militärisch denkenden Gesellschaft aufgewachsen war. Das hatte zur Folge, dass auch kulturell und künstlerisch interessierte Männer, die eigentlich nichts mit dem deutschen Militär zu tun hat-

ten, sich von ihm angezogen fühlten und sich 1914 als Freiwillige zum Kriegseinsatz meldeten. Hierzu gehörte auch der Bielefelder Künstler Hermann Stenner. Der Künstler Stenner war wie Franz Marc oder August Macke vom französischen Impressionismus und Expressionismus geprägt. Umso mehr verwundern heute die anti-französischen Gefühle Stenners, der in seinen Briefen Formulierungen bringt wie „jetzt wollen wir den Franzos einmal richtig verdreschen“ oder „wir wollen dem Franzmann eins drauf geben“. Sicherlich gab es tiefe anti-französische Gefühle in Deutschland, die durch die aggressive Expansionspolitik der französischen Könige, die bestrebt waren, die Grenzen Frankreichs an den Rhein zu verlegen, ausgelöst worden waren. Und auch die Napoleonischen Kriege blieben im kollektiven Gedächtnis der Deutschen unvergessen, weshalb es eben auch zum deutsch-französischen Krieg 1870/71 kam, der jedoch auch insinuierte, dass eigentlich seither das deutsch-französische Verhältnis in ruhigere Fahrwasser gekommen sei. Doch dem war nicht so – nicht nur in der Wahrnehmung Stenners, sondern auch in der Wahrnehmung vieler Deutschen.

1909 war der achtzehnjährige Stenner in Hamburg zu Besuch, wobei dem ländlich geprägten Stenner die Großstadt Hamburg faszinierte. Vor allem die Elbe mit seinen großen Lagerhäusern, den gigantischen Kränen und beeindruckenden Schiffen hatten es ihm wohl angetan, waren sie doch zugleich Ausdruck des wirtschaftlichen Wohlstandes und des technischen Fortschrittes in Deutschland. Wie Macke und Marc gehörte Stenner zu jenen Kriegsbegeisterten, die sich freiwillig zum Kriegseinsatz meldeten. Wohl alle Soldaten glaubten an die Worte des Kaisers, dass sie Weihnachten 1914 wieder zuhause sein werden. Doch viele kehrten nie wieder nach Hause zurück; einige wenige erlebten noch vier schreckliche Kriegswinter. Unglücklicherweise befand sich Stenner in den 18 Monaten vor seinem Kriegseinsatz gerade zu in einem künstlerischen Schaffensrausch – so wie Marc und Macke auch. Sein Ölbild „Hamburg an der Alster“ gehört zu seinen frühen Ar-

beiten, doch konnte er es trotz seiner jungen Lebensjahre in der reichen Münchener Gesellschaft verkaufen. Stenner starb 1915 auf dem Schlachtfeld. Adolf Hitler war zeitgleich ein einfacher Soldat wie er, sodass Stenner von einer „braunen Gefahr“ nichts wissen konnte. Trotzdem verweisen die Brauntöne in seinem Oeuvre, so auch im Ölbild „Hamburg an der Alster“, auf nahendes Unheil.

### Kollektive Traumata

Für uns Nachgeborenen ist es selbstverständlich leicht, in der Rückschau mit Schrecken auf die Anfänge des I. Weltkrieges zu blicken. Doch wir müssen uns in die Lage der damaligen Deutschen und Europäer versetzen und dürfen die damalige weltpolitische Lage nicht mit unseren heutigen Wertvorstellungen beurteilen. Damals war „Krieg als Mittel“ der Politik erlaubt; es gab Bündnissysteme, wie etwa die „Heilige Allianz“ oder das Bismarcksche Bündnissystem, aber es gab keine durchgehende Akzeptanz für ein allgemein gültiges Völkerrecht, so wie es Immanuel Kant in seinem Traktat „Vom ewigen Frieden“ es einforderte.

Erst nach den schrecklichen Stellungskriegen und Materialschlachten des I. Weltkrieges setzte sich der Erkenntnis durch, dass es angesichts kollektiver Traumata nachhaltiger Veränderungen bedarf, sowohl politisch wie gesellschaftlich gesehen. Auf dem Gebiet der Internationalen Beziehungen wurde der Völkerbund in Genf gegründet, der allerdings zu schwach dahingehend ausgelegt war, als es ihm an ausreichend Sanktionsmitteln fehlte. In der Folge des II. Weltkrieges, der deutlich machte, dass es nie mehr zu Angriffskriegen in der internationalen Gemeinschaft kommen dürfe, wurden die Vereinten Nationen in Genf und New York gegründet, die zugleich mit der Atlantik-Charta und der UN-Menschenrechtserklärung verbindliche Rechtsvorgaben enthielt sowie mit dem UN-Sicherheitsrat ein Sanktionsgremium mit nachhaltiger Wirkung hatte.

Auf der nationalen, deutschen Ebene wurde in Berlin 1920 das Otto-Suhr-Institut geschaffen, welches Politikwissenschaft als Studiengang erstmals in Deutschland anbot, nachdem



ein Jahr zuvor Max Weber seine berühmte Rede über „Politik als Beruf“ abgehalten hat. Mit der Politikwissenschaft wurde auch die Soziologie als Wissenschaftsfach an deutschen Universitäten begründet, wobei die entscheidenden Impulse aus Frankreich wie etwa durch Emile Durkheim kamen. Dabei sei gesagt, dass die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts wissenschaftliche Aktivitäten dahin gehend freisetzte, dass verstärkt politische und gesellschaftliche Analysen betrieben wurden, um vergleichbare Katastrophen nicht erst aufkeimen zu lassen. Leider blieb die Weimarer Republik mit ihrer Dauer von gut einer Dekade und ihren großen wirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Problemlagen zu kurz, um der Katastrophe des braunen Terrors in Deutschland und dem Ausbruch des II. Weltkrieges etwas nachhaltig entgegen setzen zu können.

Aber auch das Verhalten von Kaiser Wilhelm II. und seiner Familie, die Frage nach dem Umgang mit Kriegsversehrten, mit Familien, die ihren Vater und Ernährer verloren hatten und schließlich der Umgang mit den verschiedenen Gruppierungen einer Gesellschaft ließen Fragen nach den inneren und äußeren Bedingungen menschlichen Verhaltens aufkommen, auch hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Gesellschaft. Deshalb entstanden innerhalb der neuen Wissenschaftsdisziplin Psychologie die Fächer Sozialpsychologie und Politische Psychologie. Auch innerhalb der deutschen Streitkräfte haben mit dem Einsatz von Wehrpsychologen psychologische Überlegungen – bis

zu einer psychologischen Kriegsführung in der Wahrnehmung eines Franz Josef Strauß – so auch an den Universitäten der Bundeswehr, den Bundeswehrakademien und der Inneren Führung, ihren festen Platz innerhalb der Bundeswehr. Der Begriff des „Traumata“ entstammt der Psychologie und bedeutet in einem Freudschen Sinne, dass wir heute gewisse Handlungen vornehmen, die latent in uns, also unbewusst, vorhanden sind; es gilt, diese latente Vorgänge in uns bewusst zu machen und zu verarbeiten. Hierzu kann historisch-politische Bildung eine Arbeit leisten.

#### Von der Notwendigkeit historisch-politischer Bildung

**W**ir können heute sagen, dass das deutsche Volk und alle europäischen Gesellschaften durch den I. Weltkrieg und seine Folgen ein kollektives Trauma erlitten. Beispielsweise sei das Thema Kriegsangehörigen genannt. Aus nationaler Verbundenheit investierten viele deutsche Familien mitunter ihr gesamtes Vermögen in Kriegsangehörigen, und standen nach dem verlorenen I. Weltkrieg mit nichts da.

Hinzu tritt der Verlust von Familienmitgliedern, oftmals den Vätern, der Verlust von Eltern- und Wohnhäusern durch Kriegszerstörung, der Verlust von Land und Vermögen, der Verlust von politischem Einfluss und gesellschaftlichem Ansehen; alle diese Tatsachen verursachen Traumata, an denen sich nachfolgende Generationen abarbeiten. Zudem ließ der Erste Weltkrieg unzählige verkrüppelte Soldaten und Zivilisten zurück, die

oft über viele oder gar ihr restliches Leben nicht mehr arbeitsfähig waren. Für römisch-katholische Männer, die Priester werden wollten, bedeutete dies zudem das Ende ihrer geistlichen Berufung. Den für die katholische Kirche bestand eine zentrale Voraussetzung für die Weihe zum Priester ein unversehrter Körper, eine Einstellung, die sich erst allmählich ändern sollte.

Wenn im Jahr 2014 und in den folgenden Jahren des I. Weltkrieges gedacht wird, so ist damit auch noch immer ein Stück Trauerarbeit verbunden, auch wenn die meisten, die damals zu Tode gekommenen sind, wir nicht mehr persönlich kennen. Trauer meint hier auch Trauer über das Ende einer Periode, die bis 1914 auch durch eine gesellschaftliche Strahlkraft und einen wirtschaftlichen Aufschwung in einem positiven Sinne gekennzeichnet war. Kritisch ist aus heutiger Sicht zu sehen, dass die Masse des deutschen Volkes nicht voll umfänglich durch das Drei-Klassen-Wahlrecht am öffentlichen Volkswillen teilhaben konnte. Historisch-politische Bildung ist aber auf jeden Fall eine Auseinandersetzung mit der eigenen, deutschen Geschichte, die identifikationsstiftend bis heute wirkt. Eben deshalb haben Erinnerungsorte und Denkmale ihre besondere Bedeutung, um eben solche Traumata aufzuarbeiten. Vielleicht war eben dies mit ursächlich für die Entstehung des II. Weltkrieges. Daraus hat das deutsche Volk nach dem II. Weltkrieg sicherlich gelernt, weshalb durch historisch-politische Bildung versucht wird, diese kollektive Traumata sichtbar zu machen und damit zu bewältigen. □

#### Buchbesprechung

## Erich Ludendorff

### Soldat – Feldherr – Revolutionär

**Z**u dem Stichwort „Erster Weltkrieg“ fällt auf der deutschen Seite meist der Name „Erich Ludendorff“. Aus bescheidenen Verhältnissen stammend, nutzte der junge Erich die Chancen der militärischen Lauf-

bahn im wilhelmschen Deutschland, um „nach vorne“ zu kommen. Trotzdem ist es erstaunlich, wie einer der jüngsten deutschen Generäle zu Beginn des Ersten Weltkrieges innerhalb von zwei Jahren zu einer der wichtig-

sten Personen im deutschen Kaiserreich werden konnte. Wie der – von einem unbändigen Arbeitsdrang erfüllt – Offizier politische Entscheidungen vorbereitete, weil „die Politiker es nicht taten“.

In dieser völlig überarbeiteten dritten Auflage beschreibt Franz Uhle-Wettler die Jugend des späteren „Diktators“ der Obersten Heeresleitung, schildert sein Bestreben nach Anerkennung und seinen Willen, etwas zu leisten. Jeweilige Exkurse zu den Blickwinkeln der damaligen politischen und sozialen aber auch zur militärischen Lage Deutschlands, ergänzen das beschriebene Bild des jungen Ludendorffs.

Die ersten Lorbeeren erwirbt sich Ludendorff beim Handstreich auf die Festung Lüttich, in dem er für den gefallenen Kommandeur die Führung der 14. Brigade übernimmt und im feindlichen Feuer seine Truppen vorwärts führt. Gerade wegen seines persönlichen Mutes gebührt in dem Vorgehen Ludendorffs ein großes Lob. Aber wie konnte es kommen, dass ein lange geplantes Unternehmen von dem persönlichen Mut eines zufällig anwesenden Offizieres abhängt? Hier



schildert Uhle-Wettler die Planungsfehler im deutschen Vorgehen. Objektiv – wie im gesamten Werk – schildert der ehemalige Divisionskommandeur und Kommandeur der NATO-Verteidigungsakademie in Rom, die Fehler in der militärischen und politischen Planung des ehemaligen Kaiserreiches.

Das Zusammentreffen mit Hindenburg, der die militärisch-planerischen Fähigkeiten von Ludendorff rasch erkannte und schätzen lernte, war ein Wendepunkt im Leben von Erich Ludendorff. Jetzt konnte er – mit der Rückendeckung des Feldmarschalles – seine teilweise risikoreichen Planungen umsetzen und durchführen. Ohne Hindenburg wäre Ludendorff nicht zur bestimmenden Person geworden, aber ohne Ludendorff wäre Hindenburg auch nicht der geworden, der er in den Augen der Bevölkerung war – lange vor der Abdankung von Wilhelm II. der eigentliche Heerführer und Kaiser. Diese

Rolle spielte Hindenburg nach dem Tode Friedrich Eberts dann weiter.

Zu dieser Zeit war Ludendorff aber von einem rationalen, nachvollziehbaren Weg abgewichen, nachdem persönlichen Schicksalschläge ihm schwer zusetzten. Gerade dieser letzte Abschnitt seines Wirkens ist in der überarbeiteten Fassung des Buches lesenswert und äußerst informativ. Uhle-Wettler beschreibt den Bruch zwischen Hindenburg und Ludendorff sowie dessen weiteres Wirken als „Weltrevolutionär“. Uhle-Wettler geht auf das letzte Werk Ludendorffs ein – Der totale Krieg – und setzt dieses in Relation zum Handeln Ludendorffs während seiner langen Soldatenkarriere. Sein Verhältnis zur neuen Reichsregierung und der Person Adolf Hitlers setzt den Schlusspunkt dieses sehr interessanten und gut zu lesenden Werkes über eine der entscheidenden Personen Deutschlands im Ersten Weltkrieg und ihr Wirken in der Nachkriegszeit. □

*Erich Ludendorff, Soldat – Feldherr – Revolutionär, von Franz Uhle-Wettler, 3. vollständig überarbeitete Auflage, Ares-Verlag, Graz, 2013, 512 Seiten, ISBN 978-3-902732-19-4*

## Kurznachrichten

### Neue Gedenkstätte für „Euthanasie“-Opfer der Nationalsozialisten

Ein Gedenk- und Informationsort erinnert ab 2. September in Berlin an die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde. Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) übergibt die bei der Philharmonie in Tiergarten errichtete Gedenkstätte dann der Öffentlichkeit, wie die Stiftung „Topographie des Terrors“ am Dienstag ankündigte. Im Bereich der heutigen Philharmonie befand sich die Organisationszentrale der Mordaktion an kranken und behinderten Menschen. Nach Schätzungen gab es europaweit bis zu 300.000 Opfer.

Die Erinnerungsstätte besteht aus einer transparenten, blauen Glaswand von 24 Meter Länge. Sie verläuft auf einer zur Mitte leicht geneigten dunklen Fläche aus anthrazitgefärbtem Bodenbelag. Eine begleitende Freiluftausstellung informiert über die Geschichte der „Euthanasie“-Morde mit ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart. Der Gedenkort entstand nach einem

Beschluss des Bundestags vom November 2011. Einen Gestaltungswettbewerb des Landes Berlin gewann der Entwurf der Architektin Ursula Wilms sowie des Künstlers Nikolaus Koliussis und des Landschaftsarchitekten Heinz W. Hallmann.

Für das Projekt kamen rund 620.000 Euro vom Bund. Das Land Berlin stellte den bislang unbebauten Teil des Grundstücks „Tiergartenstraße 4“ sowie weitere Mittel für die Barrierefreiheit zur Verfügung. Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützte Projekt „Erinnern heißt gedenken und informieren“ an der Technischen Universität München entwickelte das Konzept der Freiluftausstellung. Für Umsetzung und künftige Betreuung des Erinnerungsortes sind die Stiftungen Denkmal für die ermordeten Juden Europas und Topographie des Terrors verantwortlich. □

(KNA)

## Buchvorstellung

## Ethik – Kompass

Am Mittwoch, den 11. Juni 2014 wurde in den Räumlichkeiten der Katholischen Akademie in Berlin ein neues Buch vorgestellt, welches die Herausgeber Klaus Ebeling und Matthias Gillner zusammen mit dem Herder Verlag in Freiburg geschaffen hatten. Dabei handelte es sich um eine Zusammenfassung der Erläuterungen zu ethischen Grundbegriffen, die in der Zeitschrift des Katholischen Militärbischofs für die Bundeswehr „Kompass, Soldat in Welt und Kirche“ seit 2007 erschienen waren. Motor des Ganzen war der ehemalige Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, der sich stets engagiert für die ethische Bildung in den Streitkräften eingesetzt hatte. Aus diesem Grund wurde das Buch auch ihm gewidmet.



Bild 1

Der Mit-Herausgeber Klaus Ebeling erläuterte in seinem Eingangsstatement, dass es die Absicht war, kleine Bonsai-Essays mit Orientierungsangeboten normativer und evaluativer Art zu verknüpfen und zwar so, dass die Selbstverortung der verschiedenen Autorinnen und Autoren sichtbar würde, ebenso wie deren Offenheit und Respekt gegenüber Alternativen. Es sollte keine Sammlung allgemeingültiger Weisheiten werden, sondern eine Anregung, selbst zu reflektieren, selbst nachzuschlagen in den angegebenen, weiterführenden Literatur und sich so mit dieser Thematik intensiv zu befassen. Denkanstöße, nicht Regelwerk sollte es werden und die Kunst des langsamen Lesens sollte eingeübt und vertieft werden.

Matthias Gillner (Bild 1) oblag es, die elf Autorinnen und Autoren vorzustellen, die die Gesamtanzahl von 77 Leitbegriffen in kurzen, zwei Seiten langen Erläuterungen der Leserschaft nahebrachten. Dazu gehörte natürlich auch weiterführende Literatur, um bei vorliegendem Interesse sich mit dem gewählten Begriff näher zu beschäftigen. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus (Bild 2), begrüßte das Erscheinen dieses Buches, sei doch die Gewissenserforschung und die

ethische Bildung für Soldaten der Bundeswehr ein sehr gute Grundlage, um in den Auslandseinsätzen bestehen zu können. Nach dem Grußwort des Kommandeurs des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, Oberst Dr. Hans-Hubertus Mack begann der politisch-ethische Dialog mit einem Impuls von Generalmajor Dr. Ansgar Rieks zum Thema: „Realität der Gewalt – Ethos der Gewaltlosigkeit“. Er brachte die Beispiele aus der Ausbildung für den Einsatz im Kalten Krieg (Training für Einsatz Nuklearwaffen) bis hin zum Einsatz in Afghanistan (Bombenangriff auf die entführten Tanklaster) und führte aus, dass Gewalt auch geboten sein kann, wenn Nicht-Handeln den Menschen



Bild 2

genauso schuldig machen kann. Mit diesen Denkanstößen versehen, begann in der Diskussion Matthias Gillner mit der Feststellung, es gebe keine Grundsatzlösungen, denn jeder sei für sein Handeln verantwortlich, somit jeder sein spezifischer Ethik-Fachmann. Was manchmal fehle, sei die Fähigkeit des Ausdrucks, hier greife dann die Hilfe des Spezialisten, der den Soldaten befähige, seine ethische Handlungsweise auch in der richtigen Form zum Ausdruck zu bringen. Anja Seifert, seit 2013 Projektleiterin Einsatzbegleitung und -dokumentation im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften, ergänzte dies durch ihre Erfahrungen mit den Heimkehrern aus den Einsätzen und fügte hinzu, dass ethische Kompetenz erfahren werden müsse. Militärbischof Overbeck erklärte, dass der Mensch vom Grunde her so ausgelegt sei, gut zu handeln. Dass dies aber nicht überall der Fall sei, zeige die Anzahl der Konflikte, welche die Gesellschaft in Atem hielten. Er betonte, dass eine Gewaltanwendung zum Opferschutz auch dem Frieden dienen könne, so sei die kirchliche Friedenslehre zu verstehen. Gillner verstärkte dies durch seine Aussage, dass der Ethos der Gewaltlosigkeit nicht automatisch Radikalpazifismus gleichzusetzen sei.



Anja Seifert ergänzte aus den Erfahrungen ihrer Studie, dass Auslandseinsätze nicht zur Verrohung der Soldaten geführt habe, eher zu einer gesteigerten Ethik-Kompetenz. Mit dem Hinweis des Militärbischofs, dass sich in Deutschland seit 1990 ein ungeahnter Paradigmenwechsel eingestellt habe, dass man früher sich unter den atomaren Schutzschild der Amerikaner gestellt habe und jetzt als Staat selbst Verantwortung in der Welt übernehmen müsse (und das in einer Zeit, in der es keine Volksfrömmigkeit mehr gäbe), wurde diese Gesprächsrunde abgeschlossen und ein kurzer Exkurs zum Thema „Vernunftethik versus Liebesethos“ schloss sich an.

Ursula Weidenfels, Wirtschaftsjournalistin aus Mechernich, erklärte, dass durch Untersuchungen von Neurologen die Erkenntnis gewonnen worden sei, dass „Gewisse“ funktioniere wie ein Muskel, dies bedeute, es müsse trainiert werden, um zu funktionieren. Wenn jetzt Menschen nicht religiös sozialisiert seien, wer würde trainieren? Die Barmherzigkeit für die Bedürftigen sei an den Staat „abgegeben“ worden – man müsse sich damit nicht belasten. Kirstin Vogel begann ihr Statement mit der Vorstellung,

dass ein guter Mensch auch ein guter Bürger sei. Dass solche Verallgemeinerungen nicht zum besseren Verständnis komplexer Sachverhalte diene, sei jedem klar, der sich über Staatsbürgerverständnis und Gewaltpotenzial in der Gesellschaft informiere. Über Polizei und Soldaten werde in einer Ausführlichkeit diskutiert – aber nur von solchen Menschen, die nicht direkt damit konfrontiert sind. Familiäre oder berufliche Gewalt – auch Mobbing gehöre zur Gewaltanwendung – ist eine ethische Grundsatzdebatte wie sie am heutigen Tage bei der Buchpräsentation geführt würde, unvorstellbar. Letztendlich sei eine „ethische Grundausbildung“ nicht auf die angesprochenen Berufsgruppen beschränkt, sondern jeder Staatsbürger benötige diese Ausbildung, „um gut zu handeln“.

Mit der humorigen Bemerkung des Militärbischofs, dass das Gebot der Vernunft angekündigt war, es jetzt aber ein Gebot der Liebe sei, Schluss zu machen, endete die hochinteressante Diskussion über die Themen. Für den anschließenden Empfang war jedenfalls genug Gesprächsstoff gegeben. □

(Text und Fotos: Bertram Bastian)

## Buchbesprechung

# Ethik – Kompass

## 77 Leitbegriffe

Die Herausgeber dieses Buches, Klaus Ebeling und Matthias Gillner, haben eine Sammlung von 77 Leitbegriffen der Ethik, die vormals in der Zeitschrift des Katholischen Militärbischofs (Kompass) einzeln erschienen waren, zusammengefasst und bieten sie dem Leser dar. Militärbischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Diözesanbischof von Essen, widmet in seinem Wort zum Geleit diese Zusammenfassung von Leitbegriffen dem ehemaligen Militärgeneralvikar Walter Wakenhut, dem die ethische Aus- und Weiterbildung der Soldaten ein sehr großes Anliegen war und sich stets für diese engagierte.

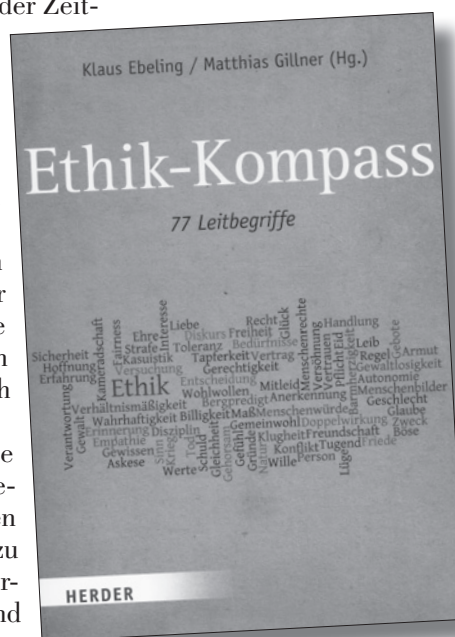
Alphabetisch geordnet sind diese „Bonsai-Essays“ über ethische Begriffe auf jeweils zwei DIN A4 Seiten komprimiert und fordern so geradezu heraus, sich der angegebenen, weiterführenden Literatur zuzuwenden und sich somit länger mit der Thematik zu beschäftigen. Von Anerkennung (mit Unterbegriffen „Autonomie – Gemeinwohl – Gerechtigkeit“, die an anderer Stelle erläutert werden) über den Krieg (mit Unterbegriffen „Friede – Gewalt – Gewaltlosigkeit – Sicherheit – Verhältnismäßigkeit) bis hin zu Zweck (mit Un-

terbegriffen „Doppelwirkung – Gründe – Sinn – Verantwortung), erläutern insgesamt elf verschiedene Autorinnen und Autoren in kurzen Sätzen die angesprochenen Leitbegriffe. Dadurch läuft man bei Lektüre dieses Buches nicht Gefahr, von einer bestimmten „Schule oder Denkweise“ der Ethik gefangengenommen zu werden, sondern erhält einen geradezu klassischen Überblick über diese Thematik, welcher auffordert, sich weiter damit zu beschäftigen.

In seinem Vorwort sagt Hans Joas: „Es (das Buch) lässt christliche Glaubensstraditionen zu Wort kommen, ohne diese als alleinigen Bezugspunkt zu reklamieren. Es hilft, alle ernsthaft Fragenden in die moralischen Debatten der Gegenwart einzuführen und sie an diesen zu beteiligen.“ Besser und treffender kann man dieses wertvolle Buch nicht beschreiben.

(BB)

**Ethik-Kompass, 77 Leitbegriffe, von Klaus Ebeling und Matthias Gillner (Herausgeber), Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau, 2014, 183 Seiten, ISBN 978-3-451-33283-8**



## Militärpfarramt Bad Reichenhall

### Erfolgreiche Fahrrad-Wallfahrt mit den Gebirgsjägern

Vom 8. bis 9. Juli führte das katholische Militärpfarramt Bad Reichenhall gemeinsam mit den Soldaten der Gebirgsjägerbrigade 23 die alljährliche Fahrradwallfahrt nach Altötting durch.

Unter dem Titel „Via Velo 2014“ ging es am 08. Juli für den Standortpfarrer und 17 weiteren Teilnehmern des Standortes Bad Reichenhall mit dem Rad in Richtung Altötting. Andreas Vogelmeier, der Ende des vergangenen Jahres das Amt des katholischen Militärpfarrers von seinem Vorgänger Martin Strasser übernommen hat, führt nun den Brauch der Wallfahrt fort. In enger Zusammenarbeit mit der Gebirgsjägerbrigade 23 organisierte Pfarrhelfer Hans Reiter die Tour nach Altötting. Morgens um 8.00 Uhr starteten die Wallfahrer an der Hochstauten-Kaserne in Bad Reichenhall. Zuvor spendete Militärpfarrer Vogelmeier allen Teilnehmern den Reisesegen. Danach ging es über Piding und Hammerau zum Abtsee. Weiter über Burghausen und Fridolfing, führte es die Soldaten nach Raitenhaslach. Dort stärkten sich die Radler mit reichlich Kaffee und Kuchen und besichtigten die beeindruckende Klosterkirche vor Ort. Endstation der Radtour war schließlich das Franziskushaus in Altötting, an dem die Wallfahrer trotz kurzem Regenschauer gesund und ohne große Pannen ankamen. Bei einem gemeinsamen Grillabend mit anschließender Andacht durch den Pfarrhelfer Hans Reiter konnten die Teilnehmer der Fahrradwallfahrt den ersten Tag gemütlich ausklingen lassen. Natürlich ließ sich die Wallfahrergruppe das Halbfinale der Fußballweltmeisterschaft nicht entgehen. Der überragende 7:1 Sieg der Deutschen Fußball-



nationalmannschaft gegen die Auswahl aus Brasilien war ein schöner Abschluss des Tages. Der nächste Morgen begann nach dem Frühstück mit der Besichtigung der Gnadenkapelle und der Basilika St. Anna. Zum Abschluss der Wallfahrt fanden sich alle Teilnehmer in der Kapelle des Franziskushauses zu einem Gottesdienst zusammen, bei dem auch die erworbenen Andachtsgegenstände gesegnet wurden. Nach dem gemeinsamen Mittagessen ging es mit dem Bus zurück nach Bad Reichenhall, wo die gelungene Fahrradwallfahrt nachmittags endete. □

(Text und Foto: Pressestelle Gebirgsjägerbrigade 23)

## Bundesvorstand

### Funktionsträgerseminar

Das Funktionsträgerseminar wurde vom Freitag, den 27.06.2014 bis Sonntag, den 29.06.2014 im Katholischen Militärbischofsamt, BERLIN unter der Leitung der Bundesgeschäftsführerin der Gemeinschaft der Katholischen Soldaten (GKS), Regina Bomke durchgeführt. Dieses Seminar war angedacht für die „Neulinge“ unter den Funktionsträgern sowie für alle, die zukünftig eine Aufgabe innerhalb der GKS wahrnehmen wollten. Dabei waren alle Newcomer, aber auch alle, die sich weiterbilden wollten herzlich eingeladen. Insgesamt 16 Teilnehmer folgten der Einladung der Bundesgeschäftsführerin und waren gespannt auf die Ausführungen der verschiedenen Referenten.

Die Begrüßung wurde durch den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GKS, Andreas Quirin vorgenommen. Im Anschluss an diese Begrüßung begann die Bundesgeschäftsführerin mit der Vorstellungsrunde, die sie in drei Fragen gliederte:

1. Wer bin ich und woher komme ich?
2. Welche Funktion nehme ich in der GKS wahr?
3. Welche Erwartungshaltung habe ich von diesem Seminar?

Bevor die Gruppe in die eigentliche inhaltliche Arbeit einstieg, fokussierte der Geistliche Beirat der GKS, Militärdekan Bernd F. Schaller, in seinem geistlichen Impuls die Teilnehmer auf das Wesentliche in der Arbeit der GKS. Er erläuterte das Kreuz der GKS, das sich in alle vier Himmelsrichtungen orientiert. Außerdem seien wir durch die Symbolik dieses Kreuzes untereinander verbunden, so Schaller. Gemeinschaft bedeute miteinander auf dem Weg sein, auch durch dick und dünn gehen, erklärte der Militärdekan und er fügte hinzu, dass Gemeinschaft ausdrücken würde, nicht allein zu sein, sondern mit gleichem Ziel unterwegs, was für die GKS besage, im christlichen Glauben und Gedanken miteinander für den Frieden unterwegs zu sein.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende übernahm die Einführung und er erläuterte dabei das Basiswissen der GKS. Er berichtete umfassend über die Geschichte der GKS, deren Aufbau und deren Ziele. Auch die Sachausschüsse wurden durch Quirin vorgestellt sowie die Publikationen dargestellt und schlussendlich auch die befreundeten Organisationen erklärt. Es sei auch in unserer Zeit besonders wichtig, Netzwerke zu knüpfen, um Benachteiligungen zu vermeiden, sich gegenseitig unterstützen zu können und in der inhaltlichen Arbeit voran zu schreiten. Dabei erklärte er, dass dies in der heutigen Zeit mit den gegebenen Zielen für die GKS schon eine besondere Herausforderung sei, aber „einfach kann jeder – offensiv nach vorne“ ermutigte Quirin. Obwohl schon zur vorgerückten Stunde, war dies sicherlich der richtige Start zu diesem Seminar, denn alle Teilnehmer waren sofort rege mit dabei und es entwickelte sich eine intensive Diskussion.

Der Samstag gliederte sich dann nach dem Morgenlob in zwei Abschnitte. Im ersten Teil berichtete der Haushaltsbeauftragte der GKS, Johann Schacherl, über den Haushalt



der GKS sowie über den Kostenkalkulator in der Theorie und in der Praxis. Im Team mit dem IT Beauftragten der GKS, Hubert Berners, stellte sich Schacherl den vielen Fragen der Seminarteilnehmer. Berners übernahm dabei den Part, den Kostenkalkulator exemplarisch zu erklären. Der zweite Teil begann damit, dass Dr. Karin Schrödl anhand einer Checkliste „ihre“ Veranstaltungsplanung aus dem Bereich West darlegte. Alle Anwesenden konnten ihre Fragen stellen und erhielten kompetente Antworten, die ihnen bei der konkreten Abrechnung von Maßnahmen hilfreich sein werden. Im gleichen Teil erläuterte dann die Bundesgeschäftsführerin, die zugleich Präventionsbeauftragte der GKS ist, die Präventionsordnung. Methodisch angereichert mit einem Bewegungsspiel verdeutlichte Bomke geschickt die Präventionsordnung in Theorie und Praxis. Dabei verwies sie auch auf die Änderungen, die sich noch in diesem Jahr ergeben werden. Den Abschluss des zweiten Teils gestaltete dann der Redakteur AUFTRAG, Rainer Zink, der Tipps und Tricks zur Öffentlichkeitsarbeit beleuchtete. Ferner stellte Zink die Publikationen



der GKS vor und berichtete über den Aufbau und Gliederung der Verbandszeitschrift AUFTRAG sowie über das Redaktionskonzept von 2010. Schlussendlich vervollständigte er seinen Vortrag mit den Erklärungen darüber, welche Ziele die GKS mit ihrer Verbandszeitschrift verfolgt. Deshalb greife der AUFTRAG Themen auf, die sich aus dem Selbstverständnis und den Leitsätzen der GKS ergäben, so der Redakteur. Der Abend stand ganz im Zeichen der körperlichen Fitness und der Kultur, denn die Seminarteilnehmer unternahmen einen Fußmarsch zur Kuppel des Reichtages, wo bei einer Simultanführung durch die Kuppel tiefe Einblicke in die Geschichte der Demokratie Deutschlands möglich waren. Im Anschluss daran lockte die Fanmeile mit ihrem weltstädtischen Flair noch den Großteil der Gruppe bei herrlichem Sommerabendwetter.

Am Sonntag hielt dann die Bundesgeschäftsführerin einen kurzen Rückblick und erbat Feedback zu diesem Seminar. Von allen Anwesenden wurden die gute Organisation, die vielen Informationen, aber auch die Begegnungen miteinander gelobt. Zudem waren sich die Seminarteilnehmer

auch darüber einig, dass dieses Seminar nicht nur für die „Neulinge“ eine Erweiterung darstellte, sondern für alle Funktionsträger in der GKS eine Bereicherung wäre. Zum Abschluss des Seminars zelebrierte der Militärggeistliche der GKS auf Bundesebene einen wunderschönen Gottesdienst in der Kapelle des Gästehauses. Mit dem Reisesegen des Militärdekans traten dann die Seminarteilnehmer ihre Heimreise an. □

(Text: Rainer Zink Bild: Hubert Berners)

## GKS-Kreis Geilenkirchen

### Brot – Sinnbild des Lebens

Der GKS-Kreis Geilenkirchen führte am 15.07.2014 mit Militärfarrer Wolfgang Bier einen Feldgottesdienst in einer Windmühle in Heinsberg-Kirchhoven durch. Soldaten/-innen und zivile Mitarbeiter/-innen der SELFKANT-Kaserne Geilenkirchen waren aufgerufen, an einer historischen Stätte sich unter dem Mühlenkreuz zu versammeln.

Unter dem Leitmotiv „Brot – Sinnbild des Lebens“ wurde an dieser Stätte die Bedeutung des Brotes von der Zeit der Ur-Christen bis in das tägliche Leben der Gegenwart beleuchtet. Mit Beispielen aus der Bibel, vom Manna das vom Himmel fiel und der wunderbaren Brotvermehrung anlässlich der Speisung der 5.000 wurde der Bogen zu Pizza und Döner und dem alltäglichen Genuss gespannt. In der Mühle „Clarissa“, wo der Geruch des Holzes und der Mehlstaub gegenwärtig war, wurde verdeutlicht, dass das „tägliche Brot“ nicht selbstverständlich ist und die Zubereitung desselben eine Knochenarbeit ist.

Im Verlauf des Gottesdienstes wurde der Schutzpatron „St. Nepomuk“ geweiht (Bild), der – nachdem das Original durch britische Besatzungstruppen am Ende des 2. Weltkrieges entwendet wurde – nun als quasi Re-Import aus Südtirol in der Mühle Kirchhoven wieder eine neue Heimat an alter Stätte fand.



Ein gut besuchter Gemeindefest und die Möglichkeit der Besichtigung des fast 300 Jahre alten Gebäudes rundeten die Veranstaltung ab.



Der Dank für die Durchführung gilt den Besitzern der Mühle Familie Boden, den freiwilligen „Müller“ für den Betrieb, allen Teilnehmern und –innen sowie Militärpfarrer Wolfgang Bier. □

(Text und Foto: Emil Schreiner)

## Bereich Süd

### Ob Frieden wird, liegt auch an mir!

Vom 3. Bis 8.8.2014 trafen sich 15 Jugendliche zwischen 9 und 14 Jahren und 5 Erwachsene (Bild 1), um sich gemeinsam auf eine Forschungsreise zu begeben in Sachen Konflikt, Konfliktlösungsstrategien und was das alles mit mir persönlich zu tun hat. Der Bereich Süd hatte zur Jugendwerkwoche unter dem Thema: „Ob Frieden wird, liegt auch an mir“ eingeladen.



Gleich am ersten Tag betrat die Gruppe das erste ganz praktische Konfliktfeld: 20 mehr oder weniger fremde Menschen auf engem Raum, mit einem thematischen Auftrag und der Lust eine gute Woche miteinander zu verbringen. Aber wie? Regeln mussten her, aber nicht aufgedrückt von



aussen, sondern in Kleingruppen (Bild 2) überlegt, in die Großgruppe eingebracht und dann unter großem Einsatz vorgebracht, verteidigt und schließlich beschlossen. Kann man mehrheitlich entscheiden, dass man anklopfen muss,



bevor man in ein Zimmer eintritt? Duschen als sichere Angelegenheit, ohne Angst davor, dass plötzlich jemand vom anderen Geschlecht in der Tür steht. Wie regelt man das? Ist es nicht so selbstverständlich, dass man gar nicht darüber reden muss? Respektvoller Umgang miteinander – Was heißt das konkret? Wo ist die Grenze? Schnell wurde deutlich, dass die hier versammelten Jugendlichen engagierte Diskutanten (Bild 3) waren. 10 Regeln hätten es sein dürfen, 8 schrieben wir auf – 2 „Notfallregeln“ hätten noch nachgereicht werden können, aber wir brauchten sie nicht. Mit unseren Unterschriften besiegelten wir den Regelvertrag.

Jetzt wurde es ernst: Was soll das denn heißen: Konflikte gehören zur Lebenswirklichkeit und sind völlig normal. Wollen wir nicht alle friedlich miteinander leben? Ohne Konflikt?

Eine Übung lieferte uns hautnah ganz praktische Erfahrungen mit sich überschneidenden Interessen/Zielen und dem möglichen Umgang damit: Alle bekamen Arbeitsaufträge auf kleinen Zetteln. Zwar wurde keinem gesagt, dass er nicht mit den anderen über den eigenen Auftrag sprechen dürfe, aber irgendwie gingen alle davon aus, dass man dies nicht dürfte und taten es deshalb auch nicht. „Stelle Stühle vor das Fenster“, „Stelle Stühle auf die Bühne“ und „Stelle Stühle im Kreis auf“ lauteten die Aufträge. In Windeseile waren alle Stühle unterwegs, standen vor dem Fenster, im Kreis, auf der Bühne, wurden gerade herangeschleppt oder aus der Stellung eines anderen geklaut. Alle liefen wild durcheinander, die ersten handgreiflichen Streitigkeiten um Stühle entbrannten rasch. Es wurde immer lauter und die Streitigkeiten ernsthafter.

„Hallo Leute, überlegt mal, ob das so sinnvoll ist. Schaut Euch mal die Aufgabenstellungen der anderen an!“, erst beim dritten Mal drangen unsere Stimmen durch. Lena begriff es als erste: Es gab eine Stelle, an der konnten alle drei Aufgaben gleichzeitig erfüllt werden. Wenige Minuten später waren alle Aufgaben erledigt: Ein großer Stuhlkreis stand auf der Bühne vor dem Fenster!

Zeit sich mit der Theorie des Konflikts zu beschäftigen. Schnell waren wir mitten im Gespräch, denn Konflikterfahrungen hat jeder von uns. Das Problem sind gar nicht die Konflikte. Sie entstehen, weil die gleichen oder sich gegenseitig ausschließenden Ziele von verschiedenen Menschen verfolgt werden, aber nicht gleichzeitig von allen Menschen erreicht werden können. Der Konflikt

wird erst dann zum Problem, wenn er eskaliert, wenn die Betroffenen keine friedliche Lösung finden, sondern sich hineinsteigern, andere mit hinein ziehen, die Gefühle anfangen hoch zu kochen und das, was als kleiner Konflikt begonnen hat, plötzlich zum riesigen Streit wird. In Kleingruppen haben wir uns Situationen vorgespielt in denen es zum Streit kommt. Dabei wurde genau in dem Augenblick abgebrochen, in dem der Konflikt deutlich wurde. Jetzt waren die Zuschauer an der Reihe. Sie machten Vorschläge, wie man in dieser Situation weiter vorgehen könnte. Die Schauspieler gaben alles, um die Situationslösungen realitätsgetreu auf der Bühne darzustellen. Nach jedem Lösungsversuch analysierten wir genau, welche Auswirkungen das Verhalten hatte, befragten die Schauspieler, wie es ihnen mit der Lösung ging und trugen in unserer Konfliktlösungsstrategietabelle das gefundene Ergebnis ein. Das, was wir durch Ausprobieren und Nachspielen erfahren hatten, wurde dann theoretisch beleuchtet und in ein Regelwerk gegossen. Deutlich wurde dabei, dass langfristige und nachhaltige Konfliktlösungsstrategien nicht nach der Pokerstrategie – alles auf Sieg – gefunden werden können, sondern in der kreativen Schaffung von Win-Win-Situationen.



Neben viel inhaltlicher Arbeit hatten wir auch viel Spaß in der Gruppe und an zwei Tagen auch die Möglichkeit in der Natur unter fachkundiger Anleitung unsere eigenen Grenzen auszutesten und uns und die anderen in schwierigen Situationen besser kennen zu lernen.

Zusammen mit der Örtlichen Gemeinde feierten wir einen durch uns musikalisch und mit Fürbitten mitgestalteten Gottesdienst.

Nach sechs Tagen gab es beim Abholen ein großes Hallo für die Eltern, aber auch viele wehmütige Blicke für die zurückbleibenden neuen Freunde (Bild 4). □

(Text: Regina Bomke,  
Fotos: Janine Holzapfel)

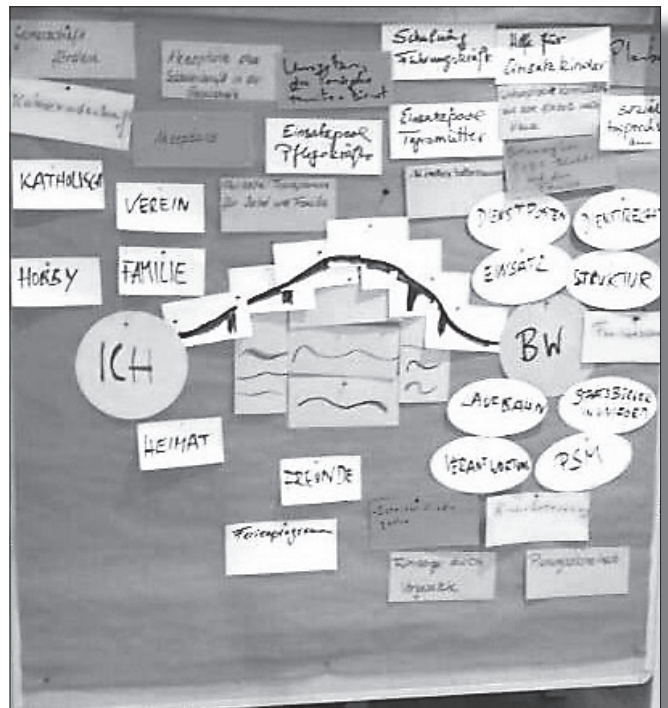
## GKS Kreis Mayen

# Als Soldat mit Christus Brücken bauen, die tragen

Was sind Brücken, wie baue ich tragfähige Brücken und welche Brücken sind für mich und mein Leben wichtig?

Mit diesem Thema hat sich der GKS Kreis Mayen unter der Leitung von Oberstabsarzt Dr. Karin Schrödl am Familienwochenende im Tagungshaus „Maria in der Aue“ in Wermelskirchen vom 20. bis 22. Juni 2014 auseinandergesetzt.

Die erste Brücke, nämlich eine Verbindung zwischen dem GKS Kreis Mayen und den Sachausschüssen, war bereits nach der Auswahl des Referenten gebaut, denn zu diesem Thema war der Vorsitzende des Sachausschusses Innere Führung, Oberstleutnant Oliver Ponsold, aus Erfurt angereist. Er verstand es in hervorragender Weise, die Teilnehmer in sehr kurzweiligen Arbeitseinheiten mit auf den Weg zu nehmen über Brücken, die ihr Leben berühren. Nachdem am Vormittag eine gemeinsame Basis zum



Gedankenansatz über Brücken geschaffen worden war, wurden nachmittags konkrete Brücken definiert und untersucht. Hierbei spielte natürlich die besondere Lebenssituation als Soldat und als Christ eine entscheidende Rolle. In Gruppenarbeit wurde das gesamte Lebensumfeld mit seinen Schwierigkeiten und außergewöhnlichen Herausforderungen als Soldat und Christ in diese Betrachtung der Brücke zwischen dem Dienstherrn und dem Soldaten mit seiner Familie einbezogen. Anschließend wurde ein Plakat erarbeitet, das die Herausforderungen an beide Seiten am Ende der Brücke noch einmal veranschaulichte (Bild 1).

Bei herrlichem Wetter hat sich die Gruppe am späteren Nachmittag mit den gesamten Teilnehmern auf den Weg



durch den Wald gemacht, um Brücken zu betrachten und im Gespräch die eine oder andere Brücke zu errichten.

Während der Arbeitseinheiten der Erwachsenen haben die Kinder die Zeit in der Betreuung unter anderem genutzt, um sich auf den Samstagabend vorzubereiten. Hier wurden Ketten, Armbänder, Dekoration zum Raumschmuck und allerlei sonstige Dinge gebastelt, die diesmal nur in schwarz, rot, gold gestaltet waren, denn am Abend musste die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gegen Ghana antreten. So vorbereitet und gerüstet wurde gemeinsam mit allen Familien am Samstagabend mitgefiebert und die deutsche Mannschaft angefeuert. Auch wenn sich die Familien ein anderes Ergebnis des Fußballspieles gewünscht hatten, konnten sie trotzdem auf einen geselligen und lustigen Abend zurückblicken.

Zum Abschluss des Wochenendes feierte am Sonntag vor dem Mittagessen Militärfarrer Treier aus dem Militärfarramt Mayen mit der Gruppe (Bild 2) einen Gottesdienst. Auch hier hatten die Kinder und Jugendlichen sich wieder einiges zur Mitgestaltung einfallen lassen.

Nach dieser informativen, schönen gemeinsamen Zeit wurde dem Referenten Oberstleutnant Ponsold als Dank und zur Erinnerung eine Wanduhr mit dem Symbol der GKS



überreicht, die eigens für ihn im Freizeitzentrum Mayen gestaltet worden ist. Ihm wurde Dank ausgesprochen, dass er die Teilnehmer sensibilisiert hat für die Brücken, denen sie als Soldat und Christ auf ihrem Weg durch das Leben begegnen. □

(Text und Foto: Karin Schrödl)



Dort öffnen sich die Tore zum größten Ereignis des Jahrzehnts in der Region zwischen Rheinland und Eifel: der Landesgartenschau Zülrich 2014! 180 Tage lang ist die Römerstadt Zülrich unter dem Motto „Zülricher Jahrtausendgärten – von der Römerzeit bis ins 21. Jahrhundert“ Gastgeber für Garten- und Blumenfans aus ganz Nordrhein-Westfalen und den benachbarten Regionen.

Mit der historischen Altstadt, dem Park am Wallgraben und dem Seepark bietet die Landesgartenschau Zülrich 2014 drei Hauptschauplätze. Alle Bereiche sind über eine als Zeitachse inszenierte, ehemalige Römerstraße miteinander verbunden.

Die Stadt Zülrich entwickelte sich bereits in der Römerzeit zu einem wirtschaftlichen Knotenpunkt. Die GKS'ler konnten die mittelalterlichen Stadttore und das alte römische Zentrum der Stadt, den Mühlenberg erkunden.

Viele Blumen, Gärten, der Seepark und kleine Nischen zum Verweilen und entspannen – der Tag verlief kurzweilig.

Im Kirchengarten laden nicht nur Pflanzen zum „Fruchtbringen“ ein. Er ist eine Oase zum verweilen, beten und orientieren.

Mit Bus und Bahn und vielen Eindrücken kamen wir alle an die Ahr zurück. □

(Text und Foto: Michael Wilke)

## GKS-Kreis Bad Neuenahr – Ahrweiler

### Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf der Landesgartenschau

Auf geht's zur LaGa (Landesgartenschau) nach Zülrich – mit diesem Motto bestieg die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) Bad Neuenahr-Ahrweiler den Zug über Bonn nach Euskirchen, dort den Bus zur Römerstadt Zülrich.

### In eigener Sache:

Hier könnte ein Bericht Ihrer Veranstaltung stehen. Man muss nicht selbst schreiben, es gibt bestimmt Teilnehmer Ihrer Maßnahme, die gerne einen Bericht und ein Foto einsenden, damit andere sehen, der Kreis „lebt“. Bei Unklarheiten: einfach die Redaktion kontaktieren. (BB)





### Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierkreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen der GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit mehr als 50 Jahren begleitet.



### Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.

### Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal im Jahr.

Hrsg.: GKS, Am Weidendamm 2,  
10117 Berlin  
[www.katholische-soldaten.de](http://www.katholische-soldaten.de)

Redaktion: verantwortlicher Redakteur  
Bertram Bastian (BB),  
Rainer Zink (RZ), Oberstlt a.D., Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG  
c/o Bertram Bastian,  
Alter Heerweg 104, 53123 Bonn,  
Tel: 0177-7054965, Fax: 0228-6199164,  
E-Mail: [redaktion-auftrag@kath-soldaten.de](mailto:redaktion-auftrag@kath-soldaten.de)

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Layout: VISUELL, Aachen  
Druck: MVG Medienproduktion  
Boxgraben 73, 52064 Aachen  
Überweisungen und Spenden an:  
GKS e.V. Berlin, Pax Bank eG Köln,  
IBAN DE21 3706 0193 1017 4950 18  
BIC GENODED1PAX.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von EUR 10,- an den ausliefernden Verlag.

ISSN 1866-0843